

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

SKINHEADS
NAZIS
1. MAI

H 8040 F
ISSN 1619-1404
24. Jahrgang
Nummer 142
Mai | Juni 2013
3,00 Euro

Liebe Leserinnen und Leser,

Worte sind eben nicht nur Worte. In den Ermittlungsakten des Hamburger Landeskriminalamtes wird das NSU-Opfer Süleyman Tasköprü als »Schmarotzer« bezeichnet. Ein Zitat, sagt die Polizei. Ein Denkmuster, sagen Opferanwälte.
Kurz vor Beginn des Prozesses gegen Beate Zschäpe und Helfer wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung der terroristischen Vereinigung NSU wird erneut sichtbar, wie unsensibel die ErmittlerInnen die neun Morde verfolgten und allein bei den Familien eine kriminellen Tathintergrund annahmen.
In den Akten findet sich die Wortwahl zunächst in einer Aussagen aus dem Umfeld von Süleyman Tasköprü, in der geschildert wird, dass er weniger Geld gehabt und innerhalb der Clique nie etwas ausgegeben habe. Später wird die Bezeichnung »Schmarotzer« jedoch zur Charakterisierung des Sozialverhaltens des Ermordeten in den Akten bei einer Zusammenfassung in Anführungszeichen gesetzt aufgegriffen. Der Begriff entlarvt das Denken. »Diese sprachliche Entgleisung, selbst nur als unkommentiertes Zitat, ist eben leider nicht nur eine sprachliche«, sagt so auch Angela Wierig, eine Nebenklagevertreterin der Familie Tasköprü, »sondern gibt auch einen Einblick in das Seelenleben desjenigen wieder, der das Verbrechen aufklären sollte«.
Diese Unsensibilität offenbarte das Landgericht München vorher auch bei der Vergabe der Presseplätze. Türkische Medien extra berücksichtigen? Nein, nicht nötig, glaubte das Gericht, aber vielleicht dachte es auch gar nicht daran.
Vor Beginn des Prozesses warnt indes die Nebenklagevertretung der Tasköprüs vor der falschen Hoffnung auf vollständige Aufklärung der Taten und des Netzwerkes. Eine Gerichtsverhandlung ist kein Untersuchungsausschuss. Der Strafprozess, dessen Instrumentarien und Rahmen, so die NebenklägerInnen, seien nicht dafür geeignet, »alle Verbrechen« und den personellen Verstrickungen nachzugehen und die politische Verantwortung aufzudecken. Denn allein die Schuld der Angeklagten müsste juristisch geklärt werden. Wer die Aufklärung jetzt allein in den Gerichtssaal schiebt, will nicht aufklären, so die NebenklägerInnen. Er entzieht sich auch der Verantwortung, darf ergänzt werden.
Im Jahr zwei nach der zufälligen Entdeckung des NSU läuft längst das bewusste Wegschieben von Verantwortlichkeiten und nachhaltige Verschweigen von Hintergründen. Ohne die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die journalistischen Recherchen und antifaschistischen Interventionen wüssten wir noch viel weniger über die vielen Verstrickungen der Verfassungsschutz-Behörden und den verheerenden Ermittlungsansatz von Polizei und Staatsanwaltschaften. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »der rechte rand« wird die Causa NSU im Rahmen einer Chronik fortgeschrieben und dokumentiert. Sie soll dabei helfen, den Überblick zu behalten. Außerdem greift das vorliegende Heft die NPD beziehungsweise die Debatte um das Verbotsverfahren breit auf, auch um falsche Annahmen und verharmlosende Analysen zu widerlegen; und wagt eine Einschätzung und Einordnung der neonazistischen Aufmärsche zum 1. Mai 2013.

Sterbende Partei?

Trotz Verbotsdebatte, Finanzdebakel, Streit und Mitgliederschwund - die NPD ist noch lange nicht tot.

von Ernst Kovahl



^ *Voigt und Apfel am 1. Mai 2013 in Berlin*

Unbestritten, die NPD segelt derzeit nicht auf einer Welle des Erfolgs. Die neonazistische Organisation aber deswegen zu einer »sterbenden Partei« zu erklären, wie es der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Hans-Peter Uhl (CSU) jüngst tat, ist falsch. Der Burschenschafter glaubt, dass von der Partei »keine Gefahr für die Demokratie« ausgehe. Sie werde von der Gesellschaft verachtet und bekomme bei Wahlen nur »›Null Komma‹ Prozent«, behauptete er im »Südwestrundfunk« und vergaß dabei offenbar die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (6 Prozent), Sachsen-Anhalt (4,6 Prozent) oder Sachsen (5,6 Prozent). Mit seiner Auffassung ist er nicht allein. Viele glauben, die Partei stehe aufgrund von Mitgliederschwund, Finanzdebakel, Verbotsdebatte und internem Streit vor dem Aus.

Richtig ist, dass die Zahl der NPD-Mitglieder deutlich gesunken ist. Nach Angaben des Parteivorsitzenden Holger Apfel seien heute noch gut 5.300 Menschen Mitglied, 2012 waren es 500 mehr. Nach den Wahlerfolgen 2004 in Sachsen und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern war die Mitgliederzahl zeitweise auf deutlich über 7.000 geklettert – sank aber bald wieder kontinuierlich. Als nun im April 2013 die Medien meldeten, die NPD habe ihre sieben hauptamtlich Beschäftigten in der Parteizentrale aus Geldmangel entlassen, wurde der Partei ihr schnelles Ende prophezeit. Die NPD bestätigte die Kündigungen, betonte aber, die Entlassungen würden aufgehoben, sobald der Bundestag 300.000 Euro strittige Mittel aus der Parteienfinanzierung überweisen würde. Hintergrund: Im Februar hatte der Bundestag die Zahlungen an die Partei gestoppt, da die NPD eine Strafe über 1,27 Millionen Euro aufgrund von Unregelmäßigkeiten in Rechenschaftsberichten nicht gezahlt hatte. Für die Partei, die sich vor allem aus Zuschüssen des Staates finanziert, ein Schlag. Doch ernste Sorgen muss sich die NPD nicht machen – dank gesetzlicher Regelungen. »Einen existenzsichernden Betrag müsste man uns weiter überweisen«, kommentierte Schatzmeister Andreas Storr. Bei der Diskussion wird zudem vergessen, dass die NPD unabhängig von der Parteienfinanzierung auch Millionen über ihre Landtagsfraktionen erhält. Etwa 1,4 Millionen Euro jährlich in Mecklenburg-Vorpommern, gut 1,2 Millionen in Sachsen – für Mitarbeiter, Öffentlichkeitsarbeit oder Bürgerbüros.

Ebenso wie bei anderen Parteien kriselt es auch in der NPD regelmäßig. Heftig umstritten sind derzeit der Kurs der »radikalen Seriosität« und die Person des Parteivorsitzenden, denn seine Arbeitsergebnisse sind dürftig. In Opposition zu Apfel gründeten sich nun innerparteiliche Zirkel – angeblich 60 Gruppen. Vor allem unter dem Namen »Freundeskreis Udo Voigt« hätten sich über »Parteigrenzen hinweg deutsch-national gesinnte Patrioten« zusammengeschlossen, um Kurs des früheren Parteivorsitzenden gegen Apfel zu stärken. Voigt sei »das personifizierte Symbol jener Bestrebungen, die Zersplitterung der heimatliebenden und dem deutschen Volk verpflichteten Kräfte zu überwinden«, heißt es zur Begründung. Doch das Ergebnis des jüngsten Bundesparteitags am 20. und 21. April 2013 in Weinheim war eindeutig. Apfel wurde mit 122 von 172 Stimmen klar wiedergewählt, ebenso wie seine Stellvertreter. So laut die Kritiker der Parteiführung waren, so wenig sind sie bisher in der Lage, die NPD zu übernehmen.

Auch das möglicherweise bevorstehende Parteiverbot schreckt die NPD nur mäßig – Zurückhaltung ist nicht zu spüren. Der frühere Parteivorsitzende Voigt versprühte – im Einklang mit der Parteiführung – in einem Kommentar in der Parteizeitung »Deutsche Stimme« (Nr. 4/2013) sogar Optimismus: »Ein neues NPD-Verbotsverfahren müssen wir nicht fürchten. Nach Durchsicht der […] Kurzfassung der Materialsammlung kann ich dieser keine Aussichten auf Erfolg bescheinigen. Die Sammlung ist noch dünner als die Belege im ersten Verbotsverfahren, auch werden darin V-Leute und ihre Aussagen zitiert«. Angesichts der zögerlichen Haltung der Politik zu einem Verbot und der Gefahr weiterer V-Leute im Verfahren könnte die NPD-Spitze am Ende Recht behalten und erneut obsiegen. Dann wäre die Partei gestärkt.

Es ist eindeutig: Die NPD befindet sich in einer tiefen Krise. Doch das Bild relativiert sich im Blick zurück. In den 1990er Jahren saß der Parteivorsitzende Günter Deckert zeitweise im Gefängnis, die Partei hatte nur knapp 3.000 Mitglieder, keine Landtagsfraktionen und deutlich weniger Kommunalmandate als heute. Damals erinnerte die NPD tatsächlich an eine sterbende Partei. Dennoch gelang es ihr in wenigen Jahren, zur mobilisierungsstärksten Kraft der extremen Rechten zu werden. Und heute? Präsenz in Kommunal- und Landesparlamenten, Millionenzuschüsse vom Staat, das Parteienprivileg als juristisches Schild gegen Veranstaltungsverbote, bundesweite Strukturen und jahrzehntelange politische Erfahrungen, ein bekannter Name und ein eingespieltes Netzwerk alter und junger Neonazis – all das bietet in der extremen Rechten derzeit nur die NPD, trotz Krise und Streit. Und politische Konkurrenz hat sie derzeit nicht zu fürchten. »Die Republikaner« sind unbedeutend, die DVU hat sich aufgelöst, die »Pro-Bewegung« ist nur eine regionale Erscheinung und »Die Rechte« sammelt bisher nur unbedeutende Überreste anderer Strukturen. Totgesagte leben länger.

NPD-Verbot kommt

… oder auch nicht. Die politischen Signale für ein neues Verfahren sind widersprüchlich und die bisher bekannte Vorarbeit des Verfassungsschutzes ernüchternd.

von Alfons Plath

»Wer nichts Verbotenes tut, kann auch nicht verboten werden.« Wie ein Mantra trägt der NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel diesen Satz seit Monaten vor. Die Angst der Betroffenen vor einem Verbot ist durchaus real. Forderungen nach einem neuen Verfahren waren nach dem Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) laut geworden und sind populär geblieben.

Im Dezember vergangenen Jahres hat der Bundesrat beschlossen, einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht einzureichen, um die Verfassungswidrigkeit der Partei feststellen zu lassen. Ein einheitliches Vorgehen wird es nicht geben.

Die Bundesregierung, so ist seit März 2013 bekannt, wird keinen Verbotsantrag stellen. Ebensowenig wie der ebenfalls antragsberechtigte Bundestag. Die bisherigen Äußerungen der Fraktionen sind indifferent bis skeptisch. Grund dafür ist vor allem das Scheitern des ersten Verbotsanlaufs im Jahr 2003 durch die V-Mann-Affäre.

Die soll sich keinesfalls wiederholen: Grundlage des Verbotsantrags des Bundesrates ist eine 1.000-seitige Materialsammlung, die das »Bundesamt für Verfassungsschutz« in Abstimmung mit den Landesämtern zusammengestellt hat. Die etwa 2.600 Belege – größtenteils Zitate von etwa 400 namhaften NPD-Funktionären – sollen zum einen »quellenfrei« sein, also nicht von V-Leuten stammen. Zum anderen soll damit einwandfrei bewiesen werden, dass die NPD »aggressiv-kämpferisch« gegen die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« vorgeht.

Problematische Konstruktion

Eine inhaltliche Bewertung fällt derzeit schwer, denn die Materialsammlung wird unter Verschluss gehalten. Klar ist aber, dass die Garantie der »Quellenfreiheit« teuer erkauft ist. Unter anderem wird, im Gegensatz zum früheren Verbotsantrag, auf eine ausführliche Statistik der Straftaten verzichtet. Stattdessen setzt das neue Dossier auf den Nachweis »verbaler Militanz«, bei der es sich in vielen Fällen um Meinungsäußerungen handeln dürfte. Fraglich ist, ob sie überhaupt herangezogen werden dürfen, wenn es sich dabei um Aussagen von durch Indemnität geschützten Landtagsabgeordneten handelt. Solche Zweifelsfälle sind zahlreich.

Die Garantie, dass es sich bei den zitierten Personen, die es in eine endgültige Fassung schaffen werden, nicht um V-Leute handelt, bezieht sich außerdem nur auf den Zeitraum ab 2003. Programmatische Dokumente aus den 1990er Jahren, die ausgiebig zitiert werden, sind durch diese Garantie nicht abgedeckt. Da nützt es wenig, dass V-Leute in NPD-Spitzenpositionen seit März 2012 abgeschaltet worden sein sollen.

Laut Recherchen des Leipziger Projekts »Gamma« werden sogar mindestens zwei NPD-Funktionäre namentlich angeführt, die bereits im Kontext des gescheiterten Verbotsverfahrens im Verdacht standen, V-Leute zu sein. Umgekehrt ermöglicht die Auslassung anderer Namen womöglich Rückschlüsse auf weitere Spitzel. Ein aktueller Fall ist der sächsische NPD-Landesvorsitzende Holger Szymanski, der in der Materialsammlung überraschenderweise nicht auftaucht. Seit Anfang 2013 weisen Medienberichte darauf hin, dass Szymanski für das sächsische »Landesamt für Verfassungsschutz« gearbeitet haben soll. Szymanski dementiert das, doch die »Leipziger Volkszeitung« konnte auf eine »Entpflichtungserklärung« mit seiner Unterschrift verweisen.

Viel Wirbel um fast nichts

Der NPD könnten solche Fälle als Faustpfand gegen ein erfolgreiches Verbotsverfahren nützen. Schon im Voraus scheint die Partei bemüht, die öffentliche Diskussion zu eigenen Gunsten zu nutzen. So wurde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein Antrag eingereicht, um einem Verbotsverfahren durch Feststellung der eigenen »Verfassungstreue« zuvorzukommen. Doch das bundesdeutsche Recht kennt keinen »negativen Verbotsantrag«, der NPD-Antrag wurde folgerichtig im Februar 2013 abgelehnt.

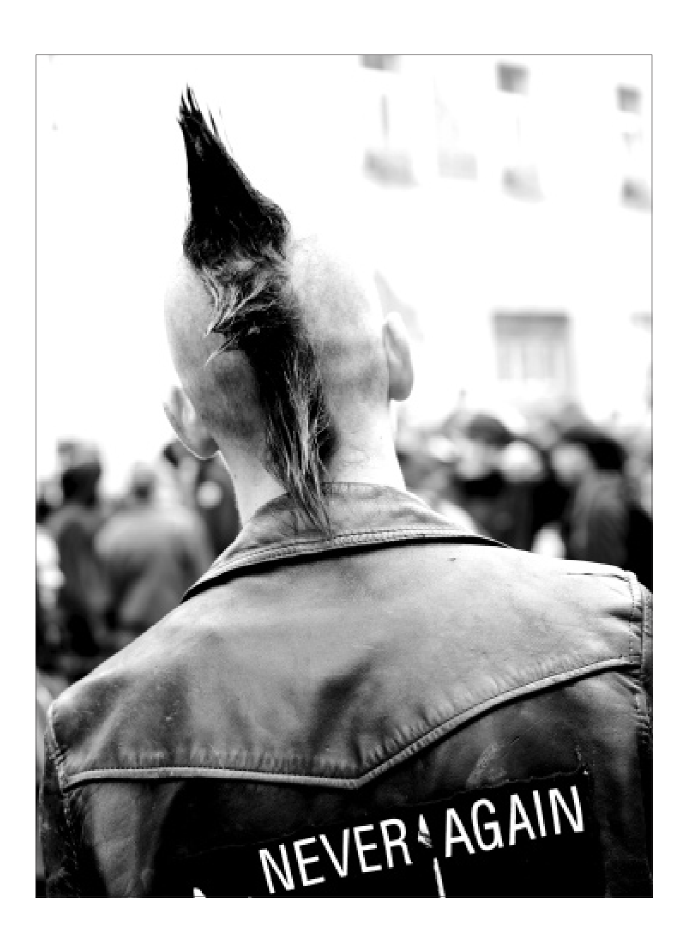
Fast zeitgleich inszenierte die Partei einen weiteren PR-Coup und veröffentlichte einen Bericht der »Bund-Länder-Arbeitsgruppe« über die Erfolgsaussichten eines Verbotsverfahrens. Das 141-seitige Dokument enthält Stichproben der Materialsammlung und ist ebenfalls als Verschlusssache gestempelt. Die NPD behauptete, die Daten seien ihr »zugespielt« worden. Tatsächlich aber war ein identischer Datensatz einen Tag vorher auf einer linken Plattform veröffentlicht worden. Die Partei wird dem schwerlich Informationen entnommen haben, die ihr nicht schon bekannt gewesen sind – etwa die signifikante Zahl von NPD-Kadern, die zuvor in verbotenen Organisationen aktiv waren.

Die Langfassung erläutert darüber hinaus mögliche Verbindungen der NPD zum NSU. Neue Erkenntnisse sind aber nicht enthalten: Hingewiesen wird auf zwei Beschuldigte im NSU-Verfahren, die mit der NPD eng verbandelt waren, sowie auf namhafte »Kontaktpersonen« zu diesen Beschuldigten. Zitiert werden ferner einige ostentative Distanzierungen von Gewalt, wie auch gegenteilige Äußerungen, die als Rechtfertigung des Rechtsterrorismus ausgelegt werden können. Von einem systematischen Zusammenhang von NPD und NSU ist in der Materialsammlung nicht die Rede. Ist die NPD also wirklich eine Partei, die nichts Verbotenes tut? Es gibt keinen Anlass, das zu glauben. Allerdings gibt es auch für Hoffnung auf ein neues Verbotsverfahren keine guten Gründe. Sicher ist nur, dass sich die Partei trotz ihrer deutlichen Abwärtsentwicklung nicht totschreiben lässt. Folglich steht weiterhin die politische Auseinandersetzung an, ist weiterhin entschlossener Antifaschismus gefragt.

Klare Kante

Das Verbotsverfahren gegen die NPD wird kommen. AntifaschistInnen sind daher gut beraten, zu dem Thema klare Positionen zu beziehen. Warum es trotz aller berechtigten Bedenken richtig ist, ein Verbot der Nazipartei zu fordern.

von Felix Krebs



Die fast 50-jährige NPD hat ein Verbot mehr als verdient. Gegründet wurde sie von ehemaligen NS-Angehörigen als legale Nachfolgepartei der NSDAP beziehungsweise der 1952 verbotenen »Sozialistischen Reichspartei« (SRP). Ihre Politik ist antisemitisch, rassistisch, revanchistisch und revisionistisch – ihre AnhängerInnen und ihr Umfeld scheuen oftmals keine Gewaltanwendung. Ein Verbot, die Zerschlagung und die Einziehung des Parteivermögens würden die neofaschistische Szene für mehrere Jahre deutlich schwächen. Die NPD ist momentan die einzige Partei der extremen Rechten, die bundesweit einen einigermaßen funktionierenden Parteiapparat hat. Sie sitzt in zwei Landesparlamenten, hat mehrere Hundert KommunalpolitikerInnen, Hunderte über Jahre geschulte AktivistInnen und mehrere Tausend Mitglieder, besitzt einen Propaganda-Apparat mit eigenem Verlag und stellt regelmäßig den legalen Rahmen für Aufmärsche, Kundgebungen und Konzerte. Solche Strukturen lassen sich nicht ad hoc in eine Nachfolgeorganisation überführen oder aus dem Untergrund heraus aufrechterhalten. Allerdings gibt es einige Aspekte eines Verbots, die kritisch zu beachten sind.

Wie sollte ein Verbot gefordert werden?

Jahrzehntelang forderten große Teile der antifaschistischen Bewegung ein Verbot aller faschistischen Organisationen nach Artikel 139 des Grundgesetzes, der die Gültigkeit der alliierten Kontrollratsgesetze von 1945 regelt. In diesen Gesetzen wurde explizit festgehalten, dass »Propaganda oder Agitation, die darauf hinausgeht, militärischen und nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern« verboten ist. In der herrschenden Rechtsauslegung wird meist behauptet, dass mit der Wiedervereinigung und den »2 + 4-Verträgen« der Artikel 139 obsolet geworden sei. An dieser Abwertung hatten der reaktionäre Staatsrechtler Theodor Maunz, ehemaliges NSDAP-Mitglied und bis zu seinem Tode regelmäßiger Autor der »Nationalzeitung« und sein Schüler Roman Herzog maßgeblichen Anteil.

Im Gegensatz zu anderen Artikeln des Grundgesetzes, die mit verfassungsändernder Mehrheit gestrichen wurden, blieb jedoch der so genannte »Befreiungsartikel« auch nach der Erlangung der vollständigen Souveränität Deutschlands 1991 erhalten, seine Gültigkeit wurde noch 1999 von der Bundesregierung bestätigt. AntifaschistInnen sollten sich für ein Verbot faschistischer Organisationen nach Artikel 139 stark machen, denn er ist eindeutig antifaschistisch und bietet im Gegensatz zum Parteienverbot nach Artikel 21, in dem die »Verfassungswidrigkeit« von Parteien definiert ist, kein Einfallstor für extremismustheoretische Gleichsetzungen von Rechts und Links.

Lenkt ein Verbot vom Rassismus der Mitte ab?

Dies ist sicherlich der gewichtigste Einwand gegen eine isolierte Forderung nach einem Verbot der NPD. Die antifaschistische Bewegung kann aber umgekehrt die Diskussion auch nutzen, um aufzuzeigen, dass sich Fragmente der Ideologie neofaschistischer Organisationen auch in konservativen Parteien, Medien und Einstellungen von Teilen der Bevölkerung wiederfinden. Die Verbotsdebatte könnte so genutzt werden, um antirassistische Argumente stark zu machen. Ähnlich wie die medialen Diskurse um den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) nicht nur die rein neonazistischen und terroristischen Aspekte behandeln, sondern zu einer Debatte um Geheimdienste, Polizei und institutionellen Rassismus geführt haben.

Scheitert Verbot in Straßburg oder an V-Leuten?

Es kann sein, dass der »Europäische Gerichtshof für Menschenrechte« (EGMR) in Straßburg ein NPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht kassiert. Allerdings wird wahrscheinlich auch der EGMR die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands im Umgang mit Naziparteien berücksichtigen müssen und eventuell anders urteilen als in bisherigen Fällen von Parteiverboten. Darüber hinaus bliebe es trotzdem ein starkes politisches Signal, wenn das Bundesverfassungsgericht ein NPD-Verbot verhängt. Das abermalige Scheitern eines NPD-Verbotes an einer geheimdienstlichen Durchdringung der Partei mit V-Leuten ist ebenfalls nicht ausgeschlossen. Diese Befürchtung sollte allerdings nicht davon abhalten, ein Verbot zu fordern, sondern vielmehr als Vorlage zur grundsätzlichen Kritik an den Inlandsgeheimdiensten dienen. Wahrscheinlich ist die Befürchtung eines weiteren V-Leute-Skandals schon jetzt die Ursache für die ablehnende Haltung vieler PolitikerInnen der Union zum NPD-Verbot.

Was kommt danach?

Die oft angeführte Behauptung, ein Verbot dränge Teile der neofaschistischen Szene in den militanten Untergrund und wäre dann schwieriger zu kontrollieren und zu bekämpfen, entbehrt jeder empirischen Grundlage. Alle vorherigen Organisationsverbote haben gezeigt, dass dieses Abtauchen nicht stattgefunden hat. Der NSU zeigt vielmehr, dass Neonazis oftmals dann in den terroristischen Untergrund gehen, wenn sich ihre Bewegung stark und gesellschaftlich verankert fühlt. Auch mögliche legale Nachfolgeorganisationen einer verbotenen NPD könnten es schwer haben. Denn immer, wenn sie als Auffangbecken für ehemalige NPD-AktivistInnen dienen, werden sie sich automatisch dem Vorwurf der Fortführung einer verbotenen Organisation aussetzen. Gerade Medien wie »der rechte rand« wird eine zentrale Aufgabe in der Recherche und Aufdeckung zukommen.

Scheitert das NPD-Verbot in Straßburg?

Teile der deutschen Politik und der Presse behaupten, ein Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht könnte an der Europäischen Menschenrechtskonvention scheitern. Doch solche Einwände sind rechtlich nicht überzeugend.

von Björn Elberling

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ist die Grundlage für die Einschätzung, ein mögliches NPD-Verbot könnte durch den »Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte« (EGMR) in Straßburg kassiert werden. KritikerInnen beziehen sich auf das Urteil des Gerichtshofs zum Verbot der türkischen Partei »Refah Partisi« (»Wohlfahrtspartei«) 2003. Dort hat der EGMR geäußert, ein Parteiverbot könne nur gerechtfertigt werden, wenn von der Partei eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie ausgehe. Bezogen hat er sich dabei auf Wahlumfragen, wonach die »Wohlfahrtspartei« eine Mehrheit erzielen könnte. Verbote anderer, kleinerer Parteien hat er dagegen immer aufgehoben. Angesichts der weitgehenden Chancenlosigkeit der NPD bei bundesweiten Wahlen sei daher nicht zu erwarten, dass ein Verbot in Straßburg Bestand habe. Teilweise beziehen sich KritikerInnen noch auf ein weiteres vom EGMR bestätigtes Parteiverbot, nämlich das der baskischen »Herri Batasuna«. Hier hat sich der Gerichtshof zentral darauf bezogen, »Herri Batasuna« habe die als terroristisch eingestufte ETA unterstützt. Übertragen auf die deutschen Verhältnisse hieße dies, nur der Nachweis direkter Verbindungen der NPD zum NSU könne ein Verbot »Straßburg-fest« machen.
Ein Blick auf die Urteile des EGMR zeigt, dass diese Befürchtungen stark übertrieben sind. Der Gerichtshof hat zwar betont, dass Parteiverbote einer strengen Überprüfung unterliegen, aber auch deutlich gemacht, dass die Staaten einen Beurteilungsspielraum hinsichtlich des Zeitpunktes eines Verbotes haben. Sie müssen und dürfen zum Schutz ihrer Bevölkerung nicht warten, bis eine Partei die Macht ergriffen hat und konkrete Schritte hin zu Maßnahmen unternimmt, die grundlegende Menschenrechte verletzen. Sie müssen auch nicht warten, bis die Partei kurz vor der Machtergreifung ist – gerade im Fall der »Wohlfahrtspartei« stellt der EGMR auch die Frage, ob der Staat für sein langes Abwarten vor Einleitung eines Parteiverbotes kritisiert werden könne – was er letztlich verneinte.
Tatsächlich hat der EGMR noch nie ein Verbot an der geringen Bedeutung der Partei scheitern lassen. Dies gilt gerade in dem knappen Dutzend Fälle, in denen er Verbote linker türkischer Parteien aufhob: obwohl einige der Parteien sich eben erst gegründet hatten und keine von ihnen signifikante politische Macht besaß, hat der EGMR nicht auf ihre Bedeutungslosigkeit verwiesen, sondern darauf, dass sie keine konventionswidrigen Ziele verfolgten. Selbst wo er einzelne Aussagen von ParteivertreterInnen für problematisch hielt, aber das Verbot dennoch für rechtswidrig, hat er sich nicht auf die geringe Bedeutung der Partei, sondern auf die geringe Bedeutung dieser Aussagen für die Politik der Partei bezogen.
Einzelnen Urteilen lassen sich sogar konkrete Hinweise dafür entnehmen, dass der EGMR das Verbot einer Partei, die nachgewiesene konventionswidrige Ziele verfolgt, völlig unabhängig von ihrer konkreten Bedeutung bestätigen würde. So etwa im Fall der tartarisch-separatistischen »Demokratischen Volkspartei Vatan«, die gegen ihr Verbot durch die russischen Behörden Klage erhob: Der EGMR hielt die Beschwerde zwar schon aus formalen Gründen für unzulässig, aber zwei der Richter äußerten sich auch in der Sache. Sie hielten das Verbot, das unter anderem auf Aufrufe zum bewaffneten Aufstand gegen den russischen Staat gestützt war, für offensichtlich rechtmäßig. Auf die Frage nach der politischen Bedeutung der Partei, sei es in Russland, sei es in der Region, gingen die Richter mit keinem Wort ein.
Hinzu kommt, dass die NPD im Fall eines Parteiverbots auch begründen müsste, warum nicht Artikel 17 der EMRK auf sie Anwendung finden sollte. Demnach bietet die Konvention keinen Schutz für Verhalten, das gerade auf die Abschaffung der Konventionsrechte gerichtet ist. Auf diesen Artikel hat der EGMR in Urteilen zu Parteiverboten immer wieder hingewiesen. In einem Fall, der zwar kein Verbot betraf, aber die Bestrafung wegen Mitgliedschaft in der »Islamischen Befreiungspartei«, hat er auch tatsächlich die Beschwerden der Parteimitglieder wegen Artikel 17 verworfen.
Schließlich hat der Gerichtshof auch dargelegt, dass bei Parteiverboten stets die Geschichte des Staates berücksichtigt werden müsse – ein weiterer Grund, warum er sich hüten wird, das Verbot einer deutschen Nazipartei nur wegen ihrer geringen Wahlchancen aufzuheben.
Das vielzitierte Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes – das übrigens selbst nicht zu dem Schluss kommt, ein NPD-Verbot würde zwingend am EGMR scheitern – geht auf diese Fragen nicht ein, sondern fasst auf einer knappen Seite die abstrakten Obersätze aus dem Urteil zur »Wohlfahrtspartei« zusammen und vergleicht diese mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts aus den 1950ern Jahren zum Verbot der »Sozialistischen Reichspartei« und der »Kommunistischen Partei Deutschlands«.
Zu guter Letzt: selbstverständlich gilt auch für den EGMR, dass Recht politisch ist, dass er seine Urteile nicht völlig unbeeindruckt von politischen Erwägungen fällt. Sollte das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der NPD aussprechen, erscheint es kaum vorstellbar, dass der EGMR dieses Verbot wegen ihrer geringen Wahlchancen aufheben würde.



^ *Nazis konnten in Dortmund ohne merklichen Protest marschieren*

1. Mai 2013

1.500 Nazis marschierten bei fünf Aufmärschen in Berlin, Dortmund, Erfurt, Frankfurt/Hanau und Würzburg – weniger als noch vor einem Jahr. Doch Attacken auf GegnerInnen, JournalistInnen und Polizei sowie offene Verherrlichung des Nationalsozialismus zeugen vom Selbstbewusstsein und von der Radikalität der Szene.

von Robert Andreasch, Verena Grün, Ernst Kovahl und Christoph Schulze

Berlin

»Wir wollen nicht die Melkkuh Europas sein«, unter diesem Motto marschierten rund 450 Neonazis in Schöneweide. Veranstalterin war die NPD. Die Strecke führte vorbei an der rechten Kneipe »Zum Henker« und dem Militariageschäft »Hexogen« des Berliner NPD-Chefs Sebastian Schmidtke. Die TeilnehmerInnen kamen aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, angereist waren auch Teile der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. An der Demospitze liefen Funktionäre wie Maik Scheffler, Jürgen Gansel, Jens Pühse und Frank Schwerdt. Einträchtig in einer Reihe marschierten auch der amtierende NPD-Vorsitzende Holger Apfel und sein Vorgänger Udo Voigt. Die Neonazis skandierten »Gegen EU und Kapital, unser Kampf ist national«, »Nationaler Sozialismus jetzt« oder »Dumm, dümmer Antifa«. Aus der Demonstration heraus wurden JournalistInnen bedrängt, geschlagen und verletzt.
Als der Veranstalter Schmidtke den NPD-Bundeschef Apfel als Hauptredner ankündigte, schallten Buh-Rufe aus der Menge. Apfel bemühte sich, den richtigen Ton zu treffen, konnte die Stimmung aber nicht zu seinen Gunsten wenden. Es folgte eine Ansprache von Maria Fank, der Berliner Chefin des »Ring Nationaler Frauen«. Ex-NPD-Bundeschef Voigt vermochte es, die Menge für sich einzunehmen: Den Prozess gegen den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) bezeichnete er als Spektakel zur Kriminalisierung »aller Patrioten in unserem Land«. Es handle sich um eine Verschwörung von türkischer Mafia und Geheimdiensten. Abschließend sprach der Münchner Karl Richter. Er begrüßte den deutschen Charakter von Schöneweide, »wo die Leute noch aussehen, wie sie aussehen sollten«. Gegen den Aufmarsch protestierten mehrere tausend Menschen.

Dortmund

Mehr als 400 Neonazis folgten dem Aufruf der neuen Partei »Die Rechte« und »Freier Nationalisten« nach Dortmund. »Heraus zum ersten Mai«, so lautete das Motto. Für Aufmerksamkeit sorgte die Kontroverse um Thorsten Heise. Der hochrangige NPD-Funktionär hatte als Redner für Dortmund zugesagt, wurde aber vom Vorstand seiner Partei zurückgepfiffen. Als Teilnehmer kam er dennoch. Erster Redner war Dennis Giemsch, Vorsitzender der Partei »Die Rechte« in Nordrhein-Westfalen. Christian Worch, Bundesvorsitzender der neuen Partei, trug seine eigene Vorstellung vom »nationalen Sozialismus« vor. Es sei schon in Ordnung, wenn der Chef eines Unternehmens das zwanzigfache eines Arbeits verdiene, rief Worch den »Kameraden« zu. Begeisterung kam bei den TeilnehmerInnen des Aufmarsches auf, als das Urgestein der Naziszene in Nordrhein-Westfalen Siegfried Borchardt (»SS-Siggi«) sprach. Er ist heute Vorsitzender der neuen Rechtspartei in Dortmund. Den amtierenden Sozial- und Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen Guntram Schneider (SPD) beschimpfte er in seiner Rede als »dreckige, fette Mistsau«. Auch sei ihm klar, das statt seiner Person die TeilnehmerInnen lieber den Leiter der »Deutschen Arbeitsfront« und glühenden Nationalsozialisten Robert Ley vor sich sähen. Borchardt redete also Klartext. Aber auch die TeilnehmerInnen des Aufmarsches ließen sich nicht lumpen: Auf einer Vorabend-Demo mit 65 TeilnehmerInnen attackierten sie einen Journalisten. Und auch die Parolen waren eindeutig: »Wir putzen unsere Stiefel mit dem Blut der Antifa«, »Arbeit, Freiheit, Recht und Brot – nationaler Sozialismus bis zum Tod« oder »Ein Hammer, ein Stein – ins Arbeitslager rein«. Mit Dieter Riefling war ein weiterer Promi der Szene als Redner gewonnen worden. Er sang ein Loblied auf die angeblichen sozialen Er-

rungenschaften des Nationalsozialismus. Mit dem Aufmarsch ist der Partei »Die Rechte« ein Erfolg gelungen, Widerstand dagegen gab es de facto nicht.



^ *in Erfurt hieß es lange warten auf 200 Meter Strecke*

Erfurt

Drei Stunden mussten gut 250 Neonazis aus Thüringen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg hinter dem Erfurter Hauptbahnhof ausharren, bevor sie marschieren konnten. Ihr Weg führte sie dann aber nur 200 Meter weit, bevor sie von einer Sitzblockade von mehreren hundert Menschen gestoppt wurden. »Wir wollen Arbeit, Recht und Freiheit« war das Motto des Aufmarsches, zu dem »Nationale Sozialisten aus Mitteldeutschland« mobilisiert hatten. Mit Flyer- und Plakataktionen in zahlreichen Städten und fünf von dem Neonazi-Verein »Pro Erfurt e. V.« angemeldeten Kundgebungen in verschiedenen Vierteln der Landeshauptstadt in der Woche vor dem 1. Mai hatte die »Aktionsgruppe Weimarer Land« um Michael Fischer mobilisiert. Unterstützung kam von der »Aktionsgruppe Erfurt«, »Pro Erfurt« sowie der »Aktionsgruppe Weißenfels« aus Sachsen-Anhalt und den »Freien Kräften Niedersachsen Ost«. Militantes Auftreten, das Spiel mit NS-Symbolik und die Distanz zur NPD sind das Bindeglied. Nachdem die Ordnungsbehörde Fischer als Versammlungsleiter abgelehnt hatte, übernahm Michael Hartmann von der »Aktionsgruppe Weißenfels« die Leitung. Mit Transparenten waren die »Autonomen Nationalisten Göppingen«, »Freie Kräfte Sächsische Schweiz Osterzgebirge« und das »Bündnis Zukunft Hildburghausen« präsent. Doch der Tag lief nicht gut für Fischer. Erst kam der neue Anmelder des Aufmarsches zu spät, dann verfuhr sich der Lautsprecherwagen der Nazis in eine Antifa-Blockade und erreichte den Aufmarsch nicht mehr. Nur ein Megafon blieb, damit Fischer und ein Aktivist der »Freien Kräfte Niedersachsen Ost« ihre Reden halten konnten. »Wir kriegen euch alle!« oder »Frei, sozial und national«, riefen die Nazis. Aus ihrem Aufmarsch heraus griffen sie GegnerInnen, JournalistInnen und PolizeibeamtInnen mit Flaschenwürfen an.

Im Vorfeld des Aufmarsches hatte die NPD Thüringen einen Aufruf gegen Fischer initiiert. In einer »Stellungnahme nationaler Gruppen« kritisierten die Partei und 19 Gruppen aus dem Spektrum der »Kameradschaften« die »qualitativ minderwertigen Veranstaltungen« Fischers sowie seine enge Kooperation mit dem von dem Geheimdienstspitzel Kai-Uwe Trinkaus gegründeten »Pro Erfurt«. Mit Blick auf die Kommunal- und Landtagswahlen 2013 ist die NPD offenbar bemüht, sich am rechten Rand der Konkurrenz zu entledigen.



^ *in Berlin war keine gute Stimmung, aber 500 Nazis konnten marschieren*

Frankfurt/Main und Hanau

»Genug gezahlt! – Wir sind keine Melkkuh Europas«, unter diesem Motto wollte die NPD vor der »Europäischen Zentralbank« in Frankfurt aufmarschieren. Doch ein Gericht wies der NPD einen Ort nahe des Ostbahnhofs zu. Mit Blockaden auf Straßen und Schienen gelang es, die Anreise der Neonazis zu verhindern. Nur elf gelangten an den eigentlichen Ort. Ein Teil der Angereisten hatte sich in Kahl bei Aschaffenburg getroffen, um gemeinsam weiter zu fahren. Doch die Reise endete aufgrund der Blockaden in Hanau, wo 150 Neonazis ein kurzes Stück durch die Stadt marschierten. Der Fraktionsvorsitzende der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs und der Vorsitzende der hessischen NPD Daniel Knebel hielten Reden. Während Knebel sich an wirtschafts- und finanzpolitischen Themen versuchte, widmete sich Pastörs dem Kampf für den Erhalt des Deutschtums und gegen »Überfremdung«. Protest von AnwohnerInnen und das Eingreifen der Polizei beendeten den Aufmarsch. Angereist waren Neonazis aus Hessen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Neben Pastörs war mit der Vorsitzenden des »Rings Nationaler Frauen« Sigrid Schüßler, dem sächsischen NPD-Abgeordneten Arne Schimmer,



^ *Würzburg war mit nur 250 Nazis sehr schlecht besucht*



^ *in Hanau am Bahnhof – die NPD ist ratlos*

dem Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Peter Marx und dem Bundesvorsitzenden der »Jungen Nationaldemokraten« Andy Knape weitere »Prominenz« vor Ort.

Würzburg

Keine 100 Kilometer von Frankfurt entfernt, versammelten sich die Neonazis des »Freien Netz Süd« (FNS) in Konkurrenz zur NPD. »Arm trotz Arbeit – Kapitalismus zerschlagen!« - der antikapitalistische Duktus der Demo wurde mit eindeutiger NS-Verherrlichung verbunden. Das zum Aufmarsch extra aufgelegte T-Shirt des FNS vereinte die Aufschriften »National sozialistisch«, »Nationaler Sozialismus« und eine von einem NSDAP-Wahlplakat von 1932 kopierte Arbeiter-Illustration. Mit 250 Personen blieb der Aufmarsch hinter den vergangenen 1.-Mai-Aktionen des FNS zurück. Auch im Spektrum der »Kameradschaften« von Baden-Württemberg und Hessen fand die Würzburger Planung wenig Anklang.
Zwei Stunden über den geplanten Beginn hinaus warteten die Versammelten auf einem abgelegenen Parkplatz am Würzburger Bahnhof, doch außer einer Handvoll »KameradInnen« aus der frisch gespaltenen tschechischen Neonazipartei »Delnická strana sociální spravedlnosti« (»Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit«; DSSS) kam niemand mehr. Dann ging es auf einer kurzen Route durch abgelegene Straßen, dominiert von einer Trommlergruppe und Parolen wie »Alles für Volk, Rasse und Nation« oder »Palästina hilf uns doch, Israel gibts immer noch«. Redner waren unter anderem Philippe Eglin von der »Partei National Orientierter Schweizer« (PNOS), der NPD-Querulant Uwe Meenen aus Berlin, FNS-Kopf Matthias Fischer und die in Tschechien unbekannte DSSS-Aktivistin Marie Labusova. Kai-Andreas Zimmermann verlas ein Grußwort des ungarischen Neofaschisten Tamás Szabó. Der im Vorfeld als Redner beworbene Thomas Wulff hatte nur eine Grußzeile geschickt. Durch weiträumige Absperrungen wurden die Neonazis nicht durch die Proteste von etwa 5000 NazigegnerInnen gestört. Dem als »schwarzer Block« formierten »Freien Netz Hessen« und anderen Neonazis fehlte so die Gelegenheit zu gewalttätiger Selbstinszenierung. Doch mehrfach griffen Teilnehmer und Ordner JournalistInnen an. Nach einer heftigen Attacke hessischer Neonazis auf einen Fotografen ließ ein Polizeiführer den Angegriffenen abführen. Die Angreifer bedankten sich mit Applaus. NS-verherrlichende Reden und eine betont völkisch-sozialistische Inszenierung hielten die Angereisten ein Stück weit bei Laune.

Festzuhalten bleibt …

Vor einem Jahr, am 1. Mai 2012, brachte die Neonazi-Szene gut 2.000 Marschierende an zwölf Orten auf die Straße. Dieses Jahr waren es weniger, etwa 1.500 in fünf Städten. Für die Szene ist das kein Erfolg. Der 1. Mai und »Antikapitalismus« von rechts versprechen keine Massenmobilisierung. Die klassischen Themen der Neonazi-Szene – die Verherrlichung von NS-Verbrechern oder Aufmärsche anlässlich der Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten – locken mehr. Auch der öffentliche Druck seit dem Auffliegen des NSU mag dazu beitragen, dass sich Weniger öffentlich dazu bekennen. Doch die, die am 1. Mai marschierten, haben sich – so scheint es – weiter radikalisiert. Aggressives auftreten, Attacken auf GegnerInnen und die Polizei sowie der offene NS-Bezug in Symbolik, Reden und Parolen deuten darauf hin. Die NPD hat mit ihren Aufmärschen ihre Position als zentraler Akteur der Szene nicht festigen können. Auch der Aufruf der »Jungen Nationaldemokraten«, Kundgebungen des DGB zu stören, verlief offenbar im Sande. Der Partei »Die Rechte« ist dagegen ein Erfolg gelungen.

Eine Chronik des NSU – VII (November 2012 bis 6. Mai 2013)

von Annelies Senf und Christian Schaft

3. November 2012: Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, fordert ein zentrales Register für V-Leute der Geheimdienste.

4. November: Ein erst jetzt öffentlich gewordenes Papier des Bundeskriminalamtes (BKA) von 1997 vermerkt, dass der Verfassungsschutz wichtige Neonazi-Funktionäre, die als V-Leute tätig waren, in den 1990er Jahren offenbar systematisch vor Strafverfolgung geschützt und sie durch Geld erst handlungsfähig gemacht habe. Neun Personen werden namentlich genannt, berichtete »Der Spiegel«.

7. November: Die Bundesanwaltschaft erhebt Anklage gegen Beate Zschäpe und vier weitere Verdächtige. Sie wird wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung und Mittäterschaft bei den Morden und Überfällen des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) angeklagt. Weitere Beschuldigte sind Ralf Wohlleben, Carsten Schultz, André Eminger und Holger Gerlach. Zugelassen wurde die Anklage am 31. Januar 2013.

14. November: Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss (UA) im Bayerischen Landtag bestätigt der frühere Präsident des Bayerischen Verfassungsschutzes, Gerhard Forster, Kontakte bayerischer Neonazis in den 1990er Jahren nach Thüringen. Am 25. Oktober berichtete das Magazin »Kontrovers« des »Bayerischen Rundfunks«, dass in einer Telefonliste des NSU-Mitglieds Uwe Böhnhardt von 1998 auch die Nummer der »Tiroler Höhe«, eines früheren Neonazitreffpunkts in Nürnberg, stand.

14. November: Nach Bekanntwerden weiterer Aktenvernichtungen beim Berliner Verfassungsschutz zum Neonazi-Netzwerk »Blood & Honour« tritt die Amtschefin Claudia Schmid zurück.

17. Dezember: Die »Freie Presse« berichtet, dass Chemnitzer HelferInnen des NSU Kontakte nach Baden-Württemberg hatten. Das gehe aus einer Liste der Behörden mit 100 Personen hervor und sei von dem Zeugen Thomas S. bestätigt worden. Auf der Liste stehen neben den Angeklagten und Beschuldigten im Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den NSU weitere 86 Personen, die mit dem NSU oder seinen HelferInnen Kontakt gehabt haben sollen.

12. Januar 2013: Die »Freie Presse« berichtet, dass sich Personen des Chemnitzer NSU-UnterstützerInnenrings noch heute in der Szene bewegen. Der 31-jährige Eric Fröhlich, der seit 2000 mit mindestens vier NSU-UnterstützerInnen Kontakt hatte, zähle zu den Köpfen der »Nationalen Sozialisten Chemnitz«. Seine Telefonkontakte mit dem inhaftierten Wohlleben sind über Abhörprotokolle dokumentiert. 2011 fanden Beamte in den Papieren des NSU auch den Ausweis von Fröhlich, der das Dokument zuvor als verloren gemeldet hatte. Auch die Papiere von Ralph H. seien in der Wohnung des NSU gefunden worden, dieser gehöre zum »Freien Netz«.

16. Januar: Es wird bekannt, dass das BKA 1998 an der Suche nach Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt beteiligt gewesen sein soll. Bekannt war eine Liste mit Adressen und Telefonnummern möglicher Aufenthaltsorte und Kontakte in Thüringen, Sachsen und Süddeutschland. Dennoch habe das BKA die Spuren nicht verfolgt. Die Liste mit 35 Kontakten wurde bei der Razzia 1998 in der Jenaer Garage des späteren NSU gefunden.

17. Januar: Die Zeugenbefragung im NSU-UA Thüringen deckt auf, dass der Thüringer Geheimdienst offenbar 1997 überlegt hatte, Zschäpe anzuwerben. Der Plan wurde nicht umgesetzt, weil sie Drogen genommen haben soll.

21. Januar: Sachsens Vizepräsident des Verfassungsschutzes, Olaf Vahrenhold, sagte vor dem sächsischen NSU-UA, dass der Schutz von Quellen (V-Leute) über der Verfolgung und Verhinderung von Straftaten stehe. Er wurde dazu befragt, warum Informationen zu dem V-Mann »Piato« (Carsten Szczepanski) nicht an die Polizei in Brandenburg übermittelt wurden. »Piato« berichtete dem Brandenburger Geheimdienst 1998, dass die späteren NSU-Mitglieder Jan Werner aus Sachsen beauftragt hatten, eine Schusswaffe zu besorgen. Der V-Mann meldete, dass Werner persönlichen Kontakt zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gehabt habe.

28. Januar: Gegen den mutmaßlichen Unterstützer des NSU André Kapke wird ein Verfahren eingeleitet. Die Behörden prüfen, ob der Jenaer Neonazi Böhnhardt und Mundlos zu dem Banküberfall am 4. November 2011 in Eisenach begleitet hat. Nach dem Tod der beiden soll er Zschäpe darüber telefonisch informiert haben. Laut Ermittlungsakten loggte sich die auf Kapke registrierte Handy-Nummer zwischen 13.54 Uhr und 14.06 Uhr in einer Mobilfunkzelle ein, in deren Bereich das Wohnmobil von Böhnhardt und Mundlos stand. Mit dem Handy soll Kapke zudem eine Internetverbindung zu Zschäpe hergestellt haben.

28. Januar: »Der Spiegel« berichtet, dass der Geheimdienst einen weiteren V-Mann im Umfeld des NSU führte. Der ehemalige Neonazi Ralf M. aus Zwickau, der heute in der Schweiz lebt, war zwischen 1992 und 2002 V-Mann (»Primus«) für den Dienst. Ein Zeuge habe ihn Ende der 1990er Jahre bei einem Fußballturnier im thüringischen Greiz mit Böhnhardt und Mundlos gesehen. Zschäpe soll in seinem Laden gearbeitet haben. In einer Vernehmung bestritt »Primus«, die Drei persönlich gekannt zu haben.

7. Februar: Laut »taz« war der ehemalige Chef eines deutschen Ablegers des »Ku-Klux-Klan«, Achim S., mehrere Jahre V-Mann des baden-württembergischen Geheimdienstes. Das BfV hatte mit Thomas Richter (»Corelli«) in der Gruppe zudem einen eigenen V-Mann. Für mögliche Verbindungen zum Umfeld des NSU und zu einem Opfer interessiert sich auch der NSU-UA des Bundestages.

11. Februar: Vor dem NSU-UA des Bundestages mussten Berliner LKA-Beamte Auskunft über weitere V-Männer erteilen. Anlass sind Hinweise auf einen zweiten V-Mann, der in Unterlagen des Berliner LKA gemeinsam mit dem früheren V-Mann Thomas Starke genannt wird. Die Bundesanwaltschaft führt S. im NSU-Verfahren als Beschuldigten. Der zweite V-Mann »VP 620« habe »etwas zur rechten Musikszene gesagt, was einen Beschuldigten des NSU-Verfahrens betraf«, teilte ein Polizeisprecher mit. Unter den Personen, gegen die die Behörden als Beschuldigte im NSU-Fall ermitteln, ist als bekannter Akteur der Musikszene auch der Sachse Jan Werner vertreten. Er steht in Verdacht, dem NSU Waffen beschafft zu haben. Der V-Mann Thomas Starke hatte 2002 Werner als Quelle für seinen Hinweis auf das Trio genannt.

18. Februar: Bundespräsident Joachim Gauck lädt Angehörige der NSU-Opfer ein. Nicht alle kommen der Einladung nach, sie fordern die vollständige Aufklärung der NSU-Morde.

19. Februar: Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier (CDU), legt der »Parlamentarischen Kontrollkommission« einen

nichtssagenden Bericht über die Verbindungen von Neonazis aus dem Bundesland zum NSU und die Ermittlungen der Behörden zu dem NSU-Mord in Rostock vor.

24. Februar: »Bündnis 90/Die Grünen« verlangen von Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) die Herausgabe von Akten im Fall des V-Mannes »Corelli«. Bisher habe sich der Innenminister in der »Parlamentarischen Kontrollkommission« des Landtags geweigert, das Material zu dem Mann aus dem NSU-Umfeld zur Verfügung zu stellen.

28. Februar / 1. März: Eine weitere Ermittlungspanne des BKA und des Thüringer LKA kommt im NSU-UA des Bundestages ans Licht. ErmittlerInnen haben 1998 bei der Suche nach den Untergetauchten versäumt, Adress- und Telefonlisten auszuwerten, die sich aus heutiger Sicht wie ein Verzeichnis der späteren NSU-UnterstützerInnen lesen. Neben der bereits bekannten Liste, die bei der Razzia gegen die späteren NSU-Mitglieder in Jena 1998 gefunden wurde, war eine zweite Liste aufgetaucht. Die ErmittlerInnen des LKA Thüringen und des BKA betrachteten die Liste damals als »für das Ermittlungsverfahren ohne Bedeutung«. Die Adressen hätten die ErmittlerInnen rechtzeitig auf die Spur des Trios bringen können, wurden aber offensichtlich nicht ausgewertet. Den ZielfahnderInnen, die dann vergeblich nach dem späteren Terror-Trio suchten, wurde die Liste nicht einmal ausgehändigt.

5. März: »Bündnis 90/Die Grünen« in Mecklenburg-Vorpommern lehnen nach der Veröffentlichung des NSU-Berichtes von Innenminister Caffier die Einrichtung eines eigenen UA zum NSU ab.

6. März: Die »Badische Zeitung« berichtet, dass das Innenministerium in Baden-Württemberg eine eigene Ermittlungsgruppe zum NSU gründet.

7. März: Im NSU-UA Thüringen wurden zwei Verfassungsschützer befragt, die vom Thüringer Innenministerium als Auswerter von Informationen des V-Mannes Tino Brandt benannt worden waren. Es zeigte sich, dass beide nie als Auswerter gearbeitet und Informationen von dem Neonazi und Gründer des »Thüringer Heimatschutz« (THS) erhalten haben.

8. März: Es wird bekannt, dass Ermittlungsbehörden 1998 vor Ort waren, als ein Kurier Geld für die abgetauchten Jenaer Neonazis an einen Mittelsmann übergab. Von der Übergabe auf einem Parkplatz in Zwickau sollen Fotos existieren. Ein Kurier sagte, das Thüringer LKA habe ihm die Fotos 1999 in der Bundeswehrkaserne Mellrichstadt vorgelegt, wo er damals Dienst leistete. Die Befragung ist in LKA-Akten dokumentiert. Aus den Akten geht auch hervor, dass der Jenaer dem LKA mehrere Kurierfahrten nach Sachsen bestätigt habe. Unklar ist, wo die Fotos sind, wer sie gemacht hat und ob die ErmittlerInnen versucht haben, den Mittelsmann zu identifizieren.

11. März: Der NSU-UA Thüringen stellt einen 554-seitigen Zwischenbericht der Öffentlichkeit vor. Das Dokument mit dem vorläufigen Resümee aus 31 Sitzungen des Ausschusses, der bisher 55 ZeugInnen vernommen hat und dem von der Landesregierung etwa 5.000 Akten übergeben wurden, befasste sich bisher mit der Zeit bis zum Untertauchen des NSU 1998.

14. März: Der frühere Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat vor dem NSU-UA des Bundestags die »politische Verantwortung« für das Versagen bei den NSU-Ermittlungen übernommen. Einen Tag nach dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln am 9. Juni 2004 hatte er erklärt, die Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden deuteten »nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu.« Gleichzeitig bestritt er im UA, die Situation damals falsch eingeschätzt zu haben.

17. März: Es wurde bekannt, dass die Polizei zwischen 2005 und 2006 in Jena einen Neonazi als »Vertrauens-Person« (VP) geführt hat. Das Innenministerium hatte dagegen noch im Mai 2012 im Thüringer Landtag erklärt, dass die Polizei keine V-Personen in der Neonazi-Szene habe.

18. März: Thüringens Innenminister Geibert (CDU) will in Folge des NSU-Skandals die Eigenständigkeit des LfV aufgeben und das Amt als Abteilung in das Ministerium integrieren.

24. März: Das BKA hat mit dem BfV eine Liste von 129 Personen zusammengestellt, die den NSU direkt oder über Mittelsleute unterstützt oder zu ihm Kontakt gehabt haben sollen.

26. März: Das bayerische Oberlandesgericht akkreditierte 50 JournalistInnen für den NSU-Prozess. Darunter befinden sich bisher keine türkischen PressevertreterInnen.

29. März: Die Bundesanwaltschaft prüft, ob der Neonazi und frühere V-Mann Ralf M. (»Primus«) Autos für zwei Morde des NSU gemietet hat. Zwei Anmietungen durch seine Baufirma überschneiden sich zeitlich mit Morden in Nürnberg und München 2001.

2. April: nsu-watch.info, ein Zusammenschluss antifaschistischer Initiativen, kündigt eine unabhängige und öffentliche Beobachtung des NSU-Prozesses in München an.

3. April: Die »Berliner Zeitung« nennt 24 Personen, die im Umfeld des THS und des NSU als Spitzel verschiedener Geheimdienste tätig waren.

10. April: Die Bundesanwaltschaft durchsucht erneut die Wohnung von Susann Eminger, Ehefrau des Angeklagten André Eminger, in Zwickau. Sie steht im Verdacht, den NSU unterstützt und Zschäpe bei der Flucht geholfen und so Strafvereitelung betrieben zu haben.

15. April: Das Oberlandesgericht verschiebt die Eröffnung des NSU-Prozesses aufgrund der Auseinandersetzung um die Presseplätze. Unter anderem hatte die türkischen Zeitung »Sabah« dagegen geklagt, dass sie bei der Vergabe der Plätze ebenso wie andere internationale Medien nicht berücksichtig wurde. Das Gericht entscheidet, die Presseplätze nun zu verlosen.

29. April: Unter großer medialer Beachtung verlost das Gericht die Presseplätze, erneut erhalten relevante Medien keinen Platz. Die Klage gegen das neue Vergabeverfahren eines freien Journalisten wird später abgewiesen, ein Presseplatz muss später aufgrund eines Fehlers neu verlost werden.

5. Mai: Mehrere VertreterInnen der NebenklägerInnen umfassende Aufklärung gefordert. Sie glauben, habe aus mehr als nur drei einzelnen Neonazis bestanden. Auch das »Versagen« des Staates und das Umfeld des NSU müssten im Prozess behandelt werden. »Es geht nicht darum, in möglichst kurzer Zeit maximale Strafen zu erreichen, sondern um möglichst umfassende Aufklärung«, sagte die Münchner Anwältin Angelika Lex.

6. Mai: Der Prozess gegen Zschäpe und die mutmaßlichen NSU-Unterstützer beginnt in München. Der erste Tag ist geprägt von einem großen medialen Interesse und Anträgen der Verteidigung. Zur Verlesung der Anklage kommt es nicht.

»Herr G. der ist, wer hätt's gedacht, der Nazi aus der Nachbarschaft«

Schnittmengen zwischen der »unpolitischen« Oi-Skinhead-Szene und der subkulturell orientierten Rechtsrock-Szene sind auch in Südostniedersachsen nichts Neues. Von einer Grauzone kann aber bei Teilen nicht mehr gesprochen werden: Ganz offen wird sich hier inzwischen in neonazistischen »Aktionsgruppen« engagiert. Ein Bindeglied zwischen Oi-Skinheads, rechter Subkultur und organisierten Neonazis ist dabei der Versandhändler und Produzent Jan Greve.

von Julia Karges

»Kein Bock auf NS Hip Hop« prangt auf der Webseite des Mailorders »Skinhead Service«. Doch wer weiter klickt, merkt schnell, dass mit dem durchgestrichenen Logo des »n`SocialistSoundsystem« kein Statement gegen rechts verbunden ist. Neben wenigen Bands, die gerade noch der Grauzone zuzurechnen sind, gibt es hier jede Menge einschlägige Musik zum Bestellen: »H8 Machine«, »Lunikoff«, »Strongside«, »Brutal Attack« und so weiter und so fort. Das Sortiment des Versands war allerdings nicht immer so eindeutig ausgerichtet. Vor einiger Zeit gab es hier noch eher das klassische Grauzonen-Sortiment: Neben »Rock against Communism«-Bands (RAC) auch einige Oi-Bands und sogar ein paar Ska-Scheiben waren da noch im Angebot.

Hinter dem Versand und Label »Skinhead Service« verbirgt sich Jan Greve aus dem niedersächsischen Örtchen Groß Elbe im Landkreis Wolfenbüttel. Ob als Musiker in diversen vorgeblich »unpolitischen« oder »patriotischen« Oi-Bands, wie der vor einiger Zeit aufgelösten »Backstreet Firm«, als Veranstalter von ebenso vorgeblich »unpolitischen« Skinheadkonzerten, als Produzent oder Plattenhändler: Der Skinhead ist seit Jahren in der Grauzone zwischen Oi-Skinheadszene und subkulturell orientierter Rechtsrockszene unterwegs. Immer wieder geriet er mit seinen Aktivitäten in die Kritik: Antifaschistische Gruppen brachten den Konzertveranstalter in Verbindung mit dem »Adler-Versand« und den »Bootboys Hildesheim« und warfen ihm vor, Konzerte mit rechtsoffenen Grauzonen-Bands zu organisieren und Neonazis auf den Konzerten zu tolerieren. Und tatsächlich zeigen Bilder eines Konzertes im Herbst 2005 in Hildesheim mit »Perkele« und »Riot Company« Jan Greve im Shirt mit dem Aufdruck »Bootboys Hildesheim Riot Crew«. Unter den Zuschauern waren damals auch bekannte Neonazis wie Oliver Malina, heute einer der wichtigsten Rechtsrockveranstalter in Norddeutschland und Akteur bei »Honour & Pride« – einer Organisation, der nachgesagt wird, nach dem Verbot von »Blood & Honour« zum Teil deren Erbe angetreten zu haben.

»Ich sehe mich nicht als Nazi«

Und wie immer, wenn Kritik an der Grauzone als Schnittstelle zwischen der Oi-Skinheadszene und der Neonaziszene geäußert wird, fühlen sich deren ProtagonistInnen fälschlicherweise ins rechte Licht gestellt. Als im Herbst 2006 beispielsweise die »Braunschweiger Zeitung« berichtet hatte, dass AnwohnerInnen bei einem von Jan Greve organisierten Konzert in Salzgitter »Sieg Heil«-Rufe gehört hätten, meldete er sich empört bei der Zeitung: »Die Leute haben Skinheads gesehen und sich einige Dinge zusammengereimt.« Das sei mal »wieder die typische Vorurteilsleier gegen Skinheads«. Das Konzert sei keine »rechte Veranstaltung« gewesen: »Ich sehe mich selbst nicht als Nazi. Ich will aber auch nicht ausschließen, dass einige Gäste Rechte waren. Mich interessiert die politische Einstellung nicht. Die Feier lief als Skinhead-Party.« Die Bands seien alle »Skinhead-Rockbands in der Tradition der 80er Jahre: patriotisch, laut, wütend, unbequem und sicher alles andere als politisch korrekt, was für manchen reicht, um mit der Extremisten-Keule zu schwingen.« Dabei waren die damals auftretenden Bands nicht gerade unpolitisch: »Donnerhall« aus Peine bewegte sich in den Kreisen der »Kameradschaft Salzgitter« und »Honour & Pride«. »Hais et fiers« zählen zu den Bands aus dem »Blood & Honour«-Spektrum.

»This one's for the Skinheads again«

Inzwischen dürfte es dem gealterten Szeneveteranen allerdings immer schwerer fallen sich als »unpolitischen« Skinhead darzustellen, dem einfach nur die »Vorurteilsleier« entgegenschlägt. Nicht allein, dass er fast nur noch Rechtsrock im Angebot hat, auch bei eindeutig neonazistischen Aktivitäten tritt er in Erscheinung.

Bei der »European Skinhead Party«, einem internationalen Rechtsrock-Open-Air mit über 1.000 TeilnehmerInnen am 26. Mai 2012 in Nienhagen (Sachsen-Anhalt) zeigte sich Greve im T-Shirt der veranstaltenden Crew von »Honour & Pride«. Auch für die Fortsetzung dieses internationalen Rechtsrockevents in diesem Jahr wirbt er in seinem Online-Shop. Unter dem Motto »This one's for the Skinheads again« sind für den 25. Mai 2013 »Endstufe«, »Kommando Skin«, »Abtrimo«, die US-Band »Brassic«, »Short Cropped« aus Belgien und »The Wrongdoers» aus Finnland angekündigt. Die aktuelle CD der Hamburger Band »Abtrimo« wird von Greves Label »Skinhead Beat Records« herausgebracht und der Vertrieb von Merchandise und CDs der RAC-Band »Brassic« in Deutschland läuft ebenfalls über ihn. Nachdem in Nienhagen der Vermieter aufgrund der Proteste aus dem Ort den Neonazis das Konzertgelände nicht mehr zur Verfügung stellen will, wurde für Ersatz gesorgt: Im benachbarten Groß Germersleben hat Oliver Malina ein 48.000 qm großes Grundstück samt Schlossruine zum Spottpreis gekauft.

»Zündet endlich das Antifacafé an«

Als »Brassic« im letzten Jahr in der BRD spielte, nutzte sie den damaligen Proberaum der Band »Freigänger« in Schladen (Landkreis Wolfenbüttel). Die »Freigänger« werden von dem eigens für sie gegründeten Label »Freigänger Records« vertrieben, für das ebenfalls Jan Greve verantwortlich zeichnet. Nach außen hin gibt sich die selbsternannte »Skandalband« ebenfalls »unpolitisch«. Die Mitglieder sind aber allesamt der rechten Szene verbunden. Zuletzt ermittelte der Staatsschutz gegen den Bassisten der Band. Er soll in einem umgedichteten Lied im Internet dazu aufgerufen haben, das »Antifaschistische Café« in Braunschweig anzuzünden. Aufgrund der Ermittlungen und dem daraus folgenden Streit unter den Bandmitgliedern lösten sich die »Freigänger« im November 2012 auf. Ihre zuvor eingespielte CD erschien trotz Auflösung und wird ebenfalls über den »Skinhead Service« vertrieben. Die Band ist auch auf

dem bei »Oi ain't red records« gerade erschienenen und über den »Adler-Versand« erhältlichen Sampler »United Skins for freedom of speech Vol. 2« vertreten.

Im Proberaum in Schladen, in dem ein großes Banner des »Skinhead Service« an der Wand hing, fanden auch immer wieder Partys statt, bei denen neben Jan Greve und den Bandmitgliedern der »Freigänger« auch Aktivisten aus der Neonazi-Szene anwesend waren. Im August letzten Jahres saß dort Rene Schulze von »Last Riot« an den Drums, spielte mit »Freigänger« und sang gemeinsam mit Jan Greve im Duett. Rene Schulze tritt derzeit unter der Bezeichnung »Schulzeskin« vor allem als Solokünstler auf – durchaus auch mal mit einer Hakenkreuzfahne im Hintergrund.

Das »Aktionsbündnis« ist ein Zusammenschluss neonazistischer Grüppchen aus der Postleitzahlenregion 38. Dazu gehören unter anderem die »Aktionsgruppen« aus Wolfsburg, Braunschweig und Gifhorn sowie AktivistInnen aus Wolfenbüttel, Goslar und Salzgitter. Gemeinsam mit Neonazis aus Uelzen und Hannover wird auch unter dem Label »Freie Kräfte Niedersachsen Ost« aufgetreten.

In der Region Braunschweig gehört zum »Aktionsbündnis« die »Aktionsgruppe 38«, die seit Anfang 2012 mit Aufklebern, der Teilnahme an Aufmärschen und der Organisation eines Rechtsrockkonzerts unter anderem mit Rene Schulze in einem Braunschweiger Kleingartenverein aufgefallen ist. Nicht nur in der »Aktionsgruppe 38« sondern auch in den anderen Grüppchen der »Freien Kräfte Niedersachsen Ost« sind auffallend viele Neonazis, die aus der »unpolitischen« Skinheadszene oder der Grauzone kommen und sich dort trotz ihrer offenen neonazistischen Aktivitäten weiter bewegen.

Eng verbunden sind die »Aktionsgruppe 38« und das »Aktionsbündnis 38« mit »Honour & Pride«; mit deren AktivistInnen wird gemeinsam zu Konzerten gefahren und bei kleineren Szene-Partys, oft verbunden mit dem Auftritt des einen oder anderen rechten Liedermachers, gefeiert. Meist in angemieteten Kleingartenvereinsheimen oder Sportheimen in der Grenzregion zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Auch bei den Spielen von Eintracht Braunschweig sind die AktivistInnen immer wieder präsent. So zeigten sich Oliver Malina und Johannes W. im August 2012 beim Spiel gegen den 1. FC Köln gemeinsam vor der Szenekneipe »Eintracht Spektrum – Die Spieltagskneipe« am Braunschweiger Stadion. Diese gilt als Treffpunkt einer Mischszene aus Fußballfans, Hooligans und Ultras, in der sich auch die Neonazis wohl fühlen.

^ *Jan Greve beim Naziaufmarsch in Bad Nenndorf 2012*

»… der Nazi aus der Nachbarschaft«

Und nicht nur in der Rechtsrockszene, sondern auch bei politischen Anlässen tritt Jan Greve in Erscheinung: Im Sommer letzten Jahres lief er gemeinsam mit Oliver Malina und den AktivistInnen aus den neonazistischen »Aktionsgruppen« der Region zwischen Harz und Heide beim »Trauermarsch« in Bad Nenndorf mit.

Folgerichtig heißt es in einem Lied der Band »Triplex Army«, einem der musikalischen Projekte von Jan Greve, dann auch: »Herr G. der ist, wer hätt's gedacht, der Nazi aus der Nachbarschaft«.

»Triplex Army« spielen nach eigenen Angaben »Schrammel RAC N OI!« und bezeichnen auf ihrer Facebook-Seite den Videokanal »Youtube« bezeichnenderweise als »Jewtube« Auch bei »Eine Prise Hass«, einem weiteren seiner Bandprojekte, spielten Skinheads mit, die ihren Weg aus der »unpolitischen« Oi-Szene über die Grauzone tief hinein in die neonazistischen »Aktionsgruppen« gegangen sind. Martin S. beispielsweise organisierte noch vor wenigen Jahren Punk & Oi-Konzerte im eher als alternativ geltenden Jugendzentrum Ost in Wolfsburg. Jetzt wohnt er ein Dorf entfernt von Jan Greve und marschiert bei Aufmärschen mit. Auch sein Bandkollege Johannes W. aus Braunschweig zählt zu den AktivistInnen um die »Freien Nationalisten Niedersachsen Ost« und das »Aktionsbündnis 38«.

»Political Loser stay home!«

»Political Loser stay home!« – das stand noch vor einiger Zeit auf den Flyern mancher Konzerte, die Jan Greve mitorganisierte oder bei denen er mit einer seiner Bands auftrat. Denn auch wenn die ProtagonistInnen dieser Grauzone oft keine Probleme damit hatten, mit dem einen oder anderen Neonazi ein Bier zu trinken und auch mal die eine oder andere Rechtsrockkapelle zu hören – mit politischem Aktivismus wollte man nichts zu tun haben. Das vertrug sich nicht mit dem eigenen Bekenntnis zum »Skinhead Way of life«. Und obwohl sich im Kreis neonazistischer »Aktionsgruppen« bewegt wird, glaubt man, diesem Weg treu geblieben zu sein. Und so besuchen die AktivistInnen aus den »Aktionsgruppen« und ihr Umfeld auch weiterhin Konzerte von Oi und Grauzonenbands und Konzerte einschlägiger Neonazibands. Und während man sich hier im traditionellen Skinhead-Outfit präsentiert, marschiert manch stolzer Skinhead am nächsten Tag mit Sonnenbrille, schwarzem Cap und Kapuzenpullover kostümiert im Stil der »Autonomen Nationalisten« bei neonazistischen Aufmärschen mit.

TDDZ

Seit 2009 hat sich der »Tag der deutschen Zukunft« zu einem der zentralen Aufmärsche der nordwestdeutschen Neonazi-Szene entwickelt. In diesem Jahr soll er im niedersächsischen Wolfsburg stattfinden.

von David Janzen



»... im nächsten Jahr wird nach einem langen Kampagnenjahr die Abschlussdemonstration des Tages der deutschen Zukunft 2013 am 1. Juno in der KdF-Stadt Wolfsburg stattfinden. In einer Stadt, die durch deutschen Ingenieursgeist durch eine nationale und sozialistische Regierung aus dem Boden gestampft wurde ...« – so kündigte Dieter Riefling im letzten Jahr in Hamburg die nächste Station der Kampagne an. Wolfsburg ist von besonderer Bedeutung für die Neonazis. Für die NS-Freizeitorganisation »Kraft durch Freude« (KdF) sollte hier ein erschwinglicher »Volkswagen« vom Band laufen. Doch produziert wurden »Kübelwagen« für die Wehrmacht. In der Nachkriegszeit war Wolfsburg Kristallisationspunkt für Alt- und Neonazis. Bei der Kommunalwahl 1948 erhielt hier die »Deutsche Rechtspartei« um den späteren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden die Mehrheit der Stimmen. Danach war Wolfsburg Hochburg der »Sozialistischen Reichspartei« – im Vorstand saß in den 1950er Jahren auch der VW-Betriebsratsvorsitzende. Die NPD hatte hier jahrzehntelang eine feste Basis, insbesondere im Vertriebenenmilieu. 2009 nutzte der Nazianwalt Jürgen Rieger ein ehemaliges Möbelhaus, um dort ein »KdF-Museum« zu errichten. Bis zu seinem Tod ein Jahr später diente das Haus als Treffpunkt der regionalen Szene.

In Pink und mit Piercings für den »Nationalen Sozialismus«

In die Vorbereitung des »Tag der deutschen Zukunft« (TDDZ) sind stets auch lokale AktivistInnen eingebunden. Hinter den Kulissen herrscht derzeit aber einiges an Streit und Misstrauen. So soll die Wolfsburger Szene im Vorbereitungskreis nicht mehr vertreten sein. Dabei mobilisierte die »Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg« (BfZ) in den vergangenen Jahren für die Kampagne und war in die Organisation eingebunden. Der Wolfsburger René Grahn (siehe Bild) trat schon 2010 in Hildesheim beim TDDZ im BfZ-Shirt als Ordner auf. Auch in den beiden letzten Jahren war er für den Ordnerdienst eingesetzt. Ansonsten brachte die 2006 gegründete »Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg« eine Hand voll Flugblätter, meist mit populistischer Ausrichtung, heraus: 2007 wurde die Benzinpreissteigerung kritisiert und »Gesetze zur Entwicklung mit alternativer Energie betriebener Fahrzeuge« gefordert – nicht ohne zu betonen, dass die »Einflußnahme fremder Interessen auf deutsche Politik« gestoppt werden müsse. Bedeutsamer war jedoch, dass es der BfZ gelang, immer wieder Nachwuchs einzubinden. Regelmäßig beteiligte sich die BfZ mit eigenem Transparent an Aufmärschen. Dabei orientierte sie sich an den »Autonomen Nationalisten«, übernahm jugendkulturelle Stilmittel und sprach gezielt »normale« Jugendliche an. Auch Frauen wurden direkt angesprochen: Der BfZ-Aufkleber »Widerstand ist auch Frauensache« ist in Pink gehalten, zeigt stilisierte Blumen und Schmetterlinge und eine Frau im Emo-Style mit dunklen kajalumrandeten Augen und Piercings. Ob man sich zu den »Freien« oder der NPD zählt, spielt in Wolfsburg kaum eine Rolle – die Überschneidungen sind vielfältig. So ist René Grahn heute bei den »Jungen Nationaldemokraten« und wurde vor kurzem zum Vorsitzenden des NPD-Unterbezirks Wolfsburg-Gifhorn gewählt. Und so durfte auch Dieter Riefling, heftiger Kritiker der »seriösen Radikalität« des Parteichefs Holger Apfel, bei der letzten Mitgliederversammlung in Wolfsburg für eine Beteiligung am 1. Juni werben.

Von der »Bürgerinitiative« zur «Aktionsgruppe« und wieder zurück

Anfang 2012 verkündete die BfZ, dass man sich entschlossen habe »den Namen BfZ aufzugeben«: »Wie in vielen anderen deutschen Städten auch, gibt es jetzt also auch in Wolfsburg eine Aktionsgruppe, die politisch Gleichgesinnte zusammenbringt ...«. Tatsächlich war die Umbenennung das Ergebnis einer sich bereits abzeichnenden Entwicklung. Ein Teil der langjährigen AktivistInnen hatte sich ins Berufs- und Familienleben zurückgezogen. Auch über Strategie und Auftreten gab es Konflikte, oft verknüpft mit persönlichen Streitereien. Die gleichnamigen »Bürgerinitiativen« in anderen Städten wie Hildesheim, Celle und Braunschweig hatten sich bereits aufgelöst. In der »Aktionsgruppe Wolfsburg« blieb ein kleiner aktionsorientierter Teil um Michele B., der bereits von Anfang an bei der BfZ mit dabei war. Mit der »Aktionsgruppe Gifhorn« trat die »Aktionsgruppe Wolfsburg« bald mit einer gemeinsamen Eingangsseite im Internet auf. Inzwischen sind diese Seite sowie das Blog der »Aktionsgruppe Wolfsburg« nicht mehr erreichbar. Überraschend wurde am 1. März 2013 per Twitter verkündet: »Die BfZ Wolfsburg ist wieder zurück!«.

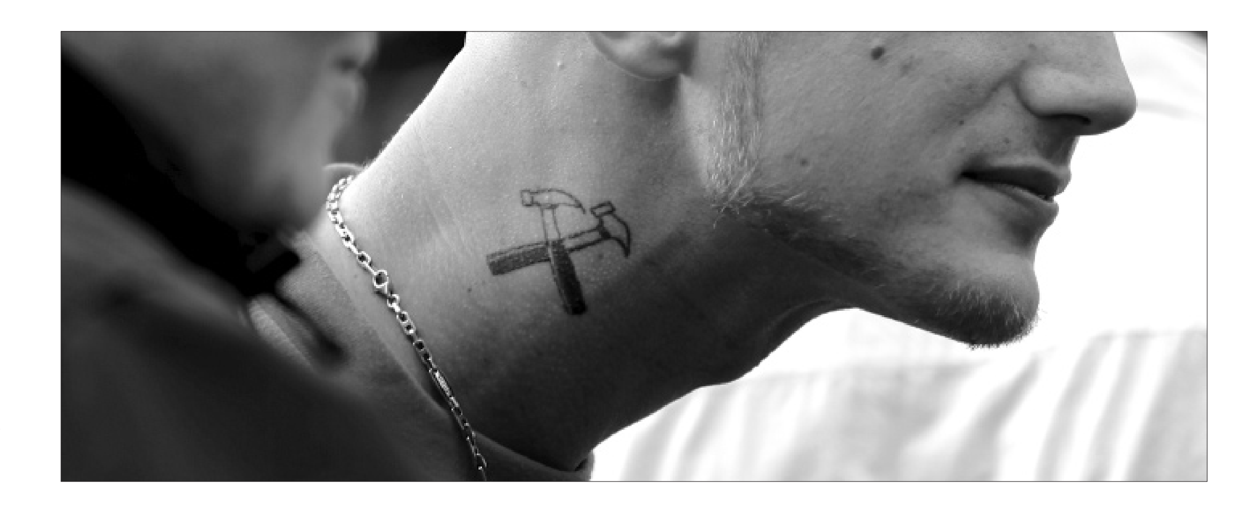
Keine Zukunft für Nazis

Mit dem »Schulterschluss der Wolfsburger Demokraten« hat sich ein breites Bündnis gegen den Aufmarsch gebildet. Mit zahlreichen Veranstaltungen will man die Innenstadt besetzen. Antifaschistische Gruppen rufen gemeinsam mit Gewerkschaftsjugendgruppen unter dem Motto »Keine Zukunft für Nazis« außerdem zu Blockaden auf. Die Stadt hat den Aufmarsch inzwischen verboten. Es ist allerdings davon auszugehen, dass eine Klage dagegen Erfolg haben wird. Für die neue rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen könnte der Tag noch besondere politische Brisanz haben. Immerhin tritt sie laut Koalitionsvereinbarung für »Antifaschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen« ein. Wie ernst sie diese Aussage nimmt, wird sich am Umgang mit dem ersten großen Neonazi-Aufmarsch nach der Landtagswahl und dem polizeilichen Umgang mit den GegendemonstrantInnen zeigen.

Hammerskins in Deutschland

»Hammerskins, die Elite aus der Masse, Skinheads aus der Arbeiterklasse, den Hämmern immer treu verbunden, im Kampf um unsere weiße Rasse, wir sind Nationalisten aus der ganzen Welt, unsere Bruderschaft uns ewig zusammen hält«, so besingt die Bremer Band »Hetzjagd« den braunen Untergrund der neonazistischen Hammerskins.

von Andrea Röpke



Die straff organisierte »Hammerskin Nation« (HSN) wurde 1986 in Texas gegründet und ist seit Anfang der 1990er Jahre auch in der Bundesrepublik aktiv. Den kriminellen Rockergangs ähnlich gelten in dieser elitären Szene eine strenge Hierarchie und ein »internes Regelwerk«. Nur Vollmitglieder dürfen sich »Hammerskin« nennen. Die deutschen Hammerskins nutzen mehrere große Immobilien, wie die einer ehemaligen Bäckerei in Anklam, das festungsähnliche »Thinghaus« in Grevesmühlen oder ein ehemaliges Gasthaus im oberfränkischen Oberprex. Ein Teil des Erlöses aus den Verkaufsgeschäften fließt an politische Gefangene in Haft oder an die Hinterbliebenen »unserer verstorbenen Brüder und Schwestern«. Immer wieder ist im Zusammenhang mit den Hammerskins auch von Waffenschmuggel und Schießtrainings die Rede. Codes wie »HFFH« bedeuten: »Hammerskin Forever – Forever Hammerskins«. In Europa sind Fans und Unterstützer in der »Supporter«-Organisation namens »Crew 38« (38 = Crossed Hammers) eingebunden. Denn, so heißt es auf der Schweizer HSN-Homepage: »Viele wollten sich mit uns identifizieren«.

Frankreich als Rückzugsraum

Bis 2012 beachteten die Behörden die bundesweite Hammerskin-Verbindung kaum. Nach einer Großrazzia gegen das HSN-Chapter »Charlemagne« in Südfrankreich im Februar 2012 sprachen die französischen Ermittler plötzlich von einer Gruppe, die »in ganz Europa 2.000 Anhänger« habe und »perfekt organisiert« sei. Am 3. November 2012 veranstaltete das deutsche Hammerskin-Chapter »Westmark« in seinem Clubhaus in der lothringischen Kleinstadt Toul ein Konzert mit rund 2.000 Gästen. Das »Chapter Westmark«, um den Neonazi Malte Redeker aus Ludwigshafen, gilt als führende Struktur der deutschen Hammerskins. Das Nachbarland Frankreich ist ihr wichtigster Rückzugsraum.«
In der Bundesrepublik geht man zur Zeit von rund zehn Abteilungen mit Schwerpunkten in Süddeutschland, an der Küste und in Bremen aus. Viele Hammerskins sind selbstständig, betreiben Labels wie »Wewelsburg Records« oder die »Gjallarhorn Klangschmiede« in Ludwigshafen. Redeker verfügt nach aktuellen Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) über »zahlreiche bundesweite Kontakte zu Betreibern von Musikverlagen, zu rechten Musikgruppen aus dem In- und Ausland, zu verschiedenen Kameradschaften und zu NPD-Funktionären«.

V-Männer

Kurz nach dem Aus von »Blood & Honour« (B & H) 2000 erwog das Bundesinnenministerium auch ein Verbot des deutschen Ablegers der HSN, doch dazu kam es nicht. Einer der führenden Hammerskins, Mirko Hesse aus Sachsen, genannt »Munin«, war nicht nur an Straftaten beteiligt, sondern auch V-Mann des Verfassungsschutzes. Seit der Enttarnung im Rahmen des »Landser«-Prozesses 2002 agierte das rassistische Netzwerk in den Folgejahren sehr zurückhaltend. Hesse, der mit Rechtsrock handelte und mehrfach verurteilt wurde, war nicht der einzige Spitzel aus diesen Reihen. Als langjähriger V-Mann, Deckname »Corelli«, entpuppte sich inzwischen auch Thomas Richter aus Halle. Der bekannte Neonazi bewegte sich nach dem Verbot von B&H ebenfalls im Hammerskin-Netzwerk. Seit Mitte der 1990er Jahre war er mit dem NSU-Terroristen Uwe Mundlos bekannt: Richters persönliche und geschäftliche Telefonnummern fanden sich in dessen Liste.

»National Officers«-Treffen

Simon Allwardt und Marc Gaitzsch, beide aus dem Umfeld der Szene-Bands »Endlöser« und »Hetzjagd«, gehören zur Bremer Sektion. Gemeinsam mit Dennis Kiebitz richteten sie im Februar 2013 ein geheimes »National Officers«-Treffen in Werlaburgdorf zwischen Westharz und Braunschweig aus. Der ortsbekannte Neonazi hatte das Dorfgemeinschaftshaus für eine angebliche Familienfeier angemietet. Bei starkem Schneetreiben waren die ersten rund 30 »Offiziere« – unter ihnen wenige Frauen – angereist. Aus dem Main-Spessart-Kreis, aus Altenburg, Heidelberg, Dortmund oder Brandenburg wurden TeilnehmerInnen dieses elitären Netzwerkes erwartet, die im Rechtsrockgeschäft stark involviert sind. Ungestört konnten einige Szene-Händler ihre großen Kartons ins Gemeinschaftshaus tragen. Fast alle trugen schwarze Kapuzenpullover mit dem Emblem der zwei gekreuzten Hämmer auf einem Zahnrad, darüber einheitliche rote Blousons, bei einem stand »Hammerskins Berlin« auf der Brust. Unter den Besuchern in Werlaburgdorf wurde auch Thomas Gerlach aus Meuselwitz, genannt »Ace«, gesichtet. Gerlach gilt als Vertreter des zur Zeit eher inaktiven »Freien Netzes« mit sehr engen Kontakten zum mutmaßlichen NSU-Waffenbeschaffer Ralf Wohlleben. Gemeinsam mit Wohlleben organisierte Gerlach das »Fest der Völker« in Jena, Altenburg und Pößneck.

»Ignorieren polizeilicher Erkenntnisse«

Ein internes Dossier des BKA von 2012 stellte fest, die Hammerskins seien von Verfassungsschützern nur »inadäquat« dargestellt worden. »Quellenschutz« sei der Grund für das »Ignorieren polizeilicher Erkenntnisse«, wurde vermutet. In Niedersachsen hieß es im letzten Bericht des »Landesamtes für Verfassungsschutz« sogar: »Die Hammerskins entfalten ›keine Aktivitäten‹«.

Provokation bis an die Schmerzgrenze

Immer wieder macht »Pro« überregionale Schlagzeilen – über den Zustand der Partei sagt das aber wenig aus. Die Ambivalenz von maroden Strukturen, ausbleibenden Wahlerfolgen und medialem Erfolg hält die Organisation gut aus. Eine ernstzunehmende Alternative als rechte Partei stellt »Pro« derzeit nicht dar.

von Barbara Manthe

Die Stimmung sei schon einmal besser gewesen, gibt der Vorsitzende der »Bürgerbewegung PRO NRW« Markus Beisicht zu. Aber all das, was sie über den »islamischen Extremismus« erzählt hätten, habe die Wirklichkeit jetzt noch einmal überholt. »Die Botschaft des Tages kann nur sein, aktiv gegen diese Extremisten vorzugehen«, sagt er. Umringt von Kameraleuten und JournalistInnen großer Sender gibt Beisicht Mitte März am Rande einer Demonstration seiner Partei in Leverkusen ein Statement nach dem anderen.

Mordaufrufe und Anschlagsversuche

In der Nacht davor, am 13. März 2013, hatte die Polizei vier Männer verhaftet, die beschuldigt werden, einen Mordanschlag auf Markus Beisicht geplant zu haben. Sie werden der salafistischen Szene zugeordnet. Zwei Verdächtige nahm die Polizei in der Nähe seiner Wohnung fest, sie hatten das Haus offenbar ausgekundschaftet. Bei Razzien fand die Polizei zudem eine Liste mit neun rot markierten Namen, darunter den von Beisicht.

Die Geschehnisse fügen sich ein in die Reihe aktueller Mordaufrufe und Anschlagsdrohungen gegen die antimuslimische Rechte in der letzten Zeit: So sandte im Mai 2012 der in Pakistan lebende deutsche Islamist »Abu Ibrahim« eine Videobotschaft, in der er unverhohlen zum Mord an »Pro«-Funktionären aufrief. Ähnlich eindeutig war die Fahndungsliste für »Verbrechen gegen den Islam«, die das englischsprachige »al-Qaida«-Magazin »Inspire« im Frühjahr 2013 verbreitete: neun Köpfe von tatsächlichen oder vermeintlichen Islam-Gegnern, darunter der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders. »Yes we can. A bullet a day keeps the infidel away«, heißt es dort zynisch.

»Pro« im Fokus der Weltöffentlichkeit

Nicht zum ersten Mal steht »Pro« im Licht überregionaler Öffentlichkeit. »Pro Köln« und »Pro NRW« haben in den letzten fünf Jahren eine immense mediale Aufmerksamkeit erlebt, die teils internationale Dimensionen annahm. Von einer lokalen Splitterpartei Mitte der 1990er Jahre hat sich »Pro« zu einer überregionalen Struktur entwickelt, die immer wieder für Wirbel sorgt. Welche Provokationen sie auch anvisierte, sie gelangen oft perfekt, was drei Beispiele verdeutlichen können:

Die Ankündigung von »Pro Köln«, im Frühjahr 2008, einen »Anti-Islamisierungskongress« mit internationaler Beteiligung in Köln abzuhalten, stieß auf weltweite Resonanz. Das iranische Außenministerium äußerte anlässlich des Kongresses gegenüber einem französischen Gesandten Bedenken über die wachsende anti-muslimische Stimmung und forderte, den Kongress verbieten zu lassen. Frankreich hatte damals die EU-Ratspräsidentschaft inne. Die Veranstaltung war in Köln wochenlang Thema, was nicht zuletzt auch an den angekündigten Gegenprotesten und an der damals hitzig geführten Debatte um den Bau einer Moschee lag.

Im Mai 2012 spitzten sich die Anfeindungen zwischen »Pro« und Salafisten zu, als die Rechten im Rahmen von Wahlkampfkundgebungen mit Karikaturen über den Propheten Mohammed vor nordrhein-westfälischen Moscheen auftauchten. In Bonn kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Salafisten und der Polizei, die Medien berichteten bundesweit. Islamistische Prediger in der sudanesischen Hauptstadt Karthum sollen Medienberichten zufolge wenige Monate später, im September 2012, auf die Aktionen von »Pro« im Frühjahr verwiesen haben. Damals waren in der islamischen Welt heftige Proteste gegen den Film »Die Unschuld der Muslime« ausgebrochen. Gleichzeitig sorgte Manfred Rouhs, Bundesvorsitzender von »Pro Deutschland«, mit seiner Ankündigung, das Video zu zeigen und den Islamhasser Terry Jones einzuladen, für Schlagzeilen.

Abgesehen von diesen medialen Schlaglichtern konnte »Pro« in den vergangenen Jahren in kommunale Parlamente Nordrhein-Westfalens einziehen: So sind sie seit 2005 mit fünf Mitgliedern im Kölner Rat vertreten und sitzen in den Stadträten einiger kleiner Städte. Gerade in Köln wuchs »Pro Köln« durch den Zulauf von PolitikerInnen anderer Parteien: Waren es früher Republikaner sowie das ehemalige rechtsaußen-CDU-Mitglied Jörg Uckermann, die für Zuwachs bei den Rechten sorgten, wechseln derzeit Mitglieder der Piraten-Partei zu »Pro«.

Eine Partei mit Widersprüchen

Auf der anderen Seite musste »Pro« in der Vergangenheit zahllose Schlappen und Niederlagen einstecken und müht sich vergeblich ab, außerhalb NRWs Fuß zu fassen. Die Personaldecke ist dünn, parteiinterne Querelen führten zum Wegzug von Manfred Rouhs nach Berlin, wo er jetzt erfolglos versucht, »Pro Deutschland« auszubauen. Die Funktionäre von »Pro« kommen ihrer Selbstdarstellung als »Bürgerbewegung« zum Trotz aus dem extrem rechten Lager, fallen teilweise durch kriminelle Machenschaften auf. Jörg Uckermann beispielsweise saß im Herbst 2012 mehrere Wochen lang wegen des Verdachts auf Betrug in U-Haft: Er sollte die Stadt um Sitzungsgelder betrogen haben. All das sorgt immer wieder für negative Schlagzeilen. Auch auf der Straße ist »Pro« schwach; oft kommen zu Demonstrationen und Kundgebungen nur eine Handvoll



^ *Nur knapp 100 TeilnehmerInnen beim Aufmarsch von Pro im Oktober 2012 in Wuppertal*

AnhängerInnen, Gegenproteste be- oder verhinderten häufig ihre Märsche. Den groß angekündigten »Anti-Islamisierungskongress« 2008 verhinderten zehntausende GegendemonstrantInnen mit Blockaden.

Mediale Eskalationsstrategien
Wie hält die Partei diese Ambivalenz aus? »Ich sehe darin keinen Widerspruch«, sagt der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler, Mitarbeiter beim Forschungsschwerpunkt »Rechtsextremismus/Neonazismus« an der Fachhochschule Düsseldorf. Häusler forscht und publiziert seit Jahren zum Thema Rechtspopulismus und speziell zu »Pro«. »Eine medial orientierte Eskalationsstrategie und das Themenfeld Kulturrassismus sind wirkungsmächtige Formen, um mit geringem Personal maximale Aufmerksamkeit zu erzielen«, so Häusler. Besagter Aufruhr um das Mohammed-Video habe gezeigt, wie die Partei »medialen Erfolg mit null Aufwand« erreicht habe. Die Provokationen seien gewollt, »Pro« gehe dabei »bis an die Schmerzgrenze. Da wird der instrumentelle Charakter deutlich, der ihren Aktionen innewohnt.«
Situationsbedingte Faktoren, beispielsweise dass auch islamistische Gruppierungen an der Eskalation interessiert sind, verstärken dieses Phänomen. Das seien »zwei Seiten einer Medaille«, so Häusler: Beide Gruppierungen inszenieren sich als Opfer. »Pro« ist eine solche Wechselwirkung nur recht, sie bietet ihnen eine öffentliche Bühne und Legitimation für ihre rassistische Hetze.

Die »Marktlücke« besetzt
Vor allem die Themensetzung macht den Zündeffekt aus: Kampf gegen Zuwanderung heißt das Schlagwort, mit dem »Pro« punkten kann. Mit der Ethnisierung und Kulturalisierung gesellschaftlicher Probleme folgen sie gesellschaftlichen Trends: Einer vermeintlich homogenen Personengruppe, die einer bestimmten »Ethnie« angehören soll, wird die Rolle als Verursacher sozialer Probleme zugeschrieben. »Fremden« Kulturen, insbesondere dem Islam, werden gewisse – rückständige – Verhaltens- und Einstellungsmuster unterstellt.
Gegen zwei Bevölkerungsgruppen agitiert »Pro« im besonderen Maße: Die Hetze gegen Roma und Sinti hat eine lange Tradition. Schon die »Deutsche Liga für Volk und Heimat«, aus der 1996 »Pro Köln« hervorging, fiel durch ihre explizit antiziganistischen Aktionen auf. Mitte der 2000er mischte sich »Pro Köln« in die Debatte um »Klau-Kids« ein – angebliche jugendliche Romas, die als Diebesbanden in Köln unterwegs seien – und versuchte, die Debatte, die ohnehin einen rassistischen Unterton hatte, zu verschärfen. Die derzeit laufende »Volksinitiative gegen Asylmissbrauch« richtet sich ebenfalls eindeutig gegen Roma aus Osteuropa und begleitet die aktuelle »Zuwanderungsdebatte«.
Die Gruppe, die »Pro« am meisten anfeindet, sind Muslime und Musliminnen, wobei sich die Kategorie »Islam« nicht unbedingt an einer tatsächlichen Religionszugehörigkeit festmacht, sondern eine rassistische Zuschreibung darstellt, die sich vor allem gegen Menschen aus dem arabischen und türkischen Raum richtet. In Köln dockte »Pro« insbesondere mit einer rassistischen Intervention an die Kontroverse um den Moscheebau an.
Gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen sind dabei hilfreich, denn latenter Antiziganismus und antimuslimischer Rassismus findet bis in die Mitte der Gesellschaft Gehör. Aber die Organisation ist auch bereit, jederzeit umzusatteln. Markus Beisicht selbst brachte es 2008 auf den Punkt: »Wir haben die Marktlücke besetzt«, sagte er gegenüber der »Jungen Freiheit«. »Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir mit dem Thema [Islamisierung] gefunden haben.«

Faktor Kommunikationsstrategien
Auch andere Aspekte sorgen dafür, dass die Partei nicht schon vor Jahren in der Bedeutungslosigkeit versunken ist. Die Namensgebung – »Pro« als positive Konnotation »für« etwas, »Bürgerbewegung« als volksnahe dynamische Initiative und in Abgrenzung zu den »etablierten Parteien« – hat lange Zeit gut funktioniert. Obwohl führende Funktionäre wie Manfred Rouhs, Markus Beisicht oder Bernd Michael Schöppe eine neonazistische Vergangenheit haben, konnte sich »Pro« lange Zeit als demokratische Partei darstellen. Weiterhin haftet der Gruppierung auch in etablierten Medien der Ruf an, nicht extrem rechts zu sein. Viele Medien nennen »Pro« heute immer noch »Bürgerbewegung«, gelegentlich ohne diese Eigenbezeichnung kritisch zu hinterfragen. Anderen, auch großen Zeitungen ist »Pro« große Portraits wert, in denen sie auch durchaus ein persönliches Gesicht der Rechtspopulisten zeichnen. Würden sie ähnlich über Aktivisten der NPD oder der »Rechten« berichten?

Keine Alternative
Dass »Pro« nicht so offen mit Neonazis paktiert, bringt ihr bei ihren Kommunikations- und Wahlstrategien eindeutig Pluspunkte. Darüber hinaus sind viele Funktionäre Berufsaktivisten, sie kennen kaum Grenzen und sind trotz zahlreicher Schlappen wahrliche Stehaufmännchen. Trotzdem stellt »Pro« derzeit keine Alternative als rechte Partei dar. Die ProtagonistInnen agieren nicht professionell und eine Fusion mit den »Republikanern« sei trotz vollmundiger Ankündigungen nicht vollzogen worden, so Häuslers Analyse. Eine Zusammenarbeit mit politisch ähnlichen Gruppierungen wie »Politically Incorrect« und »Die Freiheit« scheint – in der notorisch zerstrittenen Rechten – nicht von Erfolg gekrönt zu sein.
Wie es weitergeht, ist unklar. Eines ist aber augenscheinlich: »Pro« wendet die Wir-Ihr-Strategie erfolgreich an und schafft Identifikationsangebote für RassistInnen sowie Anschlussmöglichkeiten an die gesellschaftliche Mitte. Die Partei hat ganz offensichtlich ein Gespür für die richtige Provokation und kennt keine Hemmungen, wenn es darum geht, die maximale Eskalation herbeizuführen. Im momentanen politischen Klima mag das zu medialen Erfolgen führen, es reicht aber nicht, um sich als das neue Gesicht des Rechtspopulismus zu etablieren.

»Institut für Staatspolitik« auf preußischen Wegen

Der nationalistische Kampf gegen Napoleon treibt im Frühjahr 2013 weite Teile der (extremen) Rechten um. Der Anlass: Vor 200 Jahren begannen die ›Befreiungskriege‹, an deren Erfolg Preußen einen nicht unbedeutenden Anteil hatte. Die Rechte sieht in ihnen aber vor allem einen identitätsstiftenden Charakter für die ›Deutsche Nation‹.

von Svenja Reutling

»1813-1913-2013 – Mut zur Geschichte« lautete das Motto des 22. »Berliner Kollegs« des ›neu-rechten‹ »Instituts für Staatspolitik« (IfS), das am 13. April 2013 wie gewohnt im »Logenhaus« in Berlin-Wilmersdorf veranstaltet wurde. Damit standen zum wiederholten Male Preußen und die Klage über die (Nicht-)Wahrnehmung seiner Geschichte in der Gegenwart auf der Agenda, der rund 100 TeilnehmerInnen gespannt folgten. Entlehnt ist der Tagungstitel dem Buch »Mut zur Geschichte« (1983) aus der Feder des ›neu-rechten‹ Historikers Hellmut Diwald. Dessen inhaltlichem Postulat, man müsse sich zur deutschen Geschichte bekennen, folgte das Institut nicht zum ersten Mal.



^ *›Geburt einer Nation‹? Preußens Befreiungsschlag gegen Napoleon (reenactment)*

Preußen als Bezugspunkt

Der Geschäftsführer des Instituts, Erik Lehnert, versuchte in seiner Einführung den historischen Rahmen für die drei folgenden Referenten zu skizzieren und eventuelle Unklarheiten bezüglich des Tagungsmottos aufzulösen. An den 200. Jahrestag des Eingreifens Preußens in die Befreiungskriege werde, so Lehnert, im Vergleich zu anderen historischen Ereignissen in der Öffentlichkeit nur am Rande erinnert. Begründet sei dies »in dem gespaltenen Verhältnis zur Nation und unserer Geschichte«, lamentierte er. Die zentrale Bedeutung dieser kriegerischen Auseinandersetzung in der Bewusstseinswerdung der deutschen Nation werde missachtet, schlimmer noch, die Nation werde zugunsten eines »Weltbürgertums« abgeschafft, so Lehnert, der damit den Bogen vom Gestern zum Heute spannte. Bereits im Vorfeld der Tagung wurde das Thema 1813 ausführlich in der »Sezession«, der Zeitschrift des Instituts, und auf dem gleichnamigen Internetblog mit einer ähnlichen Betrachtungsweise behandelt.

Historie und Ästhetik

Jan von Flocken, Historiker und Journalist aus Berlin, referierte dann als erster unter dem Titel »›…wenn wir nicht aufhören wollen, Preußen und Deutsche zu sein‹. Die Befreiungskriege und die Geburt einer Nation«. Er stellte in seinen Ausführungen die wesentlichen Ereignisse dieser Auseinandersetzungen in den Kontext der Entstehung der deutschen Nation, die dann schließlich in die Reichsgründung mündete. Nach dem Autor der »Jungen Freiheit« und der Zeitschrift »Compact« folgte der emeritierte Universitätsprofessor Michael Stahl. Dieser setzte sich mit dem Werk des preußischen Architekten Karl Friedrich Schinkel und seiner Bedeutung für die »ästhetische Erziehung der Deutschen« auseinander. Dabei konzentrierte sich Stahl auf historisch-philosophische Ausführungen bezüglich der Nationenbildung. Der dann folgende obligatorische Vortrag des ideologischen Kopfes des IfS, Karlheinz Weißmann, verdeutlichte schließlich die Zielsetzung und Ausrichtung dieser Veranstaltung und die Bedeutung dieses Datums für das IfS. Unter der Überschrift »1813-1913-2013. Die gelungene Rezeption eines Mythos und der fehlende Mut zur Geschichte« kritisierte Weißmann ebenso wie Lehnert die fehlende Auseinandersetzung mit dem Jahr 1813 in der gegenwärtigen Öffentlichkeit. In seiner Wiedergabe der Rezeption dieses historischen Ereignisses hob er die positive Bezugnahme der Geschichtspolitik in der DDR hervor, während die anti-napoleonischen Befreiungskriege als nationaler Bezugspunkt in der BRD keine Rolle spielten, so der Northeimer Gymnasiallehrer.

Berlin, Berlin …

Bereits am Vorabend des »Berliner Kollegs« war Erik Lehnert als Referent – nicht zum Thema 1813, sondern zur »Bundeszentrale für politische Bildung« (s. drr Nr. 139) – zum wiederholten Mal Gast bei der Berliner »Burschenschaft Gothia«. Trotz ihres Austritts aus der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« ist sie immer noch Mitglied der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Sie spielt eine nicht unwesentliche Rolle im rechtskonservativen Milieu Berlins, in dem das Institut immer präsenter wird. Erst jüngst, am 7. Dezember 2012, eröffnete das IfS den »Staatspolitischen Salon« in Berlin-Köpenick mit einem Abend unter dem Thema »20 Jahre anschwellender Bocksgesang«. Jener 1993 von Botho Strauss veröffentlichte Essay kann wohl als ein Fanal für das Spektrum rund um die Zeitschrift »Junge Freiheit« gelten, aus dem eben 2000 auch das IfS erwachsen ist.

1813 – mehr als Erinnerung

Die gleichen Kritikpunkte des IfS an der gegenwärtigen Gedenkpolitik vertritt der Herausgeber der »Jungen Freiheit«, Dieter Stein: »Eine Nation schämt sich ihrer Geburt«, betitelt er seine Kolumne zum Ereignis (JF, 12.4.2013). Schwer begreiflich sei es, »weshalb wir uns nicht entschieden zu unserer Identität bekennen und über die eigene Nationwerdung freuen«, schreibt er, ohne Substantielles hinzuzufügen – was auch der Wochenzeitung »Preußische Allgemeine« nicht gelingt, wenn sie daran erinnert, dass König Friedrich Wilhelm III. 1813 das »Eiserne Kreuz« stiftete, noch der NPD mit ihren Wortmeldungen. Einzig der Bogen, den das Milieu letzterer schlägt, überrascht dann doch ein wenig, wenn die heutige ›nationale Bewegung‹ zum Erbe der Freiheitskriege verklärt wird – damals gegen Napoleon und Frankreich, heute gegen eine »vaterlandslose wie gewissenlose supranationale Macht- und Finanzelite«. Das Jahr 1813 bietet eben für jede (rechte) Interpretation Anknüpfungspunkte.

Mehr als nur von zweifelhaftem Ruf

Aktivitas und »Alte Herren« der »Bielefelder Burschenschaft Normannia Nibelungen« setzen mit ihren Beziehungen zur extremen Rechten eindeutige Duftmarken und gehört damit zu rechten Bünden in der rechten »Deutschen Burschenschaft«. Eine Spurensuche.

von Gerd Alt



^ *Das Maskottchen der »Normannen«*

Knapp unterlag Dirk Taphorn von der »Bielefelder Burschenschaft Normannia Nibelungen« Michael Paulwitz auf dem Stuttgarter Sonderverbandstag der »Deutschen Burschenschaft« (DB) im November 2012 (s. drr Nr. 142) bei der Wahl zum neuen Schriftleiter der »Burschenschaftlichen Blätter« (BB). Dabei ist der junge Ostwestfale weder im Verband noch im rechten Spektrum ein Unbekannter: Auf dem Burschenschaftstag im selben Jahr war Taphorn, der zum Stammpersonal des ›neu-rechten‹ Projekts »Blaue Narzisse« gehört, bereits zum Verbandsobmann für Politik und Hochschulpolitik gewählt worden. Vor ihm waren andere ›Normannen‹ in der DB-Führung aktiv: Jan Ackermeier als Verlagsbeauftragter der BB und Karsten Gutjahr als Verbandsobmann für Jugendarbeit und Sport.

Drähte nach ganz rechts

Tatsächlich ist Ackermeier der exponierteste ›Normanne‹. Seit September 2011 fungiert er als Chef vom Dienst der extrem rechten Zeitschrift »Zur Zeit« aus Österreich. Auch ist er stellvertretender Vorsitzender des »Deutschen Kulturwerks Österreich« mit Ambitionen auf den Vorsitz sowie parlamentarischer Mitarbeiter der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) im Nationalrat. Allerdings bescherten ihm seine Kontakte zur »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) 2010 einen kurzzeitigen Karriereknick: Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Harald Stefan entließ ihn wegen seiner Kontakte zu der neonazistischen Organisation, bald wurde Ackermeier indes vom Abgeordneten Christian Höbart wieder angestellt. Letztlich wechselte er also nur die Büros, dabei hat er nicht nur irgendwelche Kontakte: Er ist Beisitzer im JLO-Bundesvorstand. Im Übrigen ist er nicht der einzige ›Normanne‹ in dem Verband: 1995 war Eike Duhme in der JLO – damals noch »Junge Landsmannschaft Ostpreußen« – als Organisator für Ostwestfalen aktiv. Ihm folgte der Neonazi Marc Strothe. Und 2001 rückte Hans-Ulrich Thiele, nicht Mitglied, aber häufiger Gast der Normannia, in den Bundesvorstand der offen nach rechts gedrifteten JLO auf.
Währenddessen pflegte Christoph Amendt – ehemaliger Sprecher der Aktivitas – Kontakte zum Spektrum der HolocaustleugnerInnen. Er besuchte beispielsweise ein Seminar Horst Mahlers im »Collegium Humanum«, nachdem Mahler 1999 im Normannen-Haus referiert hatte. Auch zu Ursula Haverbeck-Wetzel hielt Amendt den Kontakt für seine Burschenschaft. Und Mark Strothe, sein Vorgänger als Aktivitas-Sprecher, gab Mahler und Haverbeck gar Tipps, wie die Selbstanzeigen-Kampagne der HolocaustleugnerInnen besser zu gestalten sei.
Ins musikalische Spektrum der extremen Rechten sind mindestens gleich zwei ›Normannen‹ involviert: Hendrik Stiewe betreibt das neonazistische Label »Wewelsburg Records«, das im Netzwerk der »Hammerskin Nation« zu verorten ist. Und Timo Kötter alias Cornelius Waldner ist Bandleader der rechten Neofolkband »Sagittarius« und versucht als Fan des Dichters Stefan George (1868-1933) mit elitärem Gestus zu beeindrucken. Sein Verbandsbruder Heiko Urbanzyk, Herausgeber des extrem rechten Black-Metal-Magazins »Iut de Asken« (zuvor »Blutvergießen«), beteiligt sich nebenher noch als Autor für die mit guten Kontakten in die NPD ausgestattete ökofaschistische Zeitschrift »Umwelt & Aktiv«. Ihm zur Seite steht der ›Normanne‹ Michael Niederjohann, der auch gelegentlich in diesem Periodikum schreibt.

Netzwerker

Seit 2005 führt die Normannia jährlich eine »Ideenwerkstatt« durch, ein Vortragswochenende zu Themen wie »Freiwirtschaft«, EU-Kritik und Krise des Parteienstaats, Terrorismus und »staatlich gelenkter Terrorismus«. 2011, als es um die Frage ging ob Migration ›Fluch oder Segen‹ sei, referierten auf dem Haus der Burschenschaft beispielsweise Götz Kubitschek, Michael Paulwitz und Udo Ulfkotte. Erstere rieten, sich auf einen Bürgerkrieg entlang ethnischer Bruchlinien einzustellen, während der Vielschreiber sich in seinen gewohnten antiislamischen Tiraden erging.
Zum Programm der Veranstaltung gehören stets auch ›Feigenblätter‹ für die Öffentlichkeit: In eben jenem Jahr war sich der Burschschafter Kai Ming Au, an dem sich die Debatte um das völkische Reinheitsgebot der DB entzündet hatte, für diese Funktion nicht zu schade. An einem ähnlich ›liberalen‹ Aushängeschild mangelte es indes 2012 auf der Tagung zum Thema »Gender Mainstreaming und Familienpolitik«, auf der die altrechte Christa Meves, Jost Bauch, seines Zeichen Vizepräsident des »Studienzentrums Weikersheim« und Barbara Rosenkranz (FPÖ) ein mehr als nur traditionelles Rollenbild priesen. Entsprechend gespannt darf man auf die ReferentInnen der diesjährigen Ideenwerkstatt sein: »Deutsche Geopolitik« steht dann auf der Agenda.

Lokal isoliert

Die übrigen studentischen Verbindungen in Bielefeld sind zur Normannia auf Distanz gegangen, Mitglieder dieser Burschenschaft haben auf einigen Verbindungshäusern Hausverbot. Der Bielefelder Bismarck-Kommers findet nun ohne sie statt. Den Antiislamisten Karl-Heinz Kuhlmann – Referent des letztjährlichen Bismarck-Kommerses – dürften die Normannen aber dennoch nicht verpasst haben. Er referierte anschließend in Bielefeld beim Nazi Meinhard Otto Elbing, einem häufigen Gast im Normannen-Haus.



^ *Gründung der AfD in Berlin - April 2013*

»Alternative für Deutschland«

»Deutschland, raus aus dem Euro«, die »Alternative für Deutschland« trifft offenbar einen Nerv, anders ist die mediale Präsenz der Partei in Gründung in den letzten Wochen kaum zu erklären. Rechtspopulisten wurden sie schnell gescholten. Was hat es auf sich mit der neuen Partei?

von Jens Breuer

»Meine Damen, meine Herren, ich begrüße sie noch mal ganz herzlich heute zu unserem ersten Bundesparteitag«, setzt Wolf-Joachim Schünemann an, einer der Gründerväter der »Alternative für Deutschland« (AfD). Der große Saal im Berlin InterContinental Hotel reichte nicht aus – knapp 1.300 Mitglieder hatten sich auf den Weg gemacht, um am 14. April 2013 dabei zu sein.

Entwicklung

Offiziell gegründet, führt Schünemann aus, wurde die AfD am 6. Februar 2013 in Oberursel im Rahmen einer Veranstaltung der »Wahlalternative 2013« unter dem Titel »Damit Europa nicht am Euro scheitert«. Etwa 1.300 Menschen nahmen teil. Doch als »Keimzelle« gilt das »Plenum der Ökonomen«, zu dessen Gründung Bernd Lucke vor dem Hintergrund der »Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedsstaaten der Eurozone und der vermeintlichen Gefahren für die Gemeinschaftswährung« Ende 2010 aufgerufen hatte – Adressat waren »alle deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre«. Mit gebündelter Kompetenz wollte der Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg politisch intervenieren – nicht zum ersten Mal: Er war einer der drei Initiatoren des am 30. Juni 2005 veröffentlichten wirtschaftspolitischen »Hamburger Appells«. Und im Juli 2012 hatte er mit mehr als 170 ÖkonomInnen einen Aufruf unterzeichnet, der die Euro-Politik von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisiert. Initiiert wurde der Appell von Walter Krämer, Wirtschafts- und Sozialstatistiker aus Dortmund, und Hans-Werner Sinn, Präsident des »ifo Instituts« München. Politisch sieht sich Lucke als Mann der Mitte und glaubt, dass Jörg Haider von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« kein Rechtsradikaler gewesen sei.
Doch die AfD kann nicht auf Lucke reduziert werden. Neben ihm gehört Konrad Adam zu den federführenden AkteurInnen. Er ist ein ausgewiesener rechter Konservativer, ehemals Redakteur bei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, dann bei der »Welt« und in den letzten Jahren Stammautor im rechtsaußen Blatt »Junge Freiheit« (JF). Auf der Tagung der »Bibliothek des Konservatismus« der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung«, am 24. November 2012 habe Adam »brillant und mit bitterer Ironie über die wirklichkeitsfremd und arrogant gewordene politische Klasse« gesprochen, schreibt die Stiftung in ihrem Rundbrief. Ihr Vorsitzender ist der JF-Chefredakteur Dieter Stein.

Enormer Zuspruch

Rasant verlief der Aufstieg der Partei seit ihrer Gründung – sicherlich auch der breiten medialen Aufmerksamkeit geschuldet. Innerhalb der ersten sechs Wochen sollen mehr als 10.000 Mitgliedsanträge eingegangen sein. Auch auf Facebook, dem die AfD am 3. März 2013 beitrat, stieg die Zahl der »Likes« schnell: 10.000 nur drei Wochen später, 25.000 am 20. April und schließlich 30.000 am 6. Mai.

Forderungen

Zentral sind für die AfD die Währungspolitik und der Ausstieg aus dem Euro. Eine Rückkehr zur DM sei nicht zwingend, wird aber nicht ausgeschlossen. Sie kritisiert, dass Deutschland für die Schulden anderer aufkommen solle und betont, die Lasten dürfe nicht der deutsche Steuerzahler tragen, sondern für sie müssen in erster Linie Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger aufkommen.
»Aber es ist nicht richtig, dass manche Kritiker uns vorwerfen, eine Ein-Themen-Partei zu sein – dafür ist nämlich in Deutschland viel zu viel im Argen«, erklärte Lucke und erntete tosenden Beifall. Europa an sich lehne die Partei nicht ab, vielmehr bekennt sie sich in ihrem Wahlprogramm

zu einem »Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt«. Inhaltlich gleicht das der Vorstellung vom »Europa der Vaterländer«, wie sie einst Charles De Gaulle vertrat – ihm ging es um die Stärkung der Nationalstaaten, zuvorderst Frankreich, auf Kosten kleinerer Länder.
Gegen Einwanderung spricht sich die AfD nicht generell aus, sondern vertritt eine weit verbreitete Verwertungslogik: »Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung«. Sie fordert, wie auch schon die FDP, ein selektierendes Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Gute Ausbildung oder Sprachkenntnisse sind dort von Vorteil. Doch die Modi sind über die Jahre immer restriktiver gefasst worden – ähnlich wie in Dänemark, Großbritannien oder Österreich. Der AfD geht es aber nicht nur darum, ›die Besten‹ anzuziehen: »Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden«, heißt es im »Wahlprogramm«.
Ansonsten vertritt die Partei klassisch konservative Forderungen (Erziehung und Bildung ist zuvorderst Aufgabe der Familie), wirtschaftsliberale Ansichten (mehr Wettbewerb) und geriert sich als Interessenvertreterin der ›kleinen Leute‹: die Eurorettungspolitik sei unsozial und ungerecht, erklärte Lucke in Berlin, da die »bruttotypische Kassiererin bei Aldi mit ihren Steuern die Aktionäre von Banken vor Verlusten bewahrt«.

Rechtspopulisten?
»Die Alternative für Deutschland, meine Damen und Herren, ist eine Partei neuen Typs. Sie ist weder links noch rechts – warum sollten wir auch?«, betonte Lucke in seiner Rede auf dem Parteitag. Doch KritikerInnen sehen sie am rechten Rand angesiedelt. Ursache ist nicht die Ablehnung des Euro, sondern die Weise, in der das vorgebracht wird. Immer wieder wird die typische Redefigur ›die da oben‹ gegen ›das Volk‹ aufgebaut, wobei die ›Eliten‹ über die Interessen der Menschen hinweg entscheiden würden, sie also undemokratisch seien. Deutlich zeigte sich das an den Losungen, die vor dem Gründungsparteitag auf der offiziellen AfD-Facebook-Seite veröffentlicht wurden: »Noch 19 Tage bis zum Gründungsparteitag«, heißt es am 26. März, dann folgt die Tagesdevise: »Demokratie für die Völker statt Bevormundung aus Brüssel«. Es folgen ähnliche Aussagen: »Demokratie statt Parteienherrschaft« (27.3.), »Volksentscheide statt EU-Richtlinien! « (28.3.), »Volksvertretung statt Parteienkartell« (30.3.), »Wir wollen über unsere Währung selbst entscheiden! « (5.4.), »Klartext statt B€ruhigungspillen« (9.4.), »Wahrheit auf den Tisch statt Sand in die Augen! « (7.4.). Und zwischendurch das in rechtskonservativen und extrem rechten Kreisen beliebte Thema ›political correctness‹: »Freie Gedanken statt Schere im Kopf« (29.3.) oder »Keine Gängelung durch die ›political correctness‹« (4.4.). Wenige Tage vor der Veranstaltung ging es dann um das Thema Freiheit: »Freiheit ist das Recht auf Recht« (12.4.), »Einigkeit und Recht und Freiheit! « (13.4.), »Freiheit für Europa, Freiheit für Deutschland« (14.4.).
Einmal korrigiert die Partei einen Slogan. Am 10. April startete sie mit der Aussage »Klassische Bildung statt Multikulti-Umerziehung«, klassischer Neusprech der extremen Rechten. Noch am gleichen Tag wurde die Losung ersetzt durch »Bildung statt Ideologie«.

AnhängerInnenschaft
Welches Milieu die Partei anzieht, zeigen die Kommentare auf Facebook, die FürsprecherInnen der Partei und auch, wer in sie eintritt. Unter den Kommentaren zu dem Eintrag vom 10. April hieß es beispielsweise: »Multikulti ist ein totes Pferd. […] Und klar, wer keine Kultur besitzt, dem ist natürlich jede Form von Kultur auch suspekt.« Ein anderer Nutzer schrieb: »›Multikulti‹ ist […] eine Ideologie, deren Ziel es ist, diese differenzierten kulturellen Identitäten durch Masseneinwanderung und die Affirmation von Parallelgesellschaften zu zerstören. Kurz gesagt: wer für Europa ist, muss gegen Multikulti sein und wer für Multikulti ist, kann nicht zugleich ›pro-europäisch‹ sein«. Derartige Aussagen sind kein Einzelfall. Die AfD scheint ein Sammelbecken von DM-NostalgikerInnen, Nationalkonservativen, NationalistInnen und EthnopluralistInnen zu sein – auch wenn die Parteiführung gerne behauptet: »Die Alternative für Deutschland […] ist eine Partei, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt«, so Lucke auf dem Parteitag. Unterstützung erhält sie beispielsweise recht prominent von Karl Albrecht Schachtschneider, ein Mann von rechts, ganz früher aktiv bei der CDU, dann Gründungsmitglied des »Bund Freier Bürger« und mittlerweile häufiger Gast bei Organisationen und Parteien im Spektrum rechts der Union. Und auch Hans-Olaf Henkel, einst Präsident des »Bundesverbands der Deutschen Industrie«, möchte sich für die AfD einsetzen, nicht aber Mitglied werden. Derweil versuchen auch andere Altbekannte auf den Erfolg aufzuspringen: Paul Latussek ist beispielsweise in Thüringen dabei, den Verband im Ilmkreis zu gründen. Der 76-Jährige war lange Jahre hochrangiger Funktionär in Vertriebenenorganisationen und Gast bei vielen Organisationen der extremen Rechten. Politisch gefallen ist er, als er 2001 den Holocaust verharmloste – vier Jahre später wurde er dafür wegen Volksverhetzung verurteilt.

Reaktionen von rechts
»Raus aus dem Euro! Es gibt nur eine Alternative – die NPD! «, unter diesem Motto führte die Partei eine Kundgebung mit mäßiger Resonanz am Rande des AfD-Parteitags in Berlin durch. Offenkundig fürchtet sie das Thema »Eurokrise« und den Verlust anti-europäischer WählerInnen an die AfD. Dass die Partei eine Konkurrenz für sie sei, räumt NPD-Pressesprecher Frank Franz in einem Youtube-Video ein. Doch er versucht das ›Positive‹ zu sehen. Die Neuen würden als Eisbrecher für das Thema fungieren, das die NPD seit Jahren propagiert. Am Wahltag aber, so Franz, würde sich der Wähler »natürlich nicht nur an die sogenannte Alternative für Deutschland erinnern, sondern wird sich gerade auch an die Partei erinnern, die diese Eurokritik seit vielen, vielen Jahren vorträgt und auch als die authentische Anti-Euro-Partei wahrgenommen hat«. Uwe Meenen aus dem NPD-Parteivorstand, der den AfD-Parteitag besuchte, wird ihm seine Illusionen rauben müssen – von der NPD sprach an diesem Tag niemand.
Hoffnung macht sich indes im Spektrum rund um die JF breit, denn das Personal der Partei entspringt zum Teil ihrem ›Stall‹. Seit Jahren schon hofft die strategisch denkende Wochenzeitung auf den Aufstieg einer solchen Partei rechts der Union und schenkt ihr nun ihre volle Aufmerksamkeit. Mit einem Live-Ticker berichtete sie beispielsweise vom Gründungsparteitag und begleitete über Wochen die Entwicklung der Partei – für die JF ist die AfD die »Rettung vor einem neuen Totalitarismus«: »Eine neue Diktatur«, schwarzmalt sie auf der Schlagzeile am 12. April 2013 und meint die EU beziehungsweise den Euro. Abgedruckt ist dazu das weltbekannte Foto jenes Rotarmisten, der 1945 am Reichstag in Berlin die Sowjetische Fahne hisste – in der JF wurde sie durch eine blaue Flagge mit dem Eurozeichen ersetzt. Die Rettung des Euro münde in einem »Zwangssystem«, argumentiert die JF: »Doch nun formiert sich dagegen politischer Widerstand.«

Ausblick
Die AfD hat noch nicht in allen Bundesländern eigene Verbände aufgebaut. Ebenso steht die offizielle Gründung einer Jugendorganisation noch aus. Die Gründung einer AfD-Hochschulgruppe in Freiburg am 16. April 2013 ist bisher eine Ausnahme. Über die Zulassung der AfD zur Bundestagswahl wird am 5. Juli der Bundeswahlausschuss entscheiden, sofern die Partei ihre beabsichtigte Wahlbeteiligung bis zum 17. Juni 2013 gegenüber dem Bundeswahlleiter anzeigt. Hinsichtlich ihrer Chancen scheiden sich die Geister. Manche attestieren ihr das Potential, in den Bundestag einzuziehen und die Koalition unter Merkel die Mehrheit zu kosten. Der Wahlkampffachmann Frank Stauss hingegen hält die AfD für »eine Partei von frustrierten alten Männern«, wie er der »Süddeutschen Zeitung« (20./21.04.2013) sagte. Sie habe keinen »charismatischen Anführer« und die Deutschen litten nicht sonderlich unter der Euro-Krise. Dennoch gilt es, die Partei im Blick zu behalten. Sie könnte vielerorts zum Sammelbecken für enttäuschte RechtsabweichlerInnen der Union, frustrierte AnhängerInnen der Partei »Die Republikaner« und Splitterparteien wie »Die Freiheit« oder die »Pro«-Bewegung werden.

Noch nicht alles bekannt

Eine Vorstudie zur NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter zeigt, dass mehr Abgeordnete als bisher bekannt in den Nationalsozialismus verstrickt waren. Doch noch lange sind nicht alle Fakten bekannt.

von Albrecht Kirschner

Im Alter von knapp 18 Jahren, am 1. März 1928, wurde Gerhard Woitschell unter der Nummer 88.796 in die Mitgliederkartei der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) aufgenommen. Nach Verleihung des »Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP« galt er später als »Alter Kämpfer«. 1928 war Woitschell auch der »Sturmabteilung« (SA) beigetreten und als Scharführer bis 1932 aktiv. Nach Studium und Promotion war er beruflich für die »Deutsche Arbeitsfront« (DAF) tätig, wechselte dann zu Berufsverbänden in der Druck- und Papier-Branche. Nebenamtlich war er als »Politischer Leiter« und von 1935 bis 1938 als »Ortgruppenleiter« der NSDAP in Berlin-Wedding tätig und dürfte dafür auch das »Silberne Gauehrenabzeichen Berlin« erhalten haben. 1940 wurde er Sachbearbeiter in der »Haupttreuhandstelle Ost«, die die ökonomische Ausbeutung des besetzten Polens betrieb. Im April 1941 wurde er zur Wehrmacht eingezogen.

Im Entnazifizierungsverfahren am 13. Juli 1948 mit einem Jahr Bewährungsfrist in die Bewährungsgruppe 3 eingruppiert, war er bis 1949 in Wiesbaden als Bauhilfsarbeiter tätig, dann Vertreter und schließlich Spirituosengroßhändler. Kurz nach der Bewährungsfrist trat Woitschell der »Nationaldemokratischen Partei« (NDP) bei, einer lokalen 1945 gegründeten nationalkonservativen Partei, die von der US-Militärregierung in einigen hessischen Landkreisen Lizenzen erhielt, nicht aber auf Landesebene. Nachdem die NDP politisch weitgehend erfolglos blieb, betrieb Woitschell die Fusion der NDP mit der »Deutschen Konservativen Partei-Deutsche Rechtspartei« (DKP-DRP) zur »Deutschen Reichspartei« (DRP) und trat im April 1950 als deren Redner auf. Ab 1959 war er – bis zu deren Fusion zur »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) 1964 – Mitglied der Parteileitung der DRP. Woitschell war von 1966 bis zu seinem Tod am 9. November 1969 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NPD-Fraktion im hessischen Landtag. Derartig klare politische Kontinuitäten sind unter den 403 hessischen Abgeordneten bis Jahrgang 1928, die im Fokus der Vorstudie standen, mit großer Sicherheit eine Ausnahme.

Nicht überraschend war allerdings die Zahl neuer Hinweise auf Belastungen aus der NS-Zeit und ebenso wenig, dass sich darunter prominente Politiker fanden, von Rudi Arndt über Gustav Hacker bis hin zu Karl Theodor Bleek. Nicht überraschend war auch, dass wir bei den Recherchen – obwohl außerhalb des Fokusses – auf einige Hinweise auf Widerstand und Verfolgung gestoßen sind. Überraschend war aber, in welchem Umfang belastende Hinweise mit recht geringem Rechercheaufwand gefunden werden konnten. Auch wenn man berücksichtigt, dass heute die entsprechenden Unterlagen leichter zugänglich sind als noch vor einigen Jahren, so weist dies doch darauf hin, dass noch niemand auf die Idee kam, entsprechende Recherchen anzugehen. Warum aber erst 65 Jahre nach der Befreiung überhaupt die Idee aufkam, das Thema aufzugreifen, das bleibt jenseits von Spekulationen derzeit rätselhaft. Diese Frage zu stellen, ist durchaus interessant, verweist sie doch auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit auch durch vorangehende Generationen.

Mit der hier zu skizzierenden Vorstudie konnte festgestellt werden, dass 92 Mitglieder (22,8 Prozent) des Landtages und der beiden Vorparlamente Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Dabei ist klar, dass nicht jeder von ihnen direkt in Verbrechen des NS-Regimes verwickelt war. Es gab mit Sicherheit eine Reihe von Opportunisten und Karrieristen, die den persönlichen Vorteil über alles stellten. Genauso sicher aber unterstützten alle das NS-Regime zumindest ideell, widersprachen in aller Regel weder der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung oder der Sinti und Roma und hielten die Verfolgung von KommunistInnen und SozialistInnen für gerechtfertigt. Sie alle waren aus unserer heutigen Sicht auf der historisch falschen Seite. Zur alleine wenig aussagekräftigen formalen Mitgliedschaft in der NSDAP traten in einigen Fällen aber weitere Faktoren hinzu. Elf der »Parteigenossen«, zeitgenössisch auch »Pg.« genannt, waren vor 1933 der NSDAP beigetreten, darunter Albert Derichsweiler und Erich Mix, später war er zweimal, nämlich von 1937 bis 1945 und von 1954 bis 1960, Oberbürgermeister von Wiesbaden. Dreizehn NSDAP-Mitglieder hatten Parteiämter inne oder waren hauptamtlich Beschäftigte der Partei: Zu finden ist wieder Derichsweiler, der zeitweilig im Stab Rudolf Hess in der NSDAP-Parteizentrale tätig war, Mix in der Partei-Gauleitung Hessen-Nassau und Frank Seiboth unter anderem als »Gauschulungsleiter« der NSDAP-»Gauleitung Sudetenland«. Diese frühen Mitgliedschaften und Funktionen verweisen klar auf Überzeugungstäter – bemerkenswert, dass sie in der hessischen Landespolitik nach 1945 wieder Karriere machen konnten.

Schaut man sich die Verteilung der NSDAP-Mitglieder auf die Landtagsparteien an, so waren nicht etwa in der NPD die anteilsmäßig meisten ehemaligen NSDAP-Mitglieder (4 von 7 Abgeordneten, Anteil 57,1 Prozent). Dieser Wert wird in den Fraktionen des »Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (BHE) übertroffen, in denen 13 von 19 Abgeordneten, mithin 68,4 Prozent vormalige »Pg.s« waren. In den Fraktionen der »Liberaldemokratischen Partei« (LDP) bzw. der FDP waren 38 Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder (27 von 71), darunter auch Mix und Derichsweiler. In der CDU beläuft sich dieser Wert auf 19,8 Prozent (24 von 121), in der SPD auf 14,6 Prozent (24 von 164). In den Fraktionen der Grünen war ein Abgeordneter der Untersuchungsgruppe, der dann auch Mitglied der NSDAP war, nur in der KPD war keiner der 23 Abgeordneten vormals Mitglied der NSDAP. Mit Blick auf die Verteilung nach Legislaturperioden fällt auf, dass der Anteil von vormaligen NSDAP-Mitgliedern in den 1950er und 1960er Jahren stetig bis auf 34 Prozent aller Angeordneten in der fünften Legislaturperiode (1962-1966) stieg, um dann, vor allem wohl altersbedingt, wieder zurückzugehen. Der erste Landtag, in dem kein ehemaliges NSDAP-Mitglied mehr saß, war jener der 13. Legislaturperiode, der im April 1991 zusammentrat.

Zwölf Abgeordnete waren in der »Schutzstaffel« (SS). Mit Derichsweiler, Rolf Metz und Wilhelm Saure finden sich gleich drei »SS-Oberführer«, Mix hatte den Rang eines »SS-Standartenführers«. Metz war zeitweilig im »SS-Führungshauptamt« eingesetzt, Wilhelm Saure und Fritz Walter längere Zeit im »SS-Rasse- und Siedlungshauptamt«, einer Säule der Umsetzung der NS-Rassepolitik. Rolf Metz gehörte darüber hinaus bis Mai 1942 der »SS-Totenkopf-Reiterstandarte« an, Sepp Waller ab 1941 ebenfalls der »SS-Totenkopfdivision«. Bei der SA waren insgesamt 26 spätere Abgeordnete des hessischen Landtags Mitglied, unter ihnen Derichsweiler. Dieser hatte hier den Rang eines »SA-Standartenführers«



und war damit der höchstrangige »SA-Führer« in der Untersuchungsgruppe. Einige hatten mittlere und niedere Ränge, die im individuellen Fall von Bedeutung, aber im Rahmen der Gesamtschau der dem Landtag vorgelegten Vorstudie eher als nachrangig zu bewerten sind.
201 spätere Abgeordnete waren Mitglieder in weiteren NS-Organisationen, in der Hauptsache in der »Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt« und der DAF. Als höherer Funktionär ist Derichsweiler wieder dabei, dieses Mal als »Bundesführer« des »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes« (1934-1936). Das ist die wohl prominenteste Funktion, die ein späterer hessischer Landtagsabgeordneter innehatte. Ebenfalls exponiert war die Stellung, die Frank Seiboth im »Sudetengau« begleitete: Er war dort »Gebietsführer« der »Hitlerjugend« (HJ), wobei das Gebiet die Ebene unter der Reichsführung darstellte.
Jenseits der Parteistrukturen fanden sich fünf bemerkenswerte Hinweise auf Funktionen in der Wehrmacht. Ernst Günther Stegmann zum Beispiel leitete zuerst das Referat »Banden« und dann die Gruppe »Banden Polen« in der »Generalstabsabteilung Fremde Heere Ost«. Damit hatte er sich leitend mit der Bekämpfung von Partisanen befasst, ein Kampfbereich der Wehrmacht, in dem sich Kriegsverbrechen massiv häuften. Mix wiederum war gegen Ende des Krieges Lehrer an der NS-»Führungsoffiziersschule 2« der Luftwaffe und bildete damit diejenigen Offiziere aus, die seit 1943/´44 als verlängerter Arm der NSDAP in der Wehrmacht wirkten. 19 Männer der Untersuchungsgruppe waren als Stadtrat, Landrat, Ministerialdirektor, Mitglied des Reichstags oder auf andere Weise in gehobenen Stellungen des NS-Staates eingebunden. Beispielsweise war Wilhelm Seipel Präsident des »Gauarbeitsamtes Mainfranken« in Würzburg, Heinz Wolf war als Staatsanwalt in Danzig und Traunstein jeweils mit der Verfolgung politischer Gegner des Regimes befasst und Wilhelm Ziegler leitete im »Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda« das »Institut zum Studium der Judenfrage«.
Wie nahe Renitenzen oder auch Widerstandsaktionen an belastende Verwicklungen herankommen konnten, zeigt der Fall von Georg Stierle. Er gab in einem ausführlichen Anhang zu seinem Entnazifizierungsmeldebogen vom April 1946 an, auf eine Anwerbung der »Geheimen Staatspolizei« (Gestapo) als V-Mann eingegangen zu sein. Nach drei Jahren Haft war Stierle im April 1939 aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen worden. Etwa drei Monate später drohte ihm erneut Haft im Konzentrationslager, da er mit Genossen über die Verhältnisse in den Lagern gesprochen hatte. Von der Gestapo wurde er vor die Wahl gestellt, entweder für sie zu arbeiten oder erneut in Haft zu kommen. Nach kurzer Bedenkzeit sagte er der Gestapo die Zusammenarbeit zu, die vor allem in der Erstattung eines monatlichen Berichts bestand. Er berichtete, weiterhin nach eigener Darstellung, eher allgemein Bekanntes. Daher wurde er mehrfach zur Gestapo zitiert, um »Meckerer« zu denunzieren. Nach einiger Zeit verlor die Gestapo allerdings das Interesse an ihm und meldete sich nicht mehr. Diese Geschichte Stierles legt nahe, auch die widerständige Geschichte einer ganzen Reihe von hessischen Landtagsabgeordneten zu betrachten. Leider war das im Rahmen dieser Vorstudie und des auftragsgemäßen Fokus auf Belastungen nicht systematisch machbar. Ich hoffe sehr, dass dieser Lückenschluss nicht allzu lange auf sich warten lässt.
Infolge der von Hans-Peter Klausch verfassten und 2011 von der hessischen Fraktion DIE LINKE herausgegebenen Studie »Braunes Erbe« war klar, dass es erheblichen Nachholbedarf beim Wissen über die Verwicklungen der Abgeordneten des hessischen Landtags und der beiden Vorparlamente gibt. Statt bislang drei in Lengemanns 1986 publiziertem »Landtagshandbuch« benannten ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaften von Landtagsabgeordneten, waren »plötzlich« 75 ehemalige »Pg.s« bekannt. Alle derzeitigen Landtagsfraktionen waren sich einig, dass es bei diesem Kenntnisstand nicht bleiben konnte. Landtagspräsident Norbert Kartmann ergriff die Initiative und eine Arbeitsgruppe aus Zeithistorikern wurde beauftragt, Vorschläge zum Umgang mit dem Themenkomplex vorzulegen. Schließlich wurde eine Vorstudie in Auftrag gegeben, mit der vor allem die quantitativen und qualitativen Möglichkeiten zu vertieften Recherchen zur NS-Vergangenheit hessischer Abgeordneter geprüft werden sollten. Im Rahmen dieser Vorstudie konnte es nicht darum gehen, alle Details zusammenzutragen. Insofern steht zu erwarten, dass kommende systematische und vor allem vertiefte Recherchen weitere Nach- und Hinweise auf belastete Vergangenheiten zu Tage bringen werden. Dass diese Vorstudie nicht das Ende sein sollte, darin scheint sich der Hessische Landtag einig zu sein.

Die vollständige Studie von Albrecht Kirschner findet sich unter www.hessischer-landtag.de

Antiziganismus in den Medien

Seit Herbst 2012 hat sich ein antiziganistischer Mediendiskurs in Deutschland zugespitzt, der im Prinzip seit dem 1. Januar 2007 existiert. Seitdem genießen rumänische und bulgarische StaatsbürgerInnen Freizügigkeit in der EU. Dabei werden »Armutszuwanderer« thematisiert, die Darstellung dabei jedoch auf »Roma« reduziert und in einer ethnisierenden Weise mit sozial abweichendem Verhalten verknüpft.

von Markus End

Ethnisierende Diskurse sind, wenn »Roma« aus dem ehemaligen Jugoslawien und anderen ost- und südosteuropäischen Staaten ins Blickfeld geraten, weder in Deutschland noch in anderen (west-)europäischen Medien eine Neuheit. Hierzulande kann indes festgehalten werden, dass aktuell zahlreiche Schlagzeilen, Aussagen von PolitikerInnen und Themen aus der medialen Berichterstattung von Anfang der 1990er Jahre wieder verwendet werden könnten, ohne dass es besonders auffiele. Städte formulieren »Notrufe«, »AnwohnerInnen« klagen über »mangelnde Hygiene« und für alles wird die Schuld bei den »Roma« gesucht.
Eine kritische Analyse des gegenwärtigen Diskurses darf nicht nur auf den gesellschaftlichen rechten Rand abzielen, sondern muss ebenso auf die überwiegende Gleichstimmigkeit der deutschen Medien eingehen, die sich in den großen Tageszeitungen und Magazinen breit macht – von öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen bis zu privaten, eher auf Sensationsjournalismus abzielenden Formaten. Diese Gleichstimmigkeit zeigt sich insbesondere in einer großen Erzählung, bestehend aus drei aufeinander aufbauenden Argumenten, die dem Diskurs zugrunde liegt. Dieses Narrativ soll exemplarisch an der Berichterstattung über die sogenannten »Problemhäuser« in Duisburg seit Mitte 2012 erläutert werden.

Mediale Ursachenbestimmung
Der erste Teil dieser Erzählung lautet: »Die Roma sind ein Problem«. Dabei werden verschiedene Verallgemeinerungen, Verkürzungen und Zuschreibungen verwendet, um diese Aussage zu erzeugen. Zunächst werden häufig »Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien« mit »Armutszuwanderern« gleichgesetzt. Dies geschieht unter anderem durch eine falsche oder tendenziöse Verwendung von statistischen Daten. So wird in der WDR-Sendung »Bericht aus Brüssel« (27.03.2013) davon gesprochen, der Anteil der »Roma« in Deutschland sei mit 0,13 Prozent vergleichsweise gering, Duisburg jedoch »mit über 6.000 Roma« ein »Hotspot«. Die Zahlen haben freilich nichts miteinander zu tun. Die Prozentzahl bezieht sich auf den Bevölkerungsanteil deutscher SintiZe und RomNja, die Zahl 6.000 auf ZuwandererInnen aus Rumänien und Bulgarien. Eine solche Differenzierung findet in den deutschen Medien jedoch kaum noch statt. Die Bezeichnungen »Armutszuwanderer« und »Roma« werden zumeist austauschbar verwendet, zwischen »Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien« und »Roma« wird nur selten differenziert.
Gleichzeitig werden im Rahmen dieses medialen Diskurses »Roma« zur alleinigen Ursache für »Probleme« gemacht. So beschreibt der Moderator des WDR-Magazins »Westpol« (14.10.2012) »Sinti und Roma« in Duisburg folgendermaßen: »Unsere Gesellschaft tut sich schwer, Menschen einzubinden, die enorme Anpassungsprobleme haben, kaum deutsche Sprachkenntnisse und ein Sozialverhalten, das Nachbarn nicht länger ertragen wollen.«
Die politische Situation in der Stadt ist äußerst komplex. Bereits seit 2011 protestieren »Bürgerinitiativen« »gegen den Zuzug von Bulgaren« nach Duisburg-Hochfeld. Seit einem offenen Brief von »AnwohnerInnen« vom August 2012, in dem gefordert wurde, die »süd-osteuropäischen Zuwanderer« »umzusiedeln [!!!]«, steht das sogenannte »Problem-Haus« in Bergheim (Duisburg-Rheinhausen) im Mittelpunkt des medialen Interesses. Wenig später trat eine weitere »Bürgerinitiative« in Duisburg-Meiderich auf den Plan.
Zahlreiche Medien berichteten und übernahmen dabei zum Großteil das Bild, das die »AnwohnerInnen« gezeichnet hatten. Die dabei den »Roma« zugeschriebenen Eigenschaften entstammen dem kulturellen Vorrat an antiziganistischen Stereotypen. Thematisiert werden folglich »Schmutz« und »Müll«, »Lärm«, »Betteln« und »Diebstahl« mit entsprechender visueller Inszenierung in den Medien. So müssen alltägliche Bilder eines zerfledderten Werbeprospekts auf einem Gehweg (Talkshow »Maybrit Illner«, 28.02.2013; »heute-journal«, 19.02.2013) als Belege für eine besondere »Vermüllung‹ herhalten. Derselbe Sperrmüllhaufen wird häufig in mehreren Einstellungen gezeigt, was den Eindruck erweckt, es handele sich um mehrere Ansammlungen. Besonders auffällig ist die mehrfache Verwendung derselben Aufnahmen von »Müll« in verschiedenen Beiträgen, in denen jedoch jeweils suggeriert wird, die Bilder seien aktuell. So verwendet sowohl »Westpol« als auch die ZDF-Sendung »heute in Deutschland« (20.09.2012) Bildmaterial von »Müll«, das bereits Monate zuvor in der WDR-»Lokalzeit« aus Duisburg (10.07.2012) gezeigt wurde. Alle diese medialen Strategien dienen dazu, die Darstellung von »Müll« besonders zu betonen und zu übertreiben. Gleichzeitig wird das vermeintlich oder tatsächlich verstärkte Auftreten von »Müll«, aber auch von »Betteln« oder »Diebstahl« in allen Beiträgen kausal auf den Zuzug von »Roma« zurückgeführt. So sagt ein Sprecher der Duisburger Polizei im Interview mit »Spiegel-TV« (4.11.2012), der »Unterschied zwischen mein und dein, hat man so den Eindruck, der ist bei vielen noch nicht so vorhanden«. Neben »Betteln« und »Stehlen« lautet der Vorwurf somit auch noch, aufgrund »archaischer Lebensweisen« gar keine Vorstellung von Eigentum zu haben – ein zentrales Element des Antiziganismus.

Die Rolle der »AnwohnerInnen«
Der erste Teil der Erzählung, eine antiziganistisch geprägte Darstellung von »Roma« als »Armutszuwanderer«, die primär »Probleme« bereiten, ist damit komplettiert. Er ist die Grundlage für den weiteren Fortgang der Argumentation: »Anwohner sind die Opfer der Roma« lautet der

zweite Teil der Erzählung. Zur Untermauerung dieser Aussage werden primär »AnwohnerInnen« interviewt, die sich über vermeintliche oder tatsächliche Veränderungen in ihrem Wohnumfeld beklagen, die sie als negativ wahrnehmen. In einer Vielzahl von Beiträgen klagen »AnwohnerInnen« ihr Leid, das zumeist darin besteht, dass »Rumänen... bzw. Romas« in die Nachbarschaft gezogen seien und »natürlich unser Straßenbild und das gesamte Leben oder unsere Wohnsituation dermaßen zum Wanken gebracht« hätten, »dass das Leben dort nicht mehr sehr angenehm, ruhig oder schön ist«, so Sabine Keßler, Mitbegründerin einer »Bürgerinitiative« in Duisburg-Meiderich, in besagter Sendung von Maybrit Illner.

Von großer Wichtigkeit für den zweiten Teil der Erzählung ist dabei, dass »AnwohnerInnen« als unpolitisch gelten und mit Sicherheit niemals »rechts« oder gar »fremdenfeindlich« seien. Dies trifft auch auf Frau Keßler zu, die nach entsprechender Nachfrage der Moderatorin auf ihre Bekanntschaft zu »türkischen Mitbewohner[n], oder Mazedonier[n], Halb-Polen [!]« verweist und schließt: »also fremdenfeindlich bin ich nicht«. Dies überzeugt so sehr wie das altbekannte »Einige meiner besten Freunde sind Ausländer, aber...«. Ob Frau Illner die Medienberichte bekannt waren, nach denen Frau Keßler im Herbst 2012 vor dem Duisburger Rathaus Flugblätter mit der Überschrift »Raus mit den Zigeunern« verteilt haben soll, wurde nicht deutlich.

Antiziganistische Aussagen werden in deutschen Medien häufig nicht kritisiert oder hinterfragt, gelegentlich werden sie neutral oder sogar wohlwollend zitiert. »AnwohnerInnen«, die sich rassistischer Rhetorik und hetzerischer Parolen bedienen, können sich so medialer Auftritte bedienen, um sich als Leidtragende eines von »Roma« verursachten »Problems« darzustellen.

Eine konformistische Rebellion?

Der dritte Teil der Erzählung besteht aus der immer wieder getroffenen Feststellung: »Der Staat ist machtlos.« Dieser Teil der Erzählung wird sowohl von InterviewpartnerInnen staatlicher Stellen wie Polizei oder Stadt als auch von den Medien selbst immer wieder betont: »Wir können nur die Auswüchse bekämpfen. [...] Aber der deutsche Rechtsstaat hat da nur schwer Möglichkeiten, weil man muss immer sehen, den Leuten geht's im Gefängnis immer noch besser als zuhause«, meint der Sprecher der Polizei Duisburg in der erwähnten Sendung »Westpol«. Der Kommentar schließt daraus: »Uns wird klar, die Polizei wird das Problem nicht lösen. Die Roma sind nach der EU-Osterweiterung völlig legal hier.«

Die Gefahr dieses dritten Teils der Erzählung besteht in der damit einhergehenden Drohung, wie sie Petra Vogt, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags für die CDU in der WDR-Sendung erläutert: »Es kann aber auch so sein, dass sich diese Kriminalitätsfälle häufen und dass die Bevölkerung irgendwann sagt, wir wehren uns oder wir versuchen das Problem selber in die Hand zu nehmen.« Bereits in dieser kurzen Passage ist die komplette Erzählung vorhanden. Die »Bevölkerung« als »Opfer« der »Roma« könnte beschließen, sich zu »wehren« oder »das Problem selber in die Hand zu nehmen«. Durch diese Formulierungen wird eine gewisse Legitimierung eines solchen Handelns angedeutet. Wer sich »wehrt«, »irgendwann« – das heißt nach zahlreichen »Hilferufen« (Bild.de, 01.03.2013), die vom Staat vermeintlich ignoriert werden – handelt vermeintlich in Notwehr. Was es heißen kann, sich zu »wehren«, wird in dem »Westpol«-Beitrag erläutert: »Also ich stell mir vor, dass wir eventuell im Westen dann auch mal ein Lichtenhagen haben werden. Indem also sich die Rechten hier einklinken und so ein Haus auch in Brand stecken könnten. Da haben wir als Bürger die meiste Befürchtung vor.« Was Hans-Wilhelm Halle, »Anwohner« und Sprecher der »Bürgerinitiative« in Bergheim und nach Medienberichten ebenfalls beteiligt an der Verteilung der Flugblätter »Raus mit den Zigeunern«, hier formuliert, klingt »weniger nach humanitärer Sorge als nach bösartigem Zynismus« (Werner Jurga, xtranews.de, 11.04.2013).

Aussagen wie die oben zitierte der CDU-Abgeordneten Vogt oder die des Polizeisprechers, sie könnten »nur die Auswüchse« bekämpfen, was implizit nahe legt, es sei notwendig, dem »Problem« an die »Wurzel« zu gehen, könnten von »AnwohnerInnen« als Legitimation von »Selbstjustiz« interpretiert werden. Genau dies sind die Mechanismen einer antiziganistisch motivierten konformistischen Rebellion, wie sie 1992 in Rostock-Lichtenhagen einen Höhepunkt erreichte. Die derzeitige mediale Erzählung legt freilich eine solche »Lösung« nahe.

Trübe Aussichten

»Pro-NRW« hat am 12. März 2013 eine nur mäßig besuchte Demonstration vor dem sogenannten »Problemhaus« durchgeführt, gegen die wiederum rund 300 Menschen demonstriert haben. Die »Bürgerinitiative« um Halle lud währenddessen zu einem Frühstück mit der Lokalpartei »Bürgerlich-Liberale« ein, um »dererlei Strömungen nicht durch massive Gegenpräsenz zu mehr Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit« zu verhelfen. Mittlerweile haben sich allerdings auch mehrere Initiativen, ein Lokal-Politiker sowie antifaschistische Gruppierungen in die Debatten eingeschaltet und die pauschalen und antiziganistischen Darstellungen kritisiert.

In der derzeit vorherrschenden medialen Erzählung von »Roma« in Duisburg werden jedoch weiterhin soziale Konflikte ethnisiert, indem an vorhandene antiziganistische Einstellungen angeschlossen wird und antiziganistische Aussagen von »AnwohnerInnen« medial nicht kritisiert und häufig unkritisch verbreitet werden. Die »AnwohnerInnen« finden Aufmerksamkeit in den Medien, während jene, die angeblich die Ursache der »Probleme« darstellen, ebenso wie andere Stimmen, welche die Erzählung grundsätzlich in Frage stellen, kaum zu Wort kommen. Mediale Beiträge, welche die Berichterstattung kritisieren, Differenzierungen einfordern und andere Sichtweisen präsentieren, bleiben Einzelfälle und finden nur unzureichend Gehör. So muss sich die deutsche Medienlandschaft 2013 (erneut) fragen, inwieweit sie als Legitimationsinstanz für antiziganistische Vorurteile oder gar Straftaten fungiert.

Dieser Text beruht auf dem Gutachten »Antiziganismus in den deutschen Medien«, das Markus End im Auftrag des »Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma« (Heidelberg) verfasst hat.

Kein Platz in Krásné Březno

Im tschechischen Ústí nad Labem bezahlen Roma für heruntergekommene Wohnungen horrende Mieten. Neue Unterkünfte sind für sie schwer zu finden. Armut, Arbeitslosigkeit und rassistische Vorurteile bestimmen ihr Leben in der Tschechischen Republik.

von Timo Robben



^ *Der Tag vor der geplanten Räumung, BewohnerInnen bringen ihr Habt und Gut in Sicherheit*

Iveta Jaslová steht mit dem Rücken zur Wand ihrer kleinen Wohnung. Die 45-Jährige sieht müde aus. Mit dem Handrücken wischt sie die Tränen aus ihrem Gesicht. »Ich habe solche Angst, meine Kinder zu verlieren. Ich weiß nicht, was ich tun soll«, sagt sie. Draußen vor dem achtstöckigen Plattenbau im Viertel Krásné Březno im tschechischen Ústí nad Labem fährt ein Polizeiwagen vorbei. Iveta weint, weil sie nicht weiß, wo sie hin soll. Ab morgen wird sie obdachlos sein. Sie muss ihre Wohnung verlassen. Die Polizei will in weniger als 24 Stunden das Haus räumen. Alternative Wohnungen gibt es nicht. Nicht für Roma. Nicht in Ústí nad Labem.
Inmitten moderner bunter Plattenbauten wirkt das graue Wohnhaus seltsam fehl am Platz. Risse ziehen sich durch die Mauern, im Hinterhof türmt sich der Müll. Laut Besitzer ist es jedoch nicht das Haus, das fehl am Platz ist, sondern dessen BewohnerInnen. Iveta Jaslová und ihre Familie sind erst vor wenigen Monaten eingezogen. Ihre alten Wohnungen im Stadtteil Předlice sind unbewohnbar. Dort starb eine Bewohnerin, als Teile des Gebäudes einstürzten. Die Stadt quartierte die rund 50 Leute für acht Tage in einer Turnhalle ein. Dann kamen sie in den Plattenbau im Viertel Krásné Březno. Auch hier ist das Wohnen nicht sicher: Elektrische Leitungen liegen brach, Putz fällt von den Wänden, warmes Wasser ist eine Seltenheit, viele Fenster wurden eingeschlagen, der Strom fällt immer wieder aus. Iveta wird auch hier dauerhaft keinen Platz für ihre Familie finden. Der Besitzer des Hauses müsste renovieren. Stattdessen will er die Roma vor die Tür setzen.
»Wenn wir gewusst hätten, was das für Leute sind, dann hätten wir die Wohnungen gar nicht erst an die vermietet«, sagt Michaela Winklerova, die Sprecherin des Unternehmens »Czech Property Investments Group« (CPI), »solche Leute wollen wir hier nicht.« CPI ist einer der größten Immobilienhändler Tschechiens. Auch der Plattenbau gehört dem Unternehmen. Iveta zahlt nach eigenen Angaben 450 Euro für die marode Zwei-Zimmer-Wohnung ohne separate Küche oder funktionierendes Bad. Die tschechischen Nachbarn in den umliegenden modernen Wohnhäusern bezahlen deutlich weniger.
1989 gab es im Land ein Dutzend sogenannter »Romaghettos«. Heute sind es mehr als 300, in denen rund ein Drittel der tschechischen Roma leben. Offiziell hat die Stadt Ústí nad Labem den BewohnerInnen alternative Wohnungen angeboten. Doch die Wohnungen sind in einem unhaltbaren Zustand. »Es fehlen Toiletten, es gibt kein Heißwasser. In einer der Wohnungen hat jemand ein offenes Feuer gemacht«, sagt Miroslav Brož. Er ist Mitglied der tschechischen Initiative »Wohnraum für alle« (»Bydlení pro vsechny«). Sie kümmert sich um Roma in Not. Brož berichtet, dass LokalpolitikerInnen teilweise untätig bleiben oder die Ausgrenzung sogar vorantreiben, wenn es um Roma geht.
Die hohen Mieten für Roma-Familien scheinen System zu haben. Sie bekommen in Tschechien nicht ohne weiteres eine bezahlbare Wohnung. Die Vorurteile – sie seien schmutzig, würden stehlen, die Einrichtung zerstören – sind weit verbreitet. »Es gibt keine Sozialwohnungen in Ústí nad Labem«, sagt Miroslav Brož. »Im Gegensatz zu anderen Tschechen müssen die Roma pro Kopf bezahlen«, erklärt er weiter. Ein Geschäft, das sich bei einer Roma-Großfamilie ohne Alternativen lohnt. Iveta Jaslová sagt: »Wir wollen zusammen bleiben, wir wollen nicht getrennt werden«. Ein Leben ohne ihre Kinder könne sie sich nicht vorstellen. Das Jugend-amt droht, ihr die Kinder wegzunehmen, wenn sie keine neue Wohnung findet.
Es ist Abend. Das Haus sollte jetzt leer sein. Den ganzen Tag über haben einzelne Roma ihr Hab und Gut aus dem Haus geschafft. Viele ziehen erst einmal zu Verwandten. Sie haben Angst bei einer Räumung auch ihr letztes Hab und Gut zu verlieren. Schon beim letzten überhasteten Umzug aus dem einsturzgefährdeten Gebäude konnten sie nicht alles mitnehmen. Als sie wiederkamen, um die zurückgelassenen Möbel zu holen, war das Haus abgesperrt. »Natürlich ist die Wohnsituation hier eine Katastrophe. Aber wir wollen doch nur zusammen bleiben«, sagt Iveta Jaslová. Diese Nacht wird sie noch in ihrem Feldbett in Krásné Březno schlafen können. Wo sie morgen hin soll, weiß sie noch nicht.
Entgegen allen Befürchtungen räumt die Polizei das Gebäude dann nicht – im Gegensatz zu vielen früheren Fällen. Die Aktionen der AktivistInnen sowie die Anwesenheit etlicher PressevertreterInnen in Krásné Březno haben offenbar Druck auf die Stadt ausgeübt. Statt der Polizei stürmt der Besitzer mit fünf Mitarbeitern das Gebäude und stellt Strom und Wasser ab. Nach zwei weiteren Tagen der Ungewissheit bietet das Immobilienunternehmen den Familien dann überraschenderweise akzeptable Ersatzwohnungen an. Statt in der Obdachlosigkeit, landen die Familien in einem sanierten Mehrfamilienhaus zur ortsüblichen Miete. Für die Familien von Krásné Březno eine glückliche Ausnahme, mehr aber auch nicht. Für die Mehrheit der Roma in Tschechien sind Ausgrenzung und Ghettoisierung Alltag.

Marine Le Pen ruft … Massen folgen nicht

Seit 1988 mobilisiert der rechtsextreme »Front National« in Paris zum 1. Mai – stets vormittags »zu Ehren der Nationalheiligen Jeanne d'Arc«, denn der Nachmittag gehört den weitaus stärkeren Gewerkschaften und der politischen Linken.

von Bernard Schmid



^ *am 1. Mai 2013 in Paris am Transparent v. r. n. l.: Steeve Briois, Marine Le Pen (rechts dahinter Florian Philippot), Gilbert Collard*

Der Andrang zum diesjährigen Marsch des »Front National« (FN) hielt sich in Grenzen, 3.000 Menschen kamen. Im Vergleich zu 2010, als 2.000 anwesend waren, ist das sicherlich eine Verbesserung. Doch zwischenzeitlich hat sich der FN verjüngt, Jean-Marie Le Pen übergab den Vorsitz an seine Tochter Marine und damit nahm der Zuspruch zum 1. Mai zu: 2011 gingen 3.000 für die Partei auf die Straße und 2012 mehr als 5.000 Mitglieder und UnterstützerInnen. Hier dürfte allerdings zunächst das Abschneiden der neuen Parteivorsitzenden im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl mobilisierend gewirkt haben, 18 Prozent der WählerInnen hatten ihr am 22. April 2012 ihre Stimme gegeben. Hinzu kam aber auch, dass damals die Parlamentswahlen im Juni kurz bevorstanden. Das historische Datum bot da eine gute Möglichkeit, die eigenen Anhänger nochmals zu mobilisieren, um für die Partei ordentlich zu werben. Denn vom Abschneiden bei dieser Wahl hängt die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung für die fünf Folgejahre ab. Gleichwohl ist die TeilnehmerInnenzahl auch Ausdruck einer starken Diskrepanz zwischen dem Stimmenpotenzial des FN bei Wahlen sowie seiner ansteigenden Mitgliederentwicklung im Vergleich zu seinen eben realen Mobilisierung von Aktivisten ‹an der Basis›. Letztere hinkt erheblich hinter dem Zuwachs von ‹einfachen› WählerInnen und SympathisantInnen zurück. Der Partei gelingt es bei diesem Marsch auch nicht, die beiden auseinander strebenden Flügel ihrer WählerInnenschaft – ein eher bürgerlich-reaktionäres, auf Besitzstandswahrung bedachtes sowie ein proletarisches oder deklassiertes UnterstützerInnenfeld – zu vereinigen. Optisch überwog beim diesjährigen 1. Mai der Anteil von Männern mit Kurzhaarschnitt, T-Shirts mit Aufschriften wie »Skinheads« oder ähnlichem oder in Militärkleidung und offensichtlich sozial abgehängte Menschen. Die Partei hatte darauf geachtet, wie auch schon in den vergangenen beiden Jahren unter Marine Le Pen, dass Symbole von Gruppen am Rande und außerhalb des FN – vor allem solche mit explizitem Bezug zum historischen Faschismus oder zur nationalsozialistischen Ideologie – unsichtbar bleiben. Schon beim Einstieg in die eigens gecharterten Busse wurde entsprechend kontrolliert, so dass keine Personen mit NS-Symbolen oder besonders auffälligen Tätowierungen mitgenommen wurden.

Marine Le Pen gegen »Totalitarismus«

Inhaltlich bot die diesjährige Ansprache von Marine Le Pen wenig Neues. Die »Nation als Schicksalsgemeinschaft« sowie »die Autorität des Staates« sollen die Menschen vor der Krise schützen, sagte sie und betonte, dass Frankreich wieder souverän werden müsse, wider den supranationalen Institutionen der Europäischen Union und der offenen ‹Schengen-Grenze›. Die Nation, so die Parteichefin, solle ein »Freiheitsraum« sein gegenüber »den Totalitarismen, allen voran dem Mondialisme [ungefähr zu übersetzen mit ‹Eine-Welt-Ideologie›, ‹Globalismus›) und dem Islamismus«. Und wohl eben diesen »Mondialisme« vor Augen, betonte sie wenig später, dass die Linke und (bürgerliche) Rechte gleichermaßen »die beiden Stützpfeiler dieses neuen weltweiten Totalitarismus« seien, die »Verteidiger dieses räuberischen Systems«, »die diese Welt der Vermarktung von allem und jedem schuf, und das die Völker knechtet«. Gekonnt bezog sie dabei die Anwesenden ein. Sie provozierte, dass bei der Erwähnung der Namen von Jean-Luc Mélenchon (2012 Präsidentschaftskandidat des Bündnisses »Front de gauche« (Linksfront)) und der Arbeitgeberpräsidentin Laurence Parisot ihre Anhänger lauthals buhten. Auch Zwischenrufe wurden laut wie »Mélenchon in den Gulag!«.

Wenig Kulinarisches

Der Platz vor der Pariser Oper, wo der Marsch traditionell mit einer Abschlusskundgebung endet, war in den vergangen Jahren stets gesäumt von zahlreichen Essen- und Bücherständen und anderen Verkäufern entsprechender Devotionalien. 2013 hielt sich das Angebot indes stark in Grenzen. Auffällig wurde spätestens hier, dass wesentlich weniger Familien zur Veranstaltung des FN gekommen waren – der 1. Mai fiel in diesem Jahr in die Schulferien.

Zwischenfall am Rande

Eine kleine antifaschistische Kundgebung gegen den Marsch der Rechtsaußenpartei auf der gegenüberliegenden Seite der Seine wurde attackiert, von etwa 30 extrem rechten Fußballhooligans und Anhängern der »Jeunesses Nationalistes« (JN). Entstanden war diese neonazistische Splittergruppe 2011/12 nach dem Parteiausschluss des bis dahin jüngsten Regionalparlamentariers des FN, Alexandre Gabriac. Ein Foto von ihm, das ihn mit Hitlergruß zeigt, war zuvor auf Facebook aufgetaucht. Eine direkte Verbindung zwischen den Angreifern und dem FN ist indes nicht nachweisbar und politisch auch eher schwer vorstellbar, denn für die mitgliederschwachen JN sind die Anhänger des FN eher »Verräter und Schlappschwänze«.

Nachklang

Am 2. Mai erstattete die liberale Pariser Abendzeitung »Le Monde« Strafanzeige gegen Unbekannt. Im Umfeld des FN-Kundgebungsorts waren am Tag zuvor Aufkleber verklebt worden, die ihren Experten für die extreme Rechte, Abel Mestre, mit voller Adresse outeten und bedrohten. Ob es der Polizei noch möglich sein wird, den Täter zu identifizieren, dürfte indes fraglich sein. Bei der Kundgebung hatte sie nichts ‹Verdächtiges› bemerkt.

»Plataforma per Catalunya«

Gegen den Islam und Einwanderung, für die eigene »kulturelle Identität«: Die spanische rechtspopulistische Partei »Plataforma per Catalunya« ist in Katalonien auf kommunaler Ebene erfolgreich. Ein Porträt.

von Patrick Eser

In der nordöstlichen Region Spaniens Katalonien hat sich die rechtspopulistische Formation »Plataforma per Catalunya« (PxC) als politischer Faktor auf kommunalpolitischer Ebene etabliert. Mit einer ideologisch ähnlichen Ausrichtung wie die französische »Generation Identitaire« und ihre deutschen Nachahmer der »Identitären« (s. drr Nr. 140) ist es der PxC schon in den frühen 2000er Jahren gelungen, politisches Kapital aus Hetzkampagnen gegen ausländische Minderheiten muslimischen Glaubens zu schlagen. In bewusster Distanzierung zur Parteipolitik, versucht die PxC vor allem auf kommunaler Ebene ein Gegenmodell zu prägen, das sich nah an den Interessen der Bürgerschaft wähnt. Sowohl in ihrer ideologischen Ausrichtung als auch in den vom Modell der Parteipolitik abweichenden Aktionsformen kann die PxC als Vorläufer des jüngsten Hypes der »identitären Bewegungen« gelten.

Entstehung und erste Erfolge

Die PxC entstand im Kontext der Radikalisierung der Einwanderungsdiskussion in Spanien seit Beginn der 2000er Jahre. Im Januar 2001 gründete Josep Anglada in seiner Heimatstadt Vic die »Plataforma Vigatana«, die die Ablehnung der Einwanderung zu ihrem Thema machte. 2002 folgte die Gründung der PxC als katalonienweit aktive Organisation, die sich im gleichen Jahr durch die Unterstützung der lokalen Bürgerproteste in dem Küstenort Premià de Mar (Provinz Barcelona) gegen den Bau einer Moschee einen Namen machte. Die von der PxC unterstützte Demonstration, auf der Anglada eine alarmistische Rede über die Einwanderung hielt, mobilisierte mehr als 1000 Menschen. Diese Aktion brachte der PxC erste Schlagzeilen ein. 2003 trat die Partei mit einem offen islamophoben und ausländerfeindlichen Programm zu den Kommunalwahlen an und konnte in vier Kleinstädten mit 5,6 bis 9,2 Prozent in die lokalen Parlamente einziehen. Bei den nächsten Kommunalwahlen 2007 konnte sie in den Orten, in denen sie seit 2003 präsent war, ihre Stimmen verdoppeln oder gar verdreifachen. Sie errang insgesamt 17 Mandate und verließ ihren bislang auf einige Ortschaften begrenzten Einflussbereich. Der Trend zur weiteren Konsolidierung setzte sich bei den Kommunalwahlen 2011 fort, als die PxC in mehreren Städten auf über 10 Prozent kam und ihre kommunalen Mandate von 17 auf 67 ausbaute. Der durchschnittliche Prozentsatz in den Kommunen, in denen sie zur Wahl antrat, lag bei 5,5 Prozent. Im Zuge dieses Erfolgs konnte die Plattform erstmalig auch im traditionell von der Linken dominierten industriellen Gürtel Barcelonas in die Kommunalparlamente einziehen. Auf gesamtkatalanischer Ebene blieb die Partei bislang erfolglos. Das Ziel, ins katalanische Parlament einzuziehen, verfehlte sie 2010 mit 71.135 Stimmen (2,4 Prozent) nur knapp, bei den vorgezogenen Wahlen 2012, die angesichts des angestrebten Unabhängigkeitsreferendums von einer starken »nationalen Polarisierung« gekennzeichnet waren, schon deutlicher mit 60.107 Stimmen (1,65 Prozent).

Die PxC hat sich von einer nur vereinzelt in Kommunalparlamenten repräsentierten Plattform zu einer auf dem ganzen katalanischen Territorium aktiven Partei entwickelt, bleibt jedoch zugleich eine auf überkommunaler Ebene unbedeutende Partei. Zur Etablierung als politischer Faktor Kataloniens gehört ihre internationale Vernetzung. Sie verfügt über gute Kontakte zu »Pro Köln«, zur deutschen »Pro-Bewegung«, zur »Lega Nord«, zum »Vlaams Belang« und zur »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), mit der sie ein Freundschaftsabkommen abgeschlossen hat. Die FPÖ-Führungsfigur Heinz-Christian Strache unterstützte 2010 mit einem Team den Wahlkampf der PxC.

Ethnopluralismus

In einem Interview fasst der Vorsitzende Anglada die ideologischen Grundpfeiler der PxC zusammen: »Das wichtigste Thema für uns ist der Schutz unseres Volkes. Es geht um unser Überleben, um die Wahrung unseres Lebensstils und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität. Wir sind besorgt über die Folgen der Masseneinwanderung, verbunden mit der demografischen Bilanz unseres eigenen Volkes […]. In diesem Sinne sehen wir vor allem in der raschen Islamisierung ein Problem, das unsere Lebensweise verändern wird. Ganze Straßen und Stadtteile sind bereits von dieser merkwürdigen Religion geprägt.« Die radikale Zurückweisung der Einwanderung stellt den programmatischen Kern der PxC dar. Sie knüpft an Entfremdungsmotive des Identitätsdiskurses des rechtskonservativen Katalanismus an und »modernisiert« die tief in der politischen Kultur des Katalanismus verwurzelte Sorge über den Bestand der katalanischen Identität. Der xenophobe Diskurs wird aktualisiert und das klassische abwertende Stereotyp des verarmten spanischen Binnenmigranten, des »xarnego«, durch das negative Stereotyp des »moro«, des die Integration in die katalanische Kulturgemeinschaft verweigernden Moslems, ersetzt.

Die PxC thematisiert die negativen Auswirkungen der Einwanderung primär auf kommunaler Ebene und diagnostiziert »lokale Missstände« wie den Verlust der Qualität des Bildungssystems und öffentlicher Infrastrukturen und die Unsicherheit auf den Straßen. Mit der Kritik der Einwanderung ist die Kritik am Islam und an der muslimischen Einwanderungsbevölkerung verbunden. Die Moslems hätten keinen Respekt vor den Menschenrechten und wollten überall dort, wo sie sich niederlassen, die Bevölkerung islamisieren. Die Gefahr der Islamisierung drohe in ganz Europa, wie Anglada betont: Die in Europa lebenden Moslems stellten ein trojanisches Pferd des Islams in der westlichen Zivilisation dar. In der »programmatischen Erklärung« der PxC ist der Abschnitt über »Einwanderung und Islam« der mit Abstand umfangreichste. Unter der Losung: »Für eine andere Einwanderungspolitik und gegen die Verletzung der Frauenrechte« wird das Verbot sämtlicher sexistischer Praktiken, die mit dem Islam in Verbindung gebracht werden können, gefordert: »Wir akzeptieren keine Kultur, die die Diskriminierung der Frau betreibt. Verbot der Burka.« Die antimuslimische Rhetorik hat der Partei in Ortschaften, in denen eine überdurchschnittlich große marrokanische Einwanderungsbevölkerung lebt, Wahlerfolge eingebracht.

Die PxC versteht sich als »identitäre Partei«, eine Selbstbezeichnung, die auf die Nähe zum modernisierten Rechtspopulismus hinweist. Wie ihre europäischen Pendants versucht die PxC die gesellschaftliche Verunsicherung über Einwanderung und Multikulturalismus zu politisieren und liefert Antworten mit Begriffen wie Werte und Identitäten. Die PxC verzichtet auf eine klassentheoretische Rhetorik wie auch auf die Veror-



^ *Josep Anglada*

tung zwischen Links und Rechts. Die »kulturelle Differenz« stellt in der identitären Politikkonzeption die grundlegende politische Differenz dar. In Abgrenzung zu den biologistischen Vorstellungen der traditionellen Rechten gründet die PxC ihr Programm auf der Annahme unüberwindlicher kultureller Differenzen zwischen der autochthonen Bevölkerung und den Einwanderern. Dem Ethnopluralismus folgend, sei jedem Volk und jeder Kultur die freie Entfaltung und aus Respekt vor der kulturellen Vielfalt sei jeder Kultur ein Existenzrecht zuzugestehen. Zur Bewahrung der kulturellen Identitäten gehöre das Recht, sich gegen die schädlichen Auswirkungen des Multikulturalismus und »fremdartiger Kulturen« zu verteidigen. »Identitär« bedeutet für die PxC das Bekenntnis zur katalanischen Identität, zum spanischen Staat und zur europäisch-abendländischen Kultur. Das Konstrukt der »westlichen Zivilisation«, ihre rationalen Begründungssysteme und die bürgerlich-demokratische Ethik stellen zentrale Orientierungspunkte des identitären Selbstverständnisses der PxC dar. Bemerkenswert ist, dass sie bewusst die in Katalonien virulente Spaltung des nationalen Zugehörigkeitsgefühls in ein katalanistisches und ein españolistisches Lager nicht politisiert. Ihr Selbstverständnis als »katalanistische Partei« ist eher symbolischer Natur, die Zugehörigkeit zum spanischen Staat hat die PxC nie in Frage gestellt.

Neu-rechtes Profil und Auftreten

Die PxC ist ein neuartiges Phänomen, das sich nicht mit den klassischen Begriffen »Faschismus« oder »Frankismus« beschrieben lässt. Die vom PxC repräsentierte Variante des Rechtspopulismus kann verstanden werden als »ethnokratischer Liberalismus« (Roger Griffin), der die Spielregeln der »liberalen Demokratie« akzeptiert und die Sprache des Liberalismus übernimmt. Gleichwohl zielt diese Politik, fußend auf der Konstruktion eines politischen Systems Bürger erster und zweiter Klasse, auf den gesetzlich sanktionierten, ethnischen Ausschluss ab. Die Bürger zweiter Klasse sollten lediglich über einen eingeschränkten Zugang zu öffentlichen Mitteln verfügen. Der migrantische Bevölkerungsteil Kataloniens wird als sicherheitspolitisches Problem dargestellt, dem durch nachbarschaftliches Engagement der Bevölkerung zu begegnen sei. Zudem wird die explizite Ungleichbehandlung von MigrantInnen bei Strafdelikten gefordert.

Die PxC stellt sich als moderate, ideologiefreie Kraft dar, die auf Basisdemokratie Wert legt und jegliche Zuschreibung rassistischer Attribute zurückweist. Sie geht gerichtlich gegen diejenigen vor, die sie als »rechtsextrem«, »rechtsradikal« oder »rassistisch« bezeichnen und betont, dass die allgemeine Menschenrechtserklärung den grundlegenden ideologischen Referenzpunkt der Partei darstellt. Sie lehnt die politische Kultur und Tradition der spanischen radikalen Rechten ab wie auch die Glorifizierung des Frankismus und dessen Symbolik. An der ideologischen Herkunft der Führungspersonen lässt sich beobachten, dass die PxC ein breites Spektrum der Rechten Kataloniens anspricht. In ihr haben ehemalige Mitglieder der konservativ-katalanistischen Rechten »Unió Democràtica de Catalunya«, der spanienorientierten konservativen Rechten (»Alianza Popular«) und altfrankistischer Organisationen der extremen Rechten (»Fuerza Nueva«) eine neue politische Heimat gefunden. Anglada hat stets versucht, der Partei ein Saubermann-Image zu verleihen und sie als Repräsentantin des »Volkswillens« von der klassischen extremen Rechten zu distanzieren: »Ich bin nicht rechtsradikal […]. Ich bin einfach ein Demokrat [...]. Wir sind weder rechts noch links, aber wird decken ein Thema ab, über das die etablierten politischen Parteien nicht reden wollen.« Die PxC will sich zugleich als politischer Gegner der etablierten Politik darstellen. Ihr Anti-Establishment-Diskurs ist jedoch nicht systemoppositionell in dem Sinne, dass sie, wie die klassische radikale Rechte, die Legitimität des Systems der liberalen Demokratie in Frage stellt.

Die PxC kann als ein Exemplar des neuartigen Typs des modernisierten Rechtspopulismus gelten. Neben dem ideologischen Kern des »identitären Populismus« finden sich die typischen Agitationsmuster in Freund-Feind-Gegensätzen, die Vorliebe für radikale politische Lösungen, der Rückgriff auf »common-sense«-Argumente des einfachen Volkes und gezielte Tabubrüche. Die Distanzierung von den etablierten politischen Parteien wird kombiniert mit der Ethnisierung der sozialen Frage: eine Karte, die die PxC vor allem im Kontext der Wirtschaftskrise 2008 mit einem wohlstandschauvinistischen Diskurs der Exklusion der ausländischen Bevölkerung auszuspielen versucht. Weder »Illegale« noch AusländerInnen mit Papieren sollten künftig Zuwendungen erhalten, so der Vorschlag zur Lösung angesichts der Krise. 2012 verkündete der unangefochtene Vorsitzende der PxC Anglada eine territoriale Expansion, die spanienweite Gründung weiterer »Plattformen«. Die Dachorganisation »Plataforma por la Libertad« (PxL) ist erstmalig in Torrejón de Ardoz bei Madrid in Erscheinung getreten. Anlass war der Protest gegen den geplanten Bau einer Moschee.

Im Schatten des Boston-Marathons

Bomben aus Schnellkochtöpfen, gefüllt mit Sprengstoff, Metallkugeln und Nägeln, um eine verheerende Wirkung zu erzielen. Der heimtückische islamistische Anschlag auf den Lauf am 15. April 2013, bei dem drei Menschen starben und Hunderte verletzt wurden, beherrschte tagelang die weltweiten Schlagzeilen. Zusätzlich zu der Bedrohung durch islamistischen Terrorismus sind nebenher US-AmerikanerInnen dem Terror extrem rechter, ›regierungsfeindlicher Gruppen aus dem Inland‹ ausgesetzt.

von Aaron Patrick Flanagan



^ *die Ruine von Oklahoma City*

Das kollektive Gedächtnis der USA wurde nachhaltig durch den Bombenanschlag von Oklahoma City am 19. April 1995 und die Anschläge vom 11. September 2001 beschädigt. Letztere dominieren die Psyche der BürgerInnen, wurde die US-amerikanische Gesellschaft doch an 9/11 mit der immensen Grausamkeit von Bin Ladens Netzwerk »al-Qaida« konfrontiert und musste sich mit jener Sorglosigkeit auseinandersetzen, mit der die meisten US-AmerikanerInnen ihren Alltag begehen. Daher scheint die Öffentlichkeit von der Vorstellung besessen zu sein, die einzige Bedrohung ›unseres Landes‹ gehe von radikalen Muslimen aus. Dafür macht John Tirrman, Executive Director des »MIT Center for International Studies«, die Medien verantwortlich, die durch ihre einseitige Fixierung auf den radikalen Islam die öffentliche Wahrnehmung verschoben haben: »Die ›islamische Bedrohung‹ hat die Diskussion der politischen Gewalt so dominiert, dass die tatsächliche Topographie terroristischer Gruppen in diesem Land vernachlässigt wird.« Dennoch nehmen das FBI und andere Strafverfolgungsbehörden die Bedrohung durch extrem rechte Gruppen ernst – spätestens seit Timothy McVeigh in Oklahoma mit einer Bombe 168 Menschen ermordete. Beim Bau hatte ihm seine Zelle, die aus drei Personen bestand, geholfen. Unterstützung erhielt er von Milizen und Verbänden wie der »Aryan Republican Army«.

Verdrängter Terror

»Auf nationaler Ebene verkörpern rechtsextreme Hass-Gruppen wie die ›National Alliance‹, die ›World Church of the Creator‹ (WCOTC) und die ›Aryan Nations‹ eine anhaltende terroristische Bedrohung.«, erklärte der stellvertretende Direktor des FBI Terror- und Spionageabwehrdienstes Dale L. Watson vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des US-Senats 2002.

In den letzten Jahren haben sich die Belege für das Potenzial für rechte Terroranschläge verdichtet. Die Zahl extrem rechter Gruppen übersteigt in den USA die der radikalen Islamisten deutlich. Die weithin anerkannte Bürgerrechtsgruppe »Southern Poverty Law Center« schätzt, dass »die Zahl der verschwörungstheoretisch gesinnten ›patriotischen‹ Gruppen ein Allzeithoch von 1.360 im Jahr 2012 erreicht hat, während sich die Zahl der ›Hate-Groups‹ bei über 1.000 einpendelte«. Sie sollen zusammen um die 100.000 Mitglieder haben. Tirrman sagt: »Die ›Study of Terrorism and Responses to Terrorism‹ [eine 2005 von der ›Heimatschutzbehörde‹ gegründete Abteilung] pflegt eine Datenbank, die alle Vorfälle politischer Gewalt in den USA dokumentiert. Diese zeigt, dass die meisten Angriffe in den letzten zwei Jahrzehnten auf schwarze Kirchen, Abtreibungskliniken, staatliche Behörden und einzelne Minderheiten verübt wurden. Und das vor allem durch Rechtsextremisten.« Nach Barack Obamas Wahl zum Präsidenten 2008 haben Bundesbehörden beispielsweise zwei junge Neonazi-Skinheads der »Supreme White Alliance« verhaftet, die ein Waffenlager angelegt und einen Massenmord an 88 schwarzen US-AmerikanerInnen geplant hatten, an dessen Ende ein Attentat auf Obama ausgeführt werden sollte. Kurz davor wurde die Vorbereitung eines ähnlichen Verbrechens in Denver, Colorado, aufgedeckt. Dort hatten drei Neonazis geplant, Obama bei seinem Auftritt auf der Nominierungsversammlung der »Demokratischen Partei« zu ermorden. Und im Mai 2012 wurden 10 Mitglieder der neonazistischen »American Front« in Florida verhaftet. Die Gruppe hatte ein Waffenlager angelegt und Wehrsportübungen durchgeführt. Sie wollte Mordanschläge auf EinwanderInnen, Juden und Jüdinnen, Minderheiten, die Occupy-Bewegung sowie Anschläge auf ein Rathaus und die örtliche Stadthalle verüben. Wade Michael Page jedoch, der am 5. August 2012 in einem Sikh-Tempel sechs Menschen erschoss und sich dann selbst richtete, gilt als ›Amokläufer‹, nicht als ›Terrorist‹.

Gleiche Mittel, gleiche Gedanken

In den Berichten zum Anschlag auf den Boston-Marathon wurden Bundesbehörden zitiert, die erklärten, die Täter seien entweder ›Dschihadisten‹ oder extrem rechte Terroristen. In Deutschland dürfte wenig bekannt sein, dass diese Vermutung nicht unbegründet war. Denn im März 2011 nahmen FBI-Agenten den Ex-Soldaten und langjährigen Neonazi Kevin Harpham fest, da er eine Rucksack-Bombe entlang der geplanten Route des »Martin Luther King Jr. memorial march« in der Innenstadt von Spokane, Washington, deponiert hatte. Gefüllt war sie mit Schrapnellen, die mit Rattengift kontaminiert waren, um die Blutgerinnung in den Wunden zu verhindern.

Mit ihrem Hass und ihrer Affinität zur Gewalt kann die extreme Rechte mit verschiedenen Fraktionen radikaler Islamisten gleichziehen, was auch ein auf der neonazistischen Webplattform »Vanguard News Network« veröffentlichter Artikel illustriert. In ihm hetzt der Autor gegen EinwandererInnen, Homosexuelle, AfroamerikanerInnen und vor allem Jüdinnen und Juden. Seine Tirade gipfelt schließlich mit Blick auf 9/11 in der Forderung: »WIR sollten NYC [New York City] und DC [Washington] in die Luft jagen und nicht warten, bis das ein paar Kameltreiber für uns machen.« Diese Form des Hasses lässt wohl vermuten, dass die Attentäter beim Boston-Marathon hätten von rechts kommen können.

Aaron Patrick Flanagan arbeitet und forscht für das »Center for New Community« in Chicago / USA

Ungarn ehrt Antisemiten

Anlässlich des Nationalfeiertags am 15. März 2013 hat die ungarische Regierung den Táncsics-Preis, die höchste staatliche Ehrung für JournalistInnen, an Antisemiten und Roma-Hasser verliehen. Der Fernsehmoderator Ferenc Szaniszló hatte in dem der Regierungspartei »Fidesz« nahe stehenden Sender »Echo TV« antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet und Roma als »Menschenaffen« bezeichnet. Dafür war der Sender 2011 mit einer Geldstrafe belegt worden. Auch der Sänger der Rockband »Kárpátia«, János Petrás, durfte sich über die Ehrung freuen. Seine Musikgruppe gilt als »Hausband« der neofaschistischen Partei »Jobbik« und komponierte das Lied, zu dem die mittlerweile verbotene paramilitärische »Ungarische Garde« marschierte. Der zuständige Minister Zoltán Balog nannte nur die Auszeichnung Szaniszlós »bedauerlich«, er habe von den Äußerungen nichts gewusst. Als Reaktion gaben mehr als zehn frühere PreisträgerInnen die Auszeichnung zurück.

Beifall für Holocaust-Leugner

Am 14. Februar 2013 hielt der Historiker Vladimir Iliescu einen Vortrag vor der nationalen Akademie Rumäniens, in dem er die Beteiligung seines Landes am Holocaust leugnete. Er sagte unter anderem: »Der Holocaust in Rumänien ist eine riesige Lüge auf kosmischer Ebene«. Die Juden seien während der Allianz Rumäniens mit dem Dritten Reich »nur verfolgt«, aber nicht getötet worden. Von den in die Konzentrationslager deportierten Juden und Jüdinnen seien »viele zurückgekommen«. Forschungen dagegen gehen von nahezu 220.000 Holocaust-Opfern aus, die Rumänien zu verantworten hat. In Rumänien kann seit 2002 das Leugnen des Holocaust mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Statt den Staatsanwalt einzuschalten, redete die Akademie den Beifall nach Iliescus Rede herunter. Der Applaus habe nicht dem Inhalt gegolten, sondern vielmehr seien die ZuhörerInnen über das Ende des langen Vortrages froh gewesen. Die Akademie habe nicht sofort auf den Inhalt reagiert, weil dieser als nebensächlich eingestuft wurde. Die Zusammenarbeit Iliescus mit der Universität Aachen, wo er zuletzt unbezahlte Überblicksvorlesungen zur osteuropäischen Geschichte gehalten hatte, wurde seitens der Hochschule beendet.

Enthüllungen in Dänemark

Die dänische Zeitung »Ekstra Bladet« deckte am 27. April 2013 die möglichen Hintergründe eines Briefbombenanschlags auf das Büro der linken Partei »Internationale Socialister« am 16. März 1992 in Søllerødgade auf, bei dem der 29-jährige Sozialist und Antirassist Henrik Christensen ermordet wurde. Der Fall blieb ungelöst, die Polizei ermittelte damals im linken Spektrum und ignorierte partout Hinweise auf das neonazistische Milieu. Nach Informationen des ehemaligen schwedischen »Blood & Honour«-Aktivisten Kim Fredriksson habe der mittlerweile verstorbene deutsche »Blood & Honour«-Aktivist Marcel Schilf bei einem Treffen mit hochrangigen dänischen und schwedischen Neonazis im Jahre 2000 in Helsingborg gesagt, dass er hinter der Bombe in Søllerødgade stünde. Er soll gesagt haben: ›Wenn wir Probleme mit der AFA [Anti-Fascist Action] haben, dann können Bomben eine gute Lösung sein. So wie in Søllerødgade. Dort hätte man die Sache mit den Kommunisten gelöst‹. Bei dem Meeting seien neben Schilf Erik Blücher, Flemming Muff Christiansen, Stephan Günther, Marko ›Jäsä‹ Järvinen, Per Ljunggren und Thomas Öland anwesend gewesen sein.

»Nationale Volksfront Zyperns« marschiert

Am 28. März 2013 marschierte die »Ethniko Laiko Metopo« (ELAM), die »Nationale Volksfront Zyperns«, mit 200 zum Teil uniformierten AnhängerInnen in Zyperns Hauptstadt Nikosia. Die 2008 gegründete Partei orientiert sich in Erscheinungsbild und Inhalt an ihrem Vorbild, der »Goldenen Morgenröte« aus Griechenland. Wie diese versucht die ELAM die Wirtschaftskrise für ihre nationalistische und rassistische Politik zu instrumentalisieren. Ihr Rezept zur Lösung der Krise: Isolation inklusive Austritt aus dem Euro sowie die Beschränkung von Unterstützung auf »echte Zyprer«. Zudem agitiert sie massiv gegen die Türkei und das von ihr seit 1974 besetzte Nordzypern.

Tote Staatsanwälte in Texas

Die Morde an zwei Staatsanwälten halten die texanische Polizei in Atem. Am 30. März 2013 wurde ein Staatsanwalt zusammen mit seiner Ehefrau in ihrem Haus in Kaufman County bei Dallas ermordet aufgefunden. Zwei Monate zuvor wurde ebenfalls in Kaufman County ein Staatsanwalt auf offener Straße erschossen. Bei den Ermittlungen konzentrieren sich die Behörden auf die »Aryan Brotherhood« (»Arische Bruderschaft«, AB). Beide Staatsanwälte hatten gegen die Gruppe ermittelt. Die AB ist eine weiße, rassistische Gefängnisgang, die sich in den 1960er Jahren als Gegenbewegung zu anderen ethnischen Gangs bildete. Mittlerweile soll sie ungefähr 15.000 Mitglieder inner- und außerhalb der Gefängnismauern haben. Haupteinnahmequelle der AB sind Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Glücksspiel und Prostitution. Die »Aryan Brotherhood« ist für ihre brutale Gewalt berüchtigt. So geht das FBI davon aus, dass 20 Prozent der in Haftanstalten verübten Morde auf das Konto der AB gehen, obwohl sie gerademal ein Prozent der Inhaftierten ausmachen.

Ricarda Riefling ringt mit Landrat

Am 2. März 2013 kam es im saarländischen Homburg im Rahmen der von der NPD organisierten »Fahrt der Erinnerung« zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen Ricarda Riefling (NPD) und dem Landrat des Saarpfalz-Kreises, Clemens Lindemann (SPD). Lindemann wollte die Kundgebung der Neonazis beenden, da diese die erste Strophe des Deutschlandliedes abspielten. Die zunächst verbale Auseinandersetzung zwischen Lindemann und der Versammlungsleitung der Neonazis endete im Handgemenge. Dabei soll Ricarda Riefling dem Landrat einen Schlag ins Gesicht versetzt haben. Beim anschließenden Einsatz der Polizei erlitt die 29-Jährige einen »Schwächeanfall« und musste im Homburger Uniklinikum behandelt werden. Gegen Riefling wird wegen des Verdachts der Körperverletzung ermittelt.

Wahlalternative in Arnstadt

Am 20. März 2013 haben rund 30 Personen im thüringischen Arnstadt einen Ortsverband der Gruppe »Wahlalternative 2013« gegründet. Diese unterstützt die in der Gründung befindliche Partei »Alternative für Deutschland« (siehe Seite 16). Zu dem Treffen hatten der Bürgermeister von Eischleben, Rüdiger Schmitt, sowie Hans-Joachim König, der ehemalige Herausgeber des »Arnstädter Stadt-Echo«, aufgerufen. »Wir müssen etwas ändern in diesem Land. Wenn die Politmarionetten nichts tun, müssen wir es selber tun«, zitiert die »Thüringer Allgemeine« Schmitt. König steht seit Jahren als Unterstützer rechter Strukturen in der Kritik von AntifaschistInnen. Er verharmlose die Gefahr von Neonazis und ergreife Partei für deren militante Strukturen. Im Jahre 2010 war er bei einem Stammtisch von »Pro Deutschland« als Redner aufgetreten.

Antisemiten demonstrieren

Am 4. Mai 2013 marschierten in Budapest/Ungarn mehrere Hundert Antisemiten auf (die bürgerliche Presse spricht von 300-500, die Veranstalter von 800-1.000 TeilnehmerInnen), um gegen die Vollversammlung des »Jüdischen Weltkongresses« am Folgetag in der Hauptstadt zu hetzen. Auf der Veranstaltung sprach unter anderem Gabor Vona, Vorsitzender der neofaschistischen Partei »Jobbik Magyarországért Mozgalom«. Er forderte, dass sich die Juden für Verbrechen während der kommunistischen Herrschaft in Ungarn zu entschuldigen hätten, da in dieser Zeit auch jüdische Politiker zur Führung gehört hätten. Und sein Parteikollege, Marton Gyöngyösi, der ebenfalls im Parlament sitzt, sagte in seiner Rede: »Der Genozid, den Israel an der palästinensischen Urbevölkerung begeht, ist schlimmer als das, was sich die Nationalsozialisten in ihren kühnsten Träumen ausgemalt haben«. Auf der Eröffnungsrede des Weltkongresses verurteilte der Ministerpräsident Viktor Orban von der konservativen Partei »Fidesz – Magyar Polgári Szövetség« Antisemitismus im Allgemeinen, ohne konkret auf die Jobbik etc. einzugehen.

»Kein Luden-Dorfmark«

Am 30./31. Mai 2013, dem Osterwochenende, hat sich zum 41. Mal der völkisch-antisemitische »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff)« (BfG) im niedersächsischen Dorfmark getroffen. Zu Gast war in diesem Jahr auch die prominente Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel. Unter den rund 70 TeilnehmerInnen, die sich im »Deutschen Haus« trafen, waren auch zahlreiche Kinder. Das »Bündnis gegen Ludendorffer« organisierte eine Mahnwache am Karfreitag und eine Demonstration am Ostersamstag. Wie in den Jahren zuvor protestierten die TeilnehmerInnen lautstark gegen das völkische Treffen im Dorf. Offenbar mit zunehmendem Erfolg: Vor zehn Jahren sollen noch 200 bis 300 Völkische an der Tagung des BfG teilgenommen haben.

Parteitage der NPD

Bayern: Am 24. November 2012 wurde Karl Richter in Schwenningen zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Ralf Ollert kandierte nicht erneut. StellvertreterInnen wurden Sascha Roßmüller und Sigrid Schüßler. Sachsen: Am 12. Januar 2013 wurde Holger Szymanski in Doberschütz zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Mario Löffler, Maik Scheffler und Jens Bauer. Helmut Herrmann wurde zum Ehrenvorsitzenden bestimmt. Bremen: Am 20. Januar 2013 wurde Horst Görmann erneut zum NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurde Karlo Ronstadt. Niedersachsen: Am 10. März 2013 wurde Ulrich Eigenfeld in Goslar zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. StellvertreterInnen wurden Brigitte Kallweit und Michael Knobloch. Im Februar 2012 war Christian Berisha von seinem Amt als Landesvorsitzender zurückgetreten. Manfred Börm übernahm das Amt kommissarisch. Baden-Württemberg: Am 17. März 2013 wurde Alexander Neidlein zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Amtsinhaber Jürgen Schützinger trat nicht erneut an. Stellvertreter wurden Matthias Brodbeck und Martin Krämer. Bund: Am 20. und 21. April 2013 fand im Landgasthof »Zum Schwarzen Ochsen« in Weinheim/Baden-Württemberg der 34. ordentliche Bundesparteitag der NPD statt. Parteivorsitzender Holger Apfel setzte sich gegen den Gegenkandidaten Uwe Meenen durch. Stellvertreter bleiben Udo Pastörs, Karl Richter und Frank Schwerdt. Als Beisitzer wurden gewählt: Andreas Storr, Arne Schimmer, Ronny Zasowk, Wolfgang Schimmel, Jens Pühse, Klaus Beier, Jörg Hähnel, Ariane Meise, Matthias Faust, Patrick Wieschke, Frank Franz, Andy Knape, Peter Marx, Claus Cremer, Ricarda Riefling. Im Anschluss an den Parteitag fand die Wahl des Parteipräsidiums statt. Es wurden gewählt: Frank Franz (Presse), Jörg Hähnel (Öffentlichkeitsarbeit), Peter Marx (Generalsekretär), Jens Pühse (Geschäftsführer), Karl Richter (Politik), Frank Schwerdt (Recht), Andreas Storr (Schatzmeister), Patrick Wieschke (Organisation), Ronny Zasowk (Bildung). Bundespressesprecher bleibt Frank Franz.

»Rassenkrieg« in Kirchweyhe

Nach dem gewaltsamen Tod eines 25-jährigen Mannes in Kirchweyhe versuchen RassistInnen, den Vorfall für ihre politische Hetze zu nutzen. Die Bremer »Bild« brachte den »Stein des Anstoßes« – aus rechter Sicht – auf den Punkt: Die brutalen Schläger seien alle »Südländer.« In den sozialen Netzwerken konnten sich RassistInnen austoben: Die »Identitäre Bewegung« sprach von »deutschfeindlicher Gewalt«, für den Autor Akif Pirinçci hat »das Schlachten begonnen« und der NPD-Vorsitzende Holger Apfel beschrieb die vermutlichen Täter als »aggressiv, gewalttätig, [...] testosterongesteuerte Jung-Muselmanen«. Für den 16. März 2013 meldeten die NPD-Landesverbände Niedersachsen und Bremen eine Kundgebung in dem kleinen Ort bei Bremen an. Eine Verbotsverfügung verhinderte die NPD-Veranstaltung. Stattdessen versammelten sich rund 1.000 Menschen am Tatort, um zu trauern und ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Wenige Stunden später marschierten rund 60 Neonazis »spontan« durch die nahe gelegene Kleinstadt Verden. Eine Woche später zogen am 23. März rund 90 Neonazis unter der Führung Christian Worchs durch Kirchweyhe. Aufgerufen hatte die Partei »Die Rechte« aus Nordrhein-Westfalen. Als Redner traten neben Worch die verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck, »ein Kamerad aus Pulheim« sowie Dieter Riefling auf, der über einen herrschenden »Rasse- und Bürgerkrieg« schwadronierte.

Muniers Lesertreffen

Vom 22. bis zum 24. März 2013 fand in der sächsischen Stadt Oberwiesenthal das »Lesertreffen« der geschichtsrevisionistischen »Lesen & Schenken GmbH« von Dietmar Munier statt. Als Veranstalter trat der »Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e. V.« in Erscheinung. Laut dem »Blick nach Rechts« kamen zwischen 100 und 200 TeilnehmerInnen aus nahezu dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Auch der Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke sowie die NPD-Kader Ulrich Pätzold und Hans Püschel sollen laut dem Informationsdienst zu Gast gewesen sein. Fotos zeigen die BesucherInnen in Trachten und mit rechten Marken bekleidet. Als RednerInnen waren unter anderem Götz Kubitschek (»Sezession«), Hans-Jörg Jenewein (FPÖ) und Wilhelm Hankel (»Alternative für Deutschland«) angekündigt.

Burschenschaftliche Hatz

Am 6. April 2013 fand unter den Augen von rund 40 Burschenschaftern im Haus der »Germania Königsberg« in Hamburg eine sogenannte »Hatz« unter Schülerverbindungen statt. Ausgetragen wurde diese Säbel-Mensur zwischen der extrem rechten »Pennalen Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg« und der »Gymnasialen Burschenschaft Germania zu Kiel«. Besucher der »pennalen Mensur« war auch der NPD-Kandidat Björn J. Neumann aus Hamburg.

Verleger Grabert verurteilt

Am 6. März 2013 wurde Wigbert Grabert vom Amtsgericht Tübingen wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von elf Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass in dem im »Grabert Verlag« erschienenen Buch »Der Zweite Weltkrieg. Ursache – Hintergründe – Kriegsschuld – Folgen« von Helmut Schröcke nationalsozialistische Gewaltverbrechen geleugnet werden. Zudem muss Grabert 5.000 Euro an einen gemeinnützigen Verein spenden und 90 Prozent des mit dem Buch umgesetzten Geldes, rund 30.000 Euro, in die Staatskasse einzahlen. Sowohl die Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft haben Rechtsmittel eingelegt.

Europas radikale Rechte

von Barbara Manthe

Es gibt Gulasch, Honig und Hefeteilchen auf dem Fest im Nordwesten Ungarns. Neben den Essensständen werden rechte Accessoires, Bücher und Musik-CD´s verkauft. Jobbik, Ungarns extrem rechte Partei, veranstaltet einen »Familientag«. Hauptgast ist Parteivorsitzender Gábor Vona, der als Redner und als Stürmer im nachmittäglichen Fußballturnier auftritt.
Ungarn ist eines der elf Länder, die Martin Langebach und Andreas Speit 2012 besucht haben: Ein Jahr lang recherchierten sie über die extreme Rechte in Europa, ihr Buch ist nun bei dem Schweizer Verlag Orell Füssli erschienen.
Als »Undercover-Berichte« bewirbt der Verlag die Publikation, und tatsächlich sind Langebach und Speit nahe dran: Sie waren bei Aufmärschen der »English Defence League« dabei, besuchten das »Festa Nazionale« in Rom und beschrieben eine Podiumsdiskussion von »Nationalisten« aus ganz Europa in Ungarn. Die Autoren liefern eine Zustandsbeschreibung der extremen Rechten in ausgewählten EU-Ländern, angereichert mit ExpertInneninterviews.
Die Reisen in die verschiedenen Staaten gliedern das Buch: Von Deutschland geht es über die skandinavischen Länder nach Österreich und Griechenland. In Frankreich ist es Marine Le Pen, die den »Front National« nach vorne bringen will, und in Tschechien setzen Rechte auf Ressentiments gegen Roma. In Griechenland bringt die Krise das Fundament einer ganzen Gesellschaft ins Wanken, wovon die neonazistische Partei »Chrysi Avgi« (»Goldene Morgenröte«) profitiert. Ein Schlusskapitel beleuchtet die Aktivitäten rechter Parteien im Europaparlament, wo ihre Streitigkeiten deutlich werden, aber auch die erschreckend hohe Zustimmung bei ihrer WählerInnenschaft.
Vor allem der Überblick über die Länder macht die Qualität des Buches aus. Selten findet man einen so dichten und gut lesbaren Abriss über das Thema in einem Band. Da stört es weniger, dass die einleitend versuchte Begriffsbestimmung von »radikaler Rechte« dünn ausfällt. Das Fazit der Autoren ist klar: Wo demokratische Strukturen schwach sind, ist die extreme Rechte stark, und trotz aller Unterschiede ist es ist der Hass auf alles Fremde, der sie eint.
All das verlangt nach mehr: Eine Studie zur Tätigkeit rechter Parteien im Europarlament stünde ebenso an wie der Blick auf andere Länder der EU – speziell osteuropäische –, wo sich extrem rechte Parteien bereit machen, im Jahr 2014 für das EP zu kandidieren.

Martin Langebach, Andreas Speit: Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in den Parlamenten. Zürich: Orell Füssli, 287 Seiten, 2013, 21,95 Euro.

Faszination und Verachtung

von Svenja Fuchs

Klaus-Michael Bogdal ist ein großes Buch gelungen, dafür erhielt er jüngst den »Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung« 2013. Ihm geht es darum zu zeigen, wie die ›Zigeuner‹ in Europa erfunden wurden. Zum Verständnis, was er damit meint, ist es wichtig, zunächst auf seine Begrifflichkeit einzugehen: »Sinti oder Roma werden geboren«, schreibt er im Prolog, ›Zigeuner‹ jedoch »sind ein gesellschaftliches Konstrukt, dem ein Grundbestand an Wissen, Bildern, Motiven, Handlungsmustern und Legenden zugrunde liegt, durch die ihnen im Reden über sie kollektive Merkmale erst zugeschrieben werden«. Und so machte sich der Literaturwissenschaftler an die Recherche und spürte Dokumente aller Art seit dem späten Mittelalter auf, deren ›Erzählungen‹ in eben jenem Konstrukt aufgehen. Im Kern konzentriert er sich aber auf den Apparat seiner Profession, auf die Literatur. 590 eng mit kleiner Schrift beschriebene Seiten kommen dabei heraus und doch ist das nur die gekürzte Fassung seiner Untersuchung, die durch die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen 1992 angestoßen wurde. Der Umfang sollte aber nicht abschrecken, die Ausführungen von Bogdal lassen sich gut lesen. Er ist ein Erzähler.
Seine Ausführungen beginnen mit der frühen Faszination für jene Menschen, die als Reisende Einlass in die Städte erbaten, wie Chroniken aus dem 15. Jahrhundert berichten. Damals schon wurden mystische Geschichten erfunden, woher die Fremden stammten. In Süddeutschland und Westeuropa vermutete man eine orientalische oder afrikanische Herkunft, in Norddeutschland und im Baltikum hielt man sie für verwandt mit den Tartaren. Doch schnell weicht das Interesse. Die ›Zigeuner‹ verstoßen nun gegen aufkommende Ordnungsvorstellungen, man versucht sie mit Gewalt einzugliedern oder, viel häufiger, wurden sie vertrieben oder zu ›Vogelfreien‹ erklärt. Bogdal zeigt aber auch, wie ihnen angedichtet wird, Zauberer, Ausgesandte des Teufels oder Spione fremder Mächte zu sein. Und er zeigt, wie manch literarische Erzählung über sie Jahrzehnte später als Tatsache in Lexikoneinträgen und wissenschaftlichen Abhandlungen übernommen werden. Sein Weg führt ihn bis in die Gegenwart, bis heute besteht diese Dialektik aus Faszination am vermeintlich Fremden und Gewalt – eine Gewalt, die auch im 21. Jahrhundert nicht gebannt ist.

Klaus-Michael Bogdal: Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung. Berlin: Suhrkamp, 590 Seiten, 4. Aufl., 2013, 24,90 Euro.

In der Mitte liegt das Problem

von Thomas Hagen

Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler werden jenen, die sich mit Einstellungen zum Themenkomplex ›Rechtsextremismus‹ beschäftigen, wohl vertraute Namen sein. Sie sind die Hauptautoren der so genannten ›Mitte‹-Studien, die seit 2002 durchgeführt und seit 2006 von der »Friedrich-Ebert-Stiftung« veröffentlicht werden. Zuletzt erschienen Ende 2012 die Ergebnisse der aktuellen Erhebung. Der Titel: »Die Mitte im Umbruch«. Wer aber verstehen will, was es mit diesen Befunden auf sich hat, wer tiefer eindringen möchte in die Materie, muss sich mit einer zweiten Neuveröffentlichung der Autoren auseinandersetzen, deren Untertitel anzeigt, um was es geht: »Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose«.
Kernstück des Buchs ist der theoretische Überbau der ›Mitte‹-Studien, der ansonsten nur angerissen wurde und auch hier nur angedeutet und in Ansätzen wiedergegeben werden kann. Der Kapitalismus berge, so die Autoren eine bekannte These aufgreifend, ein quasi religiöses Heilsversprechen in sich, über den Konsum zum Eigentum und damit zum Glück zu gelangen. Krisen aber erschüttern dies, denn ohne Konsum kein Heil. In Zeiten der Individualisierung und Selbstoptimierung komme es bei einem wirtschaftlichen Abschwung »gleichzeitig zur psychischen Regression«. Denn nicht die Legitimation des Marktes werde in Frage gestellt, vielmehr böte das Individuum beim drohenden Scheitern alles auf, was helfe, »die Realität zu verzerren«. Hier liege der Ausgangspunkt für den ›Rechtsextremismus der Mitte‹, den auch andere SozialwissenschaftlerInnen in ihren Forschungen bestätigt finden: »Antidemokratische Einstellungen und wirtschaftliche Regression hängen eng zusammen.«
Die Zeitdiagnose ist spannend, aber auch anspruchsvoll. Wer sich bisher kaum oder nur am Rande mit sozialpsychologischen Erklärungsansätzen für ›Rechtsextremismus‹ befasst hat, wird zunächst seine Schwierigkeiten mit dem Text haben. Der Erkenntnisgewinn rechtfertigt diese möglichen Mühen und lässt verstehen, was ostdeutsche Jugendliche und ältere Westdeutsche, bei denen ›rechtsextreme‹ Einstellungen besonders stark ausgeprägt sind, möglicherweise gemeinsam haben.

Oliver Decker; Johannes Kiess; Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: Dietz, 142 Seiten, 2012, 9,90 Euro.

Oliver Decker, Elmar Brähler, Johannes Kiess: Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial-Verlag, 227 Seiten, 2013, 19,90 Euro.

»Nazis in Darmstadt oder sonstwo«

von Ernst Kovahl

»Kein Platz für Nazis in Darmstadt oder sonstwo« ist der Titel einer im Herbst 2012 veröffentlichten Broschüre der »Anti-Nazi-Koordination Darmstadt« (ANK). Das Heft beleuchtet sowohl die regionale Szene als auch – und dort liegt der eigentliche Schwerpunkt – die Strukturen und aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten in Deutschland. Einleitend wird – kurz und schlaglichtartig - die Neonazi-Szene Südhessens dargestellt. Die Kreisverbände der NPD in der Region werden in ihrem desolaten Zustand gezeigt, die »Kameradschaften« und die aktiven Netzwerke genannt – von »Blood & Honour« über den »Nationalen Frauen Kreis« bis hin zu den Gruppen »Autonome Nationalisten«. Ausführliche und kenntnisreiche Texte zur »Ideologie der Neuen Rechten«, zu türkischen Faschisten der »Grauen Wölfe« und »Rassismus, Sexismus und Homophobie im Fußball« schließen an. Drei Texte zu Rechtsrock, deutschnationalem Hiphop und »National Socialist Hardcore« beleuchten die rechte Musikszene. Jörg Kronauer schreibt einen Einstieg in das Thema Studentenverbindungen und Burschenschaften, von Wolf Wetzel ist ein Diskussionsbeitrag zum »Nationalsozialistischen Untergrund« unter dem Titel »Nazis, Staat und Medien. Synergien zwischen neonazistischem Terror und Staatsterrorismus« abgedruckt, in dem er vor allem die Rolle des Staates und die Aufklärung des Geschehens kritisch beleuchtet. Eine bebilderte Übersicht über »Kleidung, Marken und Symbole« der rechten Szene gibt Hilfestellungen zum Erkennen von Neonazis. Regina Wamper und Britta Michelkens diskutieren in ihrem Beitrag über Diskurspiraterie und Gegenstrategien zur Übernahme linker Symbolik, Parolen und Themen durch die extreme Rechte. Die Broschüre schließt mit »Gedanken zu Perspektiven antifaschistischer Politik« von den AutorInnen des 2011 erschienenen Buches »Antifa – Geschichte und Organisierung«. Fundierte Texte, gute Gestaltung, ein durchdachtes Konzept und eingestreute Tipps zum Weiterlesen machen das 84-seitige Heft zu einem gelungenen Beispiel dafür, wie Antifa-Broschüren aussehen können. Einziges Manko ist, dass die behandelten Themen zu wenig auf die Region heruntergebrochen werden. Schön wäre es, wenn die Strukturen der extremen Rechten vor Ort stärker und detaillierter durchleuchtet würden. Dennoch: Die Broschüre ist auf jeden Fall empfehlenswert.

Anti-Nazi-Koordination Darmstadt (Hg.): Kein Platz für Nazis in Darmstadt oder sonstwo. Darmstadt: Eigenverlag, 84 Seiten, 2012, 0,- Euro (kostenloser Download unter www.ankdarmstadt.blogspot.de).

Von »Prunk und Protz«

von Christopher Ebert

Trotz politischer Bedeutungslosigkeit schafft es die »Pro«-Bewegung mit anti-islamischer Hetze und unverhohlenem Rassismus immer wieder in die bundesweite Berichterstattung. Über »Pro NRW« erschien nun eine sehenswerte Dokumentation von der Medienwerkstatt Wuppertal. Den Rahmen von »Was steckt hinter Pro NRW? Ein Film über Rechtspopulismus« bilden Aufnahmen von einem Aufmarsch der Partei in Wuppertal am 27. Oktober 2012 gegen den Neubau der dortigen Moschee. Begleitend dazu wurden Interviews mit zwei VertreterInnen der »Bildungsstätte gegen Rechtsextremismus« der Stadt Köln (ibs) geführt. Aber auch Gerd Wöll, Kreisvorsitzender der Partei in Wuppertal, sowie der Kreisgeschäftsführer Andre Hüsgen bekommen die Gelegenheit ihre politischen Beweggründe darzulegen. Ebenso zu Wort kommen verschiedene Mitglieder der muslimischen Gemeinde, lokale AkteurInnen politischer Parteien, AufmarschteilnehmerInnen und GegendemonstrantInnen.
Religionsfreiheit bedeute nicht den Bau von protzigen Großmoscheen, behauptet Markus Beisicht. Er ist einer der bekanntesten Vertreter der rechtspopulistischen Partei, ist Vorsitzender von »Pro NRW« und »Pro Köln«. Bereits erwähnter Andre Hüsgen spricht ebenfalls von Prunk-und-Protz-Moscheen und möchte nicht, dass sein Sohn unter islamischen Bedingungen aufwächst. Einwanderung, so argumentiert er, finde heute über »den Kreißsaal« statt. Trotz solch offen rassistischer Äußerungen bezeichnet er seinen einstigen NPD-Beitritt als großen persönlichen Fehler und beschreibt sich selbst als »freiheitlich, patriotisch und konservativ«. Die graue Eminenz der Wuppertaler Rechtspopulisten mimt Gerd Wöll. Für ihn ist der Verfasser des Koran ein Pädophiler, der zur damaligen Zeiten »eins auf die Mütze« gekriegt hätte. Trotz solch absurder Steilvorlagen handelt es sich um eine Partei mit eindeutig anti-islamischen, homophoben und rassistischen Grundeinstellungen.
Die Dokumentation zeichnet aus, dass die Aussagen der »Pro«-VertreterInnen unverfälscht beziehungsweise nicht aus dem Zusammenhang gerissen sind. Damit wirken sie umso (selbst-)entlarvender. Eingeordnet werden sie sowie die »Pro«-Bewegung als solche schlüssig und gut nachvollziehbar durch die SozialwissenschaftlerInnen vom ibs. Damit ist der Film gut für die Bildungsarbeit geeignet – einziges Manko: mit 45 Minuten Länge könnte er für manchen (Fort-)Bildungskontext zu lang sein.

Medienwerkstatt Wuppertal: Was steckt hinter Pro NRW? Ein Film über Rechtspopulismus. 45 Min., 2012, 10,00 Euro. Bezug über: www.medienprojekt-wuppertal.de

Islamkritik als Ersatzdebatte

von Julia Dünkel

Klaus Jürgen Bade ist ein bundesdeutsches Schwergewicht der Migrationsforschung. Der mittlerweile emeritierte Universitätsprofessor verfasst seit Jahrzehnten Gutachten und Bücher zum Thema Einwanderung und Integration und engagiert sich auch direkt; unter anderem war er in den ersten Jahren Vorsitzender des 2008 gegründeten Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Der 69-jährige Zeithistoriker bemüht sich stets, Debatten um Einwanderung und Integration anzuschieben, versucht, die ‹große Politik› zu beeinflussen, indem er sie berät und zum Handeln motiviert. Nichtsdestotrotz findet er in seinem neuen Buch »Kritik und Gewalt« deutliche Worte für das Thema, das ihn seit dem Sommer 2010 beschäftigt: »Sarrazin-Debatte, ‹Islamkritik› und Terror in der Einwanderergesellschaft«. Ein Schwerpunkt des Buches liegt in der Auseinandersetzung mit den Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators und einstigen Vorstandsmitglieds der »Deutschen Bank«, dem medial aufgebauschten Diskurs um dessen Buch »Deutschland schafft sich ab« und dem Unterstützerfeld Sarrazins, das Dauergast im Boulevard und Fernsehen wurde. Es folgen Betrachtungen der Hasstiraden und der Agitation des ‹Counter Jihad›-Netzwerkes in Deutschland, vor allem der Website »Politically Incorrect«, und unter der Überschrift »Wortgewalt und Tatgewalt« die Verbindung kulturalistischer und rassistischer Stereotypisierungen mit physischem Terror, zum Beispiel der Mord an Marwa El-Sherbini, die Taten von Breivik bis zum NSU.
Im Kern geht es Bade mit dem Buch aber um die Diskussion über Einwanderung und Integration an sich. Für ihn ist das, was Sarrazin und Co. veranstalten, eine »empörungsstarke Ersatzdebatte«. Vielmehr müssten wir uns einer Debatte um ein neues kollektives Selbstbild als Einwanderungsgesellschaft stellen. Dazu, wie diese aussehen solle, schreibt er wenig.
Die Ausführungen des Zeithistorikers sind flüssig verfasst und haben eher einen essayistischen als streng wissenschaftlichen (Sprach-)Stil, was den Wert nicht mindert, sondern die Lesbarkeit erhöht und damit den Kreis möglicher LeserInnen erweitert.

Klaus J. Bade: Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‹Islamkritik› und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 398 Seiten, 26,80 Euro.

der rechte rand ist ein Magazin von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 18,- Euro (Inland) mit Lastschriftverfahren,
20,- Euro ohne Lastschriftverfahren
Abo der rechte rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift der rechte rand bis auf Widerruf.
Ab der nächsten Ausgabe möchte ich für 6 Ausgaben ein
[ ] Inlandsabo für 18,- Euro
[ ] Auslandsabo für 25,- Euro
[ ] Soli Inlandsabo für 25,- Euro
[ ] Super Soli Inlandsabo für 50,- Euro bestellen.
Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung.
Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind umgehend mitzuteilen.

Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dieses Formular ist nur mit Unterschrift, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig.
Diese Abo-Bestellung bitte an die oben genannte Adresse oder per Mail an: abo@der-rechte-rand.de schicken.
Danke für die Bestellung und viel Spaß beim Lesen.
Redaktion
der rechte rand

Name ____________________ E-Mail-Adresse ________________________
Anschrift ____________________ Unterschrift ________________________

Photos

David Janzen (Seite 14)
Mark Mühlhaus (Seite 7)
Otto Belina (Seiten 13, 15)
Robert Andreasch (Seite 9 oben)
wikipedia (Seite 8)

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: Verlag Der Rechte Rand GbR, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.